

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG IN DEUTSCHLAND

Indikatorenbericht 2014



Herausgeber

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Gestaltung

Statistisches Bundesamt

Erschienen im Juni 2014

2. korrigierte Fassung vom 27. Oktober 2014. Erneuter Austausch der fehlerhaften Grafik auf Seite 10.

Stand der Indikatoren: April 2014

Bestellnummer: 0230001-14900-1

Fotorechte Umschlag

© iStockphoto.com / radoma

Gedruckt auf RecyStar Polar aus 100% Altpapier,
zertifiziert mit dem Blauen Engel.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Nachhaltigkeitspolitik ist auf Langfristigkeit angelegt und soll vom kurzfristigen politischen Tagesgeschäft unabhängig sein. Es besteht also ein hohes Interesse an Kontinuität. Tatsächlich hat die nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung in Deutschland seit nunmehr zwölf Jahren Bestand. Mit dem Indikatorenbericht 2014 legt das Statistische Bundesamt seinen fünften Bericht zur Entwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren vor.

Inzwischen hat sich der Nachhaltigkeitsansatz als zentrales Prinzip in weiten Teilen der Politik und der Bevölkerung etabliert. Der Indikatorenbericht des Bundesamtes ist zu einem Standard geworden und daher ein immer häufiger nachgefragtes Produkt. Durch die Beschreibung der Indikatorenentwicklung liefert er einen Überblick über die Erfolge oder Misserfolge bei der Umsetzung der politischen Strategie.

Die Aufgabenverteilung zwischen Politik und Statistik bei der Nachhaltigkeitsstrategie sieht vor, dass die Themen, die Indikatoren und die Zielgrößen von der Bundesregierung bestimmt werden, während das

Statistische Bundesamt in eigener Verantwortung die Indikatorenberichterstattung mit der Bereitstellung von Daten und statistischen Analysen übernimmt und den Grad der Zielerreichung ermittelt. In ihrem Verantwortungsbereich arbeitet die amtliche Statistik nach dem Grundsatz einer neutralen, transparenten und unabhängigen Berichterstattung und fordert dieses Prinzip in der Zusammenarbeit auch immer wieder ein. Der größte Teil der Daten zu den Indikatoren stammt aus der amtlichen Statistik, insbesondere fließen auch Informationen aus den Umweltökonomischen und den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ein.

Zur schnellen Orientierung über den Status der Nachhaltigkeitsindikatoren wird im Bericht jedem Indikator eines von vier möglichen „Wettersymbolen“ zugewiesen. Diese Kennzeichnung ist keine politische Bewertung und – wenn das Zieljahr noch nicht erreicht ist – auch keine Prognose, sondern ergibt sich aus einer einfachen rechnerischen Fortschreibung der Entwicklung in der Vergangenheit bis zum angestrebten Zieljahr. Die Symbole sind eine Lesehilfe und dienen der ersten Wahrneh-

mung der Entwicklung, ersetzen aber nicht das Studium der Texte mit ihren Hintergrundinformationen und Analysen.

Damit die Statistik diese für Politik und Öffentlichkeit informative Bewertung liefern kann, bedarf es der quantifizierten politischen Vorgaben, die für die nationale Nachhaltigkeitsstrategie kennzeichnend sind. Für einige Indikatoren wurden die ursprünglich eingesetzten Zieljahre inzwischen erreicht oder werden es in naher Zukunft sein, für andere sind bestimmte fortgeschriebene Zielformulierungen für eine rechnerische Bewertung zu unkonkret geworden. Hier wird bis zu einer nächsten Fortschreibung eine Weiterentwicklung erforderlich sein.



Roderich Egeler

Präsident des Statistischen Bundesamtes

Inhalt

I. Generationengerechtigkeit

Ressourcenschonung

1a, b	Energieproduktivität, Primärenergieverbrauch	6
1c	Rohstoffproduktivität	8

Klimaschutz

2	Treibhausgasemissionen	10
---	----------------------------------	----

Erneuerbare Energien

3a, b	Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch, Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Stromverbrauch	12
-------	--	----

Flächeninanspruchnahme

4	Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche	14
---	---	----

Artenvielfalt

5	Artenvielfalt und Landschaftsqualität	16
---	---	----

Staatsverschuldung

6a, b	Staatsdefizit, strukturelles Defizit	18
6c	Schuldenstand	20

Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge

7	Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP	22
---	--	----

Innovation

8	Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung	24
---	---	----

Bildung

9a	18- bis 24-Jährige ohne Abschluss	26
9b	30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiärem Abschluss	28
9c	Studienanfängerquote	30

II. Lebensqualität

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

10 BIP je Einwohner 32

Mobilität

11a Gütertransportintensität 34

11b Personentransportintensität 36

11c, d Anteile des Schienenverkehrs und der
Binnenschifffahrt 38

Landbewirtschaftung

12a Stickstoffüberschuss 40

12b Ökologischer Landbau 42

Luftbelastung

13 Schadstoffbelastung der Luft 44

Gesundheit und Ernährung

14a, b Vorzeitige Sterblichkeit 46

14c, d Raucherquote von Jugendlichen und Erwachsenen 48

14e Anteil der Menschen mit Adipositas (Fettleibigkeit) 50

Kriminalität

15 Straftaten 52

III. Sozialer Zusammenhalt

Beschäftigung

16a, b Erwerbstätigenquote 54

Perspektiven für Familien

17a, b Ganztagsbetreuung für Kinder 56

Gleichstellung

18 Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern 58

Integration

19 Ausländische Schulabsolventen mit Schulabschluss . . . 60

IV. Internationale Verantwortung

Entwicklungszusammenarbeit

20 Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am
Bruttonationaleinkommen 62

Märkte öffnen

21 Deutsche Einfuhren aus Entwicklungsländern 64

Anhang

Übersicht zum Status der Indikatoren 66

Definitionen der Indikatoren 72

I. Generationengerechtigkeit

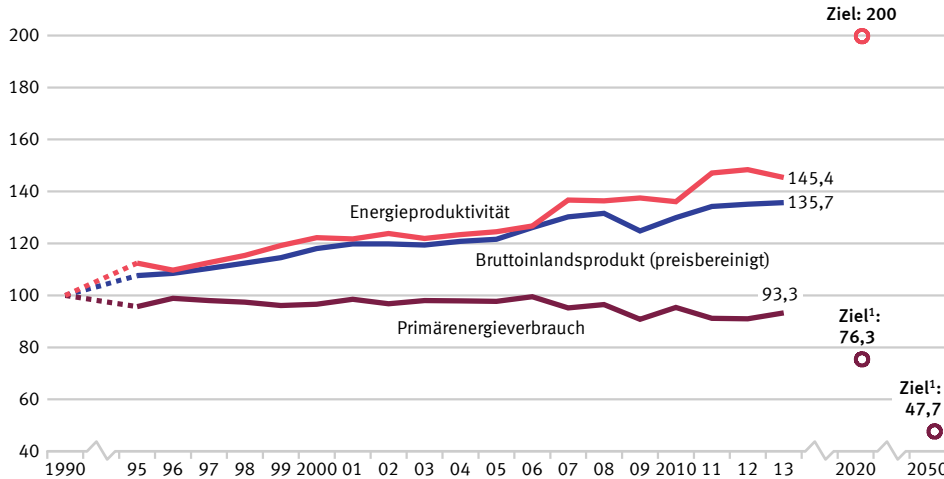
Ressourcenschonung

Ressourcen sparsam und effizient nutzen



Energieproduktivität und Wirtschaftswachstum

1990 = 100



1 Das Ziel entspricht einer Senkung des Primärenergieverbrauchs um 20 % gegenüber 2008 (76,3) in 2020 bzw. um 50 % gegenüber 2008 (47,7) in 2050 (Energiekonzept).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V.

1a Energieproduktivität

1b Primärenergieverbrauch

Der Einsatz von Energie ist für den Wirtschaftsprozess von großer Bedeutung, denn nahezu jede Produktionsaktivität ist mit dem Verbrauch von Energie verbunden. Die privaten Haushalte verbrauchen Energie insbesondere für Heizung und Warmwasser, für elektrische Geräte sowie den Betrieb von Kraftfahrzeugen. Der Verbrauch von Energie ist mit vielfältigen Umweltbelastungen verbunden wie zum Beispiel der Beeinträchtigung von Landschaft, Ökosystemen, Böden und Gewässern durch den Abbau energetischer Rohstoffe und der Emission von Schadstoffen und klimawirksamen Treibhausgasen. Nicht zuletzt ist der Verbrauch nicht erneuerbarer Rohstoffe im Hinblick auf die Bewahrung der Lebensgrundlagen künftiger Generationen von großer Bedeutung.

Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie ist es, die Energieproduktivität (preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Einheit Primärenergieverbrauch) bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 zu verdoppeln. Gleichzeitig soll der

Primärenergieverbrauch von 2008 bis 2020 um 20 % (entspricht für 2020 einem Wert von 76,3%, bezogen auf 1990 = 100) und von 2008 bis 2050 um 50 % (entspricht 47,7 % bei 1990 = 100) abgesenkt werden.

Die Energieproduktivität hat sich in Deutschland von 1990 bis 2013 um 45,4 % erhöht. Der Produktivitätsanstieg signalisiert zwar einen effizienteren Energieeinsatz, geht aber nur mit einem bescheidenen absoluten Rückgang des Primärenergieverbrauchs um 6,7 % bis 2013 einher. Die Einsparungen durch Effizienzsteigerung wurden durch ein Wirtschaftswachstum von 35,7 % weitgehend aufgezehrt. Die Fortsetzung der bisherigen durchschnittlichen Entwicklung der letzten fünf Jahre würde weder bei der Energieproduktivität und noch viel weniger beim Primärenergieverbrauch (kein statistisch signifikanter Trend) ausreichen, um die gesetzten Ziele bis zum Jahr 2020 zu erreichen.

Im Jahr 2013 ist die Energieproduktivität gegenüber dem Vorjahr um 2,0 % gesunken. Der Energieverbrauch erhöhte sich um 2,5 %, das Bruttoinlandsprodukt um 0,4 % zum Vorjahr.

Der Anstieg des Energieverbrauchs ist überwiegend auf die im Vergleich zum Vorjahr kühlere Witterung in 2013 zurückzuführen. Gemessen an den Temperaturen an den Heiztagen war es in Deutschland im Jahr 2013 um rund 6 % kälter als im Jahr zuvor. Temperaturbereinigt hätte der Verbrauch mit etwa 1 % deutlich schwächer zugenommen.

Der Energieverbrauch der privaten Haushalte (ohne Kraftstoffe) ist zwischen 1990 und 2012 um 2,0 % gestiegen, zwischen 2000 und 2012 jedoch um 5,9 % gesunken. Verbrauchserhöhend wirkte sich die gestiegene Nachfrage nach Energiedienstleistungen aus, bei Raumwärme ist die zunehmende Wohnfläche entscheidend. Allerdings haben Einsparungen der Haushalte und eine verbesserte Wärmedämmung der Gebäude den Brennstoffverbrauch deutlich gesenkt. Beim Strom hat die erhöhte Ausstattung der Haushalte mit Elektrogeräten verbrauchssteigernd gewirkt. Ab 2010 ist auch hier erstmals ein deutlicher Verbrauchsrückgang zu beobachten, der vermutlich mit Einsparungen in Folge des starken Preisanstiegs bei Elektrizität zusammen hängt.

In der Industrie stieg der Energieverbrauch zwischen 2000 und 2012 um 7,3 %, während sich die wirtschaftliche Leistung der Industrie um 30,2 % erhöhte. Dadurch stieg die Energieproduktivität in diesem Zeitraum um 21,3 %. Im Sektor Verkehr ist der Energieverbrauch zwischen 1990 und 2012 insgesamt um 8,1 % gestiegen, zwischen 2000 und 2012 dagegen um 6,5 % gesunken. Ein rückläufiger Verbrauch ist beim Straßenverkehr zu beobachten (- 10,3 % im Zeitraum 2000 bis 2012; siehe auch Indikatoren 11a und 11b), während der Luftverkehr einen hohen Anstieg aufweist (um 24,4 % von 2000 bis 2012).

Die inländische Energiewirtschaft ist durch eine hohe Importabhängigkeit bei Energie gekennzeichnet. Der Anteil der Nettoimporte (Einfuhr minus Ausfuhr minus Bunker) am Primärenergieverbrauch erhöhte sich im Zeitraum von 1991 bis 2012 von 66,4 % auf 68,3 %. Seit dem Höchstwert im Jahr 2006 mit 73,0 % fällt die Importquote wegen des erhöhten Einsatzes von erneuerbaren Energien.

I. Generationengerechtigkeit

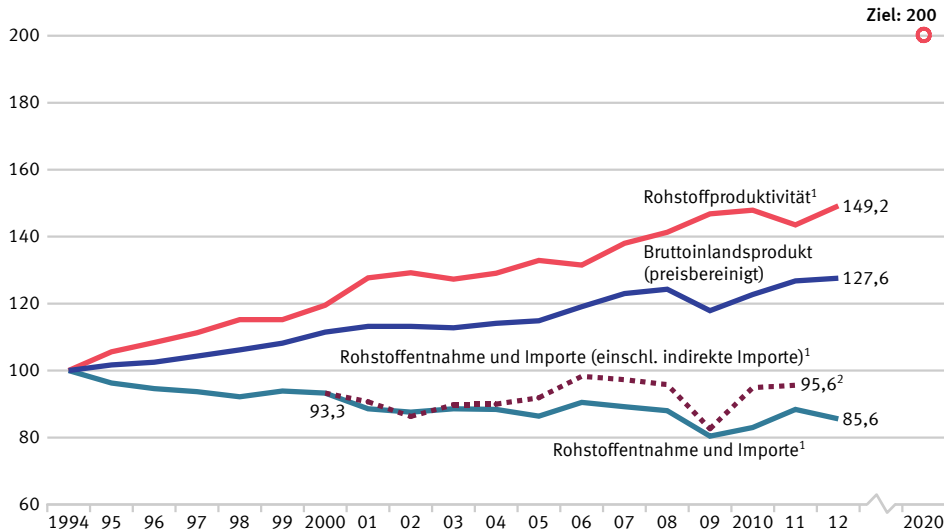
Ressourcenschonung

Ressourcen sparsam und effizient nutzen



Rohstoffproduktivität und Wirtschaftswachstum

1994 = 100



1 Abiotisch. 2 Vorläufige Daten.

1c Rohstoffproduktivität

Die Nutzung von Rohstoffen ist für viele Wirtschaftsprozesse von hoher Bedeutung. Sie ist jedoch auch mit Belastungen für die Umwelt verbunden. Außerdem stehen nicht erneuerbare Bodenschätze, die heute verbraucht werden, künftigen Generationen nicht mehr zur Verfügung. Für viele Unternehmen sind Rohstoffe bedeutsame Einsatz- und damit Kostenfaktoren. Ein sparsamer und effizienter Umgang mit Rohstoffen liegt daher im Interesse aller gesellschaftlichen Gruppen. Die Bundesregierung hat mit der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel vorgegeben, die Rohstoffproduktivität bis zum Jahr 2020 bezogen auf das Basisjahr 1994 zu verdoppeln.

Die Rohstoffproduktivität drückt aus, wie viel Bruttoinlandsprodukt (in Euro, preisbereinigt) je eingesetzter Tonne an abiotischem Primärmaterial erwirtschaftet wird. Zum abiotischen Primärmaterial zählen die im Inland aus der Natur entnommenen Rohstoffe ohne land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse und alle importierten abiotischen Materialien (Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren).

Die Rohstoffproduktivität erhöhte sich zwischen 1994 und 2012 um 49,2%. Bei rückläufigem Materialeinsatz (-14,4%) stieg das Bruttoinlandsprodukt um 27,6%. Nachdem von 2008 auf 2009 ein vergleichsweise deutlicher Anstieg der Produktivität zu verzeichnen war (+5,4 Prozentpunkte), ist sie im Jahr 2010 nur leicht gestiegen (+1,1 Prozentpunkte) und 2011 sogar zurückgegangen. 2012 erhöhte sich die Produktivität gegenüber dem Vorjahr dann erneut um 5,7 Prozentpunkte, so dass jetzt das Niveau von 2010 überschritten ist. Hier zeigen sich Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen Jahren. Insgesamt entwickelte sich der Indikator zwar in die angestrebte Richtung, das Tempo der Erhöhung der letzten fünf Jahre würde jedoch nicht ausreichen, um das gesetzte Ziel zu erreichen. Der Indikator würde damit im Zieljahr 2020 rund 69% des erforderlichen Wegs zum Zielwert zurückgelegt haben, was dem Status „bewölkt“ entspricht.

Die Zunahme der Rohstoffproduktivität zwischen 1994 und 2012 ist vor allem auf einen rückläufigen Einsatz von Baurohstoffen

um 31,5% bzw. 251 Millionen Tonnen zurückzuführen. Demgegenüber erhöhte sich in diesem Zeitraum der mengenmäßige Einsatz von fossilen Energieträgern leicht (+1,2%) und von Erzen und ihren Erzeugnissen deutlich um 40% bzw. um knapp 35 Millionen Tonnen. Die insgesamt rückläufigen Materialeinsätze führten bei gestiegenem Bruttoinlandsprodukt zu dem beschriebenen Produktivitätsanstieg.

Bedeutsam für die Interpretation der Entwicklung des Rohstoffindikators ist auch, dass der abiotische Materialeinsatz zunehmend durch Importe gedeckt wird (sogenannte direkte Importe). Der Anteil der importierten Güter am gesamten Primärmaterialeinsatz erhöhte sich von 26% im Jahre 1994 auf 38% im Jahre 2012. Quantitativ bedeutsam sind bei dieser Verlagerung insbesondere die gestiegenen Importe von metallischen Halb- und Fertigwaren (+92%) sowie von fossilen Energieträgern (+32%).

Diese Entwicklung gab Anlass, dem Rohstoffindikator eine zusätzliche Information zur Seite zu stellen, die ergänzend zur Rohstoffentnahme in Deutschland und zu

den direkten Importen auch die „indirekten Importe“ enthält. Die direkten und indirekten Importe zusammen umfassen alle Rohstoffe, die bei der Herstellung der deutschen Importgüter im Ausland verwendet wurden (beispielsweise Erze zur Herstellung von Maschinen oder die Energieträger bei der Produktion von Stahl). 2011 wurden rund 616 Millionen Tonnen Güter (biotische wie auch abiotische) direkt eingeführt. Für deren Herstellung wurden im Ausland rund 1 660 Millionen Tonnen Rohstoffe eingesetzt. Darunter waren 1 500 Millionen Tonnen abiotische Rohstoffe. Der abiotische Rohstoffeinsatz als Summe der inländischen Rohstoffentnahme und der Importe einschließlich der indirekten Importe – in der Grafik als gestrichelte Linie dargestellt – ist zwischen 2000 und 2011 um 2,4% angestiegen. Der abiotische Primärmaterialeinsatz – in der Grafik als blaue Linie dargestellt – verringerte sich im gleichen Zeitraum um 5,3%.

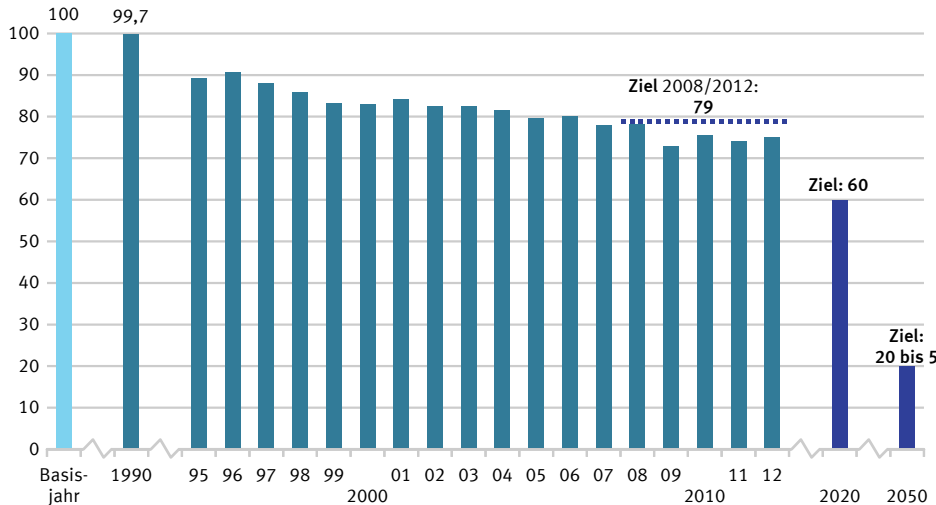
I. Generationengerechtigkeit

Klimaschutz

Treibhausgase reduzieren



Treibhausgasemissionen (sechs Kyotogase) in CO₂-Äquivalenten
Basisjahr = 100



Quelle: Umweltbundesamt

2 Treibhausgasemissionen

Der Klimawandel ist eine große Herausforderung für die Menschheit. Deutschland hatte sich daher verpflichtet, die Emissionen der sechs im Kyoto-Protokoll genannten Treibhausgase und Treibhausgasgruppen im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 gegenüber dem Basisjahr 1990 um 21 % zu reduzieren. Die Bundesregierung hat sich weitergehend zum Ziel gesetzt, die Emissionen bis 2020 um mindestens 40 % unter das Niveau von 1990 zu senken. Als langfristiges Ziel strebt die Bundesregierung im Energiekonzept bis 2050 eine Senkung der Treibhausgase um 80 bis 95 % im Vergleich zu 1990 an.

Zu den Treibhausgasen zählen gemäß dem Kyoto-Protokoll folgende Stoffe: Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Distickstoffoxid = Lachgas (N₂O), teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKW / HFC), perfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKW / PFC) und Schwefelhexafluorid (SF₆). Emissionen dieser Gase entstehen mengenmäßig vorwiegend bei der Verbrennung fossiler Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas. Sie treten aber auch bei nicht energetischen Aktivitäten,

beispielsweise bei der Erzeugung von Eisen und Stahl, beim Umgang mit Lösungsmitteln, beim Einsatz von Mineraldünger, bei der Tierhaltung oder bei der Depopie auf. Seit 1990 hat Deutschland die Freisetzung von Treibhausgasen deutlich vermindert. Bezogen auf das Basisjahr des Kyoto-Protokolls (1990/1995; ohne Emissionen aus Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft) reduzierte sich die Gesamtemission in CO₂-Äquivalenten im Mittel der Jahre 2008 bis 2012 um 23,6% zum Basisjahr. Damit hat Deutschland sein Kyoto-Ziel mehr als erfüllt. Ohne verstärkte Anstrengungen wäre das nächste Ziel für 2020, eine Reduktion um 40% zu 1990, jedoch nicht erreichbar.

Den weitaus größten Anteil am gesamten Ausstoß von Treibhausgasen hatte 2012 das Kohlendioxid mit 87,5%, 1990 waren es 83,5%. Methan trug zuletzt mit 5,2%, Lachgas mit 6,0% und die fluoridierten Kohlenwasserstoffe mit 1,0% zu den Treibhausgasen bei. Von 1990 bis 2012 ging Kohlendioxid für sich betrachtet um 220 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente bzw. um 21,1% zurück. Etwa die Hälfte dieser

Reduktion fand, vor allem durch Betriebsstilllegungen, schon in den ersten fünf Jahren nach 1990 statt. Dagegen stagnierte die Entwicklung in den letzten Jahren. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Emissionen 2012 sogar wieder leicht an, was nach Angaben des Umweltbundesamtes unter anderem auf einen vermehrten Einsatz von Braun- und Steinkohle sowie von Mineralöl zur Stromproduktion und auf die Witterung (Heizenergie) zurückgeführt wird, aber auch auf Probleme im Zusammenhang mit dem europäischen Emissionshandel.

Nach Ergebnissen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen entstammten die Treibhausgasemissionen aus Deutschland 2011 mit 59,0% überwiegend aus dem Produzierenden Gewerbe, gefolgt vom Konsum der privaten Haushalte mit 19,4%, den Dienstleistungen mit 15,1% und der Landwirtschaft mit 7,6%. Dabei ist den privaten Haushalten durch ihren Stromverbrauch zusätzlich ein Teil der hohen Emissionen des Produktionsbereichs „Erzeugung und Verteilung von Strom und Gas“ anzulasten. Die 2011 im Vergleich zu 1995 eingesparte Menge an Treibhaus-

gasemissionen ist zu 59% den Produktionsbereichen und zu 41% dem Konsum privater Haushalte zuzuordnen (einschließlich Emissionen aus der Verwendung von Biomasse). Diese Berechnungen berücksichtigen nach dem Inländerkonzept die Emissionen der Inländer im Ausland, aber nicht die der Ausländer im Inland.

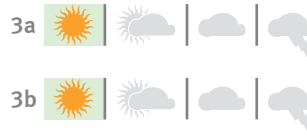
Laut europäischer Umweltagentur gingen die Treibhausgasemissionen in der EU-15 (ohne Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft) zwischen dem Basisjahr und der Verpflichtungsperiode (Mittel der Jahre 2008 bis 2012) um 11,8% zurück. Das Ziel für die EU-15 für diesen Zeitraum war eine Reduktion um 8%. Von den 3,62 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalenten, die die EU-15 in 2012 produzierte, war Deutschland mit 0,94 Milliarden der größte Emittent, gefolgt von Großbritannien mit 0,58 Milliarden Tonnen, Frankreich mit 0,49 Milliarden Tonnen und Italien mit 0,46 Milliarden Tonnen.

Der Indikator hat viele Querbezüge, beispielsweise zu den Indikatoren 1a, b, 3, 4, 5, 8, 11 und 12.

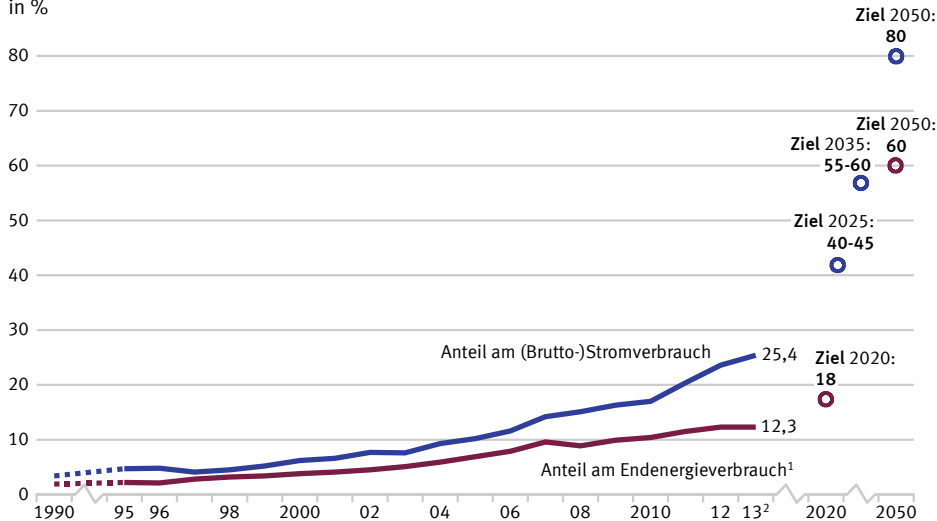
I. Generationengerechtigkeit

Erneuerbare Energien

Zukunftsfähige Energieversorgung ausbauen



Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch
in %



1 Brutto-Endenergieverbrauch.
2 Vorläufige Daten.

Quellen: Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien – Statistik (AGEE-Stat), Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW), Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi); Stand: Februar 2014

3a Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch

3b Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Stromverbrauch

Die Reserven wichtiger fossiler Energieträger wie Öl und Gas sind begrenzt und ihre Nutzung ist mit der Emission von Treibhausgasen verbunden. Ein Umstieg auf erneuerbare Energien (EE), die sich als natürliche Energiequellen ständig regenerieren, verringert die energetisch bedingten Emissionen und damit das Ausmaß des Klimawandels. Er reduziert die Abhängigkeit von Energieimporten, mindert den Ressourcenverbrauch, kann die Versorgungssicherheit erhöhen, fördert technische Innovationen und führt zu Effizienzgewinnen. Zu den erneuerbaren Energien zählen unter anderem Wasserkraft, Windkraft auf Land und auf See, Solarenergie und Geothermie, aber auch Biomasse, beispielsweise biogene Festbrennstoffe, Biogas, biogene Abfälle. Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist es, den Ausbau erneuerbarer Energieträger voranzutreiben.

Die Entwicklung des Einsatzes der EE wird in der Nachhaltigkeitsstrategie durch zwei Indikatoren gemessen. Der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Bruttoendenergieverbrauch (3a) soll bis zum Jahr 2020 auf 18% und bis 2050 auf 60% steigen. Der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am (Brutto-) Stromverbrauch (3b) soll nach dem Koalitionsvertrag zur 18. Legislaturperiode bis 2025 auf 40–45%, bis 2035 auf 55–60% und bis 2050 sogar auf mindestens 80% erhöht werden.

Im Zeitraum 1990 bis 2013 stieg der Anteil der EE am Endenergieverbrauch von 2% auf 12,3%. Bei einer Weiterentwicklung wie in den letzten fünf Jahren würde das Ziel für 2020 mehr als erreicht. Der Anteil am Stromverbrauch erhöhte sich von 1990 bis 2013 von 3,4% auf 25,4%. Die positive Entwicklung wurde durch gesetzliche Maßnahmen wie das fortentwickelte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (EEWärmeG) befördert. Ersteres verpflichtet die Netzbetreiber, vorrangig Strom aus erneuerbaren Energien abzunehmen. Seit Januar 2007 sind weiterhin alle Unterneh-

men, die fossile Kraftstoffe in den Verkehr bringen, zur Abgabe einer bestimmten Mindestmenge an Biokraftstoffen verpflichtet. Durch die Ziele der Energiewende erhalten auch die Bestrebungen der Nachhaltigkeitsstrategie weitere politische und finanzielle Unterstützung.

Die Anteile der einzelnen erneuerbaren Energieträger am gesamten Endenergieverbrauch aus EE sind sehr unterschiedlich. Im Jahr 2013 entfielen 62% auf Bioenergien, 17% auf Windenergie, 9% auf Photovoltaik und 7% auf Wasserkraft. Entsprechend der Struktur am gesamten Energieaufkommen erneuerbarer Energien entfielen im Jahr 2013 auf die Stromerzeugung 48%, auf die Wärmeerzeugung 42% und auf die biogenen Kraftstoffe 10%.

Der Anteil der EE an der Stromerzeugung stieg seit dem Jahr 2000 besonders durch die zunehmende Nutzung der Windenergie und durch Installationen von Photovoltaikanlagen. So nahm die Stromerzeugung mittels Windenergie im Jahr 2000 von 9,5 auf 53,4 Terawattstunden im Jahr 2013 zu (Anteil am gesamten EE-Strom: von 26% auf 35%). Der Anteil der Windenergie auf

See an der gesamten Windenergie betrug 2013 1,8%. Die Stromerzeugung aus Photovoltaik stieg zwischen 2000 und 2013 von 0,060 auf rund 30 Terawattstunden (Anteil am gesamten EE-Strom: 20%). Die Stromerzeugung aus Biomasse hat sich im gleichen Zeitraum gut verzehnfacht. Die Wärmeerzeugung aus EE erfolgte zuletzt zu 88% aus Biomasse.

Durch reduzierte Emissionen hat der Indikator eine positive Auswirkung auf die Entwicklung der Treibhausgasemissionen (Indikator 2). Nach Berechnungen durch das Umweltbundesamt wurden durch die Nutzung erneuerbarer Energien im Jahr 2013 Treibhausgasemissionen von rund 148 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten vermieden. Auch zur Luftqualität und zu ökonomischen Indikatoren sind positive Querbezüge zu sehen. Der Anbau von Energiepflanzen kann jedoch negative Folgen für Landschaftsqualität und Artenvielfalt nach sich ziehen, das Landschaftsbild stören und zur Flächenkonkurrenz auf der begrenzten landwirtschaftlichen Nutzfläche führen (siehe Indikatoren 5, 12b).

I. Generationengerechtigkeit

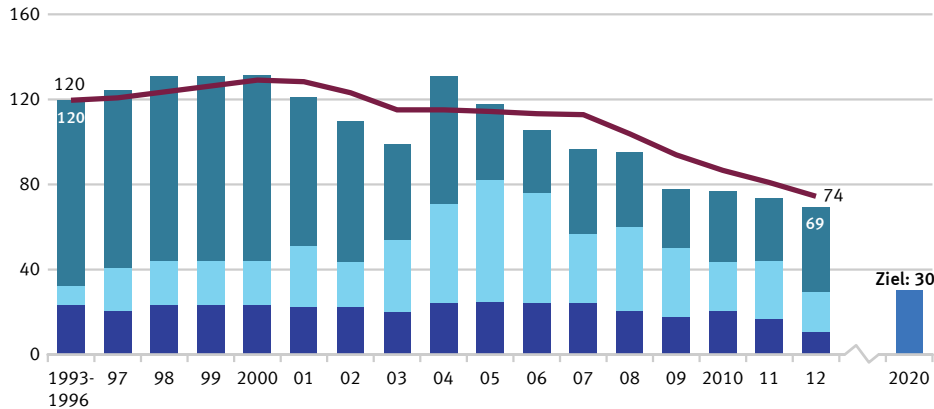
Flächeninanspruchnahme

Nachhaltige Flächennutzung



Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche in ha pro Tag

— Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche¹ — Verkehrsfläche
— Erholungsfläche, Friedhof — gleitender Vierjahresdurchschnitt



¹ Ohne Abbauland.

4 Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche

Die unbebaute, unzerschnittene und unzersiedelte Fläche ist eine begrenzte und gleichwohl begehrte Ressource. Um ihre Nutzung konkurrieren beispielsweise Land- und Forstwirtschaft, Siedlung und Verkehr, Naturschutz, Rohstoffabbau und Energieerzeugung. Insbesondere die Siedlungs- und Verkehrsflächen dehnen sich stetig aus.

Zu den direkten Umweltfolgen der Ausweitung der Siedlungs- und Verkehrsflächen zählen der Verlust der natürlichen Bodenfunktionen durch Versiegelung, der Verlust fruchtbarer landwirtschaftlicher Flächen oder der Verlust naturnaher Flächen mit ihrer Biodiversität. Zudem zieht jede Neuerschließung von Bauflächen im Umfeld der Städte und außerhalb der bisherigen Siedlungskerne auch weiteren Verkehr und Flächenzerschneidung nach sich. Dies führt zu Folgelasten wie Lärm und Schadstoffemissionen, aber auch zu erhöhtem Aufwand für die Bereitstellung der nötigen Infrastruktur.

Ziel der Bundesregierung ist es, die Inanspruchnahme neuer Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke bis zum Jahr 2020 auf durchschnittlich 30 Hektar (ha) pro Tag zu begrenzen.

In den letzten Jahren hat sich der Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche mit erkennbarem Trend abgeschwächt. Der gleitende Vierjahresdurchschnitt für neu in Anspruch genommene Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke lag 2012 bei 74 ha pro Tag. Eine Fortsetzung der durchschnittlichen jährlichen Entwicklung der letzten Jahre würde jedoch weiterhin nicht genügen, um das vorgegebene Reduktionsziel bis 2020 zu erreichen.

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst „Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbauland)“, „Erholungsfläche, Friedhof“ sowie „Verkehrsfläche“. „Siedlungs- und Verkehrsfläche“ und versiegelte Fläche können nicht gleichgesetzt werden, da in die Siedlungs- und Verkehrsfläche auch unbebaute und nicht versiegelte Flächen eingehen. Schätzungen ergeben für die Siedlungs- und Verkehrsfläche einen Versiegelungsgrad von 43 bis 50 %.

Auch unter den Erholungsflächen gibt es versiegelte Flächen, beispielsweise Sportplätze.

Die Berechnung des Anstiegs der Siedlungs- und Verkehrsfläche als gleitender Vierjahresdurchschnitt – in der Grafik als Linie dargestellt – liefert derzeit belastbarere Aussagen als die auf einzelne Jahre bezogenen Angaben. Dies hängt zusammen mit methodischen Umstellungsarbeiten in den amtlichen Liegenschaftskatastern, auf denen die Flächenstatistik basiert. Der gleitende Vierjahresdurchschnitt zeigt eine kontinuierliche Abschwächung des Zuwachses der Siedlungs- und Verkehrsfläche zwischen den Jahren 2000 (129 ha pro Tag) und 2012 (74 ha pro Tag). Diese Entwicklung korrespondiert mit den Bauinvestitionen, die sich in diesem Zeitraum preisbereinigt um insgesamt 9,7 % verringert haben. Betrachtet man die Entwicklung im Einzelnen, so ist nach einer kontinuierlichen Verringerung bis 2005 in der Folge ein Auf und Ab bei den Bauinvestitionen festzustellen. Ob dies mittelfristig auch auf den Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche durchschlägt, bleibt abzuwarten.

Betrachtet man die Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche über einen längeren Zeitraum, so zeigt sich folgendes Ergebnis: In den Jahren 1993 bis 2011 erhöhte sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche um 19,0 %. Die Siedlungsfläche stieg dabei um 25,6 %, die Verkehrsfläche um 9,4 %. Bei der Nutzungskategorie „Straße, Weg, Platz“ betrug die Flächenzunahme nur 6,3 %. Die gefahrenen Kilometer auf der Straße nahmen dagegen in diesem Zeitraum um 22,3 % zu. Die vorhandenen Straßen wurden also zunehmend intensiver genutzt.

Der Grafik ist zu entnehmen, dass die Entwicklung der Siedlungsfläche in den Jahren 2005, 2006, 2008 und 2009 vorübergehend durch die Zunahme der Nutzungskategorie „Erholungsfläche, Friedhof“ dominiert wurde. Dies war unter anderem auf die vorgenannten Umstellungsarbeiten in den Katastern zurückzuführen. Der Anteil der Erholungsflächen und Friedhöfe an der Siedlungs- und Verkehrsfläche betrug 2012 9,4 %.

Der Indikator hat Querbezüge insbesondere zu den Indikatoren 7, 11a, 11b und 11c der Nachhaltigkeitsstrategie.

I. Generationengerechtigkeit

Artenvielfalt

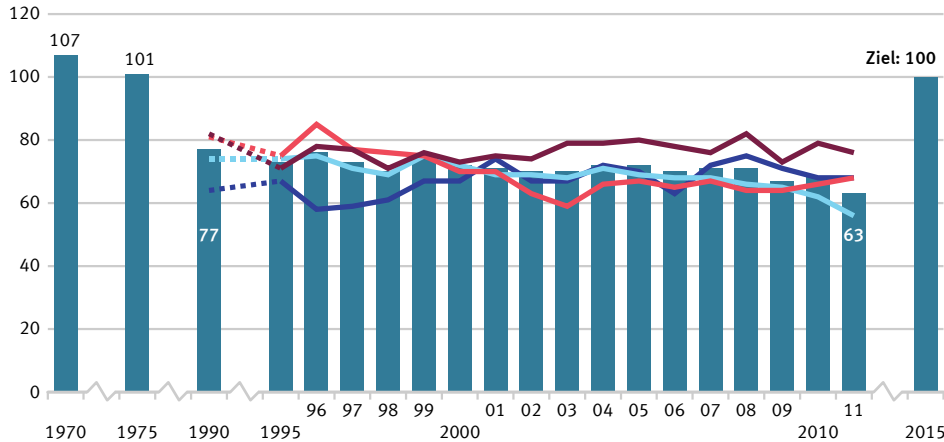
Arten erhalten – Lebensräume schützen



Artenvielfalt und Landschaftsqualität

Index 2015 = 100

Index insgesamt Teilindex Siedlungen Teilindex Wälder
Teilindex Agrarland Teilindex Binnengewässer



Der Teilindikator zu den Alpen ist derzeit über die gesamte Datenreihe ausgesetzt.

Quelle: Bundesamt für Naturschutz, Februar 2014

5 Artenvielfalt und Landschaftsqualität

Eine große Artenvielfalt an Tieren und Pflanzen ist eine wesentliche Voraussetzung für einen leistungsfähigen Naturhaushalt und bildet eine wichtige Lebensgrundlage des Menschen. Natur und Landschaft in Deutschland sind durch Jahrhunderte währende Nutzungen geprägt. Zur Erhaltung der daraus entstandenen sowie der natürlich gewachsenen Vielfalt reicht kleinflächiger Schutz von Arten und Lebensräumen nicht aus. Vielmehr sind nachhaltige Formen der Landnutzung in der Gesamtlandschaft, eine Begrenzung von Emissionen und ein schonender Umgang mit der Natur erforderlich. Auf diese Weise kann die Artenvielfalt erhalten und zugleich die Lebensqualität des Menschen gesichert werden.

Der Indikator liefert Informationen zur Artenvielfalt, zur Landschaftsqualität und zur Nachhaltigkeit der Landnutzungen. Der Berechnung des Indikators liegt die Entwicklung der Bestände von 51 Vogelarten zu Grunde, die die wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen in Deutschland repräsentieren (Agrarland, Wälder, Siedlungen, Binnengewässer, Küsten/Meere,

aus methodischen Gründen derzeit ohne die Alpen). Die Größe der Bestände (nach Anzahl der Reviere bzw. Brutpaare) spiegelt die Eignung der Landschaft als Lebensraum für die ausgewählten Vogelarten wider. Da neben Vögeln auch andere Arten an eine reichhaltig gegliederte Landschaft mit intakten, nachhaltig genutzten Lebensräumen gebunden sind, bildet der Indikator indirekt auch die Entwicklung zahlreicher weiterer Arten in der Landschaft und die Nachhaltigkeit der Landnutzung ab. Ein Expertengremium hat für jede einzelne Vogelart Bestandszielwerte für das Jahr 2015 festgelegt, die erreicht werden könnten, wenn europäische und nationale rechtliche Regelungen mit Bezug zum Naturschutz und die Leitlinien einer nachhaltigen Entwicklung zügig umgesetzt würden. Aus dem Grad der Zielerreichung aller ausgewählten Vogelarten wird jährlich ein Wert für den Gesamtindikator berechnet.

Der Wert des Indikators für Artenvielfalt und Landschaftsqualität lag im Jahr 1990 deutlich unter den Werten, die für die Jahre 1970 und 1975 rekonstruiert wurden. In den letzten zehn Beobachtungsjahren (2001 bis 2011) hat sich der Indikatorwert statistisch signifikant verschlechtert. 2011

lag er nur noch bei 63 % des Zielwerts und ist damit auf den tiefsten Wert der dargestellten Zeitreihe abgesunken. Erhebliche zusätzliche Anstrengungen von Bund, Ländern und auf kommunaler Ebene in möglichst allen Politikfeldern mit Bezug zum Natur- und Landschaftsschutz sind erforderlich, um die Entwicklung umzukehren.

Dies gilt vor allem im Agrarraum, denn der negative Verlauf des Gesamtindex wird wesentlich durch den Teilindikator für das Agrarland beeinflusst. Dieser ist 2011 bis auf 56 % des Zielwerts abgesunken und hat sich in den letzten zehn Jahren statistisch signifikant verschlechtert, ebenso wie der Teilindikator für Küsten und Meere, der bis 2011 auf 61 % des Zielwerts absank. Die Teilindikatoren für Binnengewässer und Siedlungen lagen jeweils bei 68 % des Zielwerts, der Teilindikator für Wälder verzeichnete 2011 mit 76 % des Zielwerts den günstigsten Wert unter den Teilindikatoren (ohne statistisch signifikanten Trend).

Die wichtigsten Ursachen für den Rückgang der Artenvielfalt sind – regional unterschiedlich – eine intensive land- und forstwirtschaftliche Nutzung, Zerschneidung und Zersiedelung der Landschaft, Versiegelung

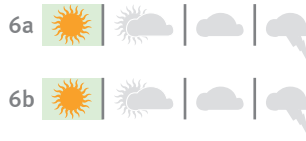
von Flächen sowie Stoffeinträge (beispielsweise Säurebildner oder Nährstoffe). Im Siedlungsbereich wirken sich Verluste an naturnahen Flächen und dörflichen Strukturen aufgrund von Bautätigkeit und Flächenversiegelung negativ aus. Gefährdungsfaktoren für Lebensräume an der Küste sind Störungen durch eine gestiegene Freizeitnutzung sowie Verbauung (beispielsweise durch Küstenschutzmaßnahmen oder Windenergieanlagen).

Die Veränderung des Klimas, die wesentlich durch die Emission von Treibhausgasen verursacht wird, führt bereits heute zu einer Verschiebung der Verbreitungsgebiete vieler Arten und beginnt die Landschaften in Deutschland umzuformen. Der vom Menschen verursachte Klimawandel könnte künftig die Artenvielfalt sowie das Artenspektrum durch Einwanderung und Aussterben von Tier- und Pflanzenarten wesentlich verändern. Grünlandumbruch und zunehmender Energiepflanzenanbau können negative Auswirkungen auf Landschaftsqualität und Artenvielfalt haben. Der Indikator hat direkte und indirekte Querbezüge zu vielen Indikatoren der Strategie, unter anderem zu 1c, 2, 3, 4, 11, 12, 13.

I. Generationengerechtigkeit

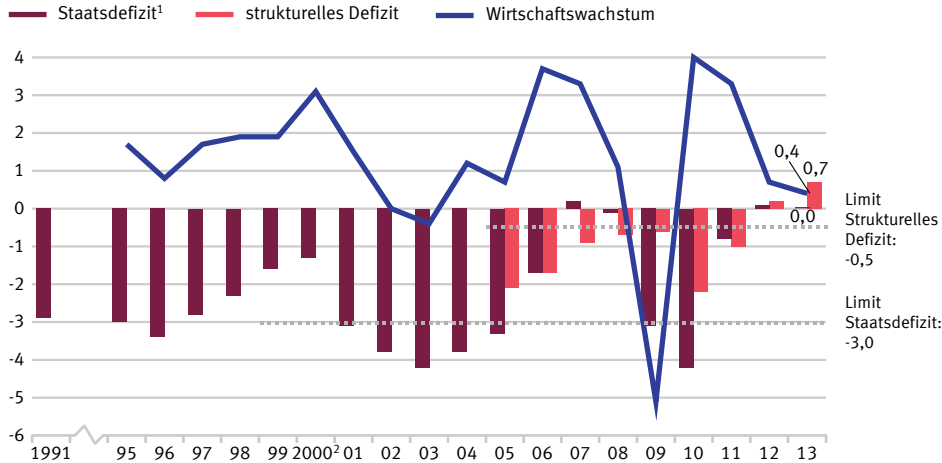
Staatsverschuldung

Haushalt konsolidieren –
Generationengerechtigkeit schaffen



Staatsdefizit

in % des Bruttoinlandsprodukts



1 Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo in % des BIP. 2 Ohne UMTS-Erlöse.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen, Stand: Februar 2014

6a Staatsdefizit

6b Strukturelles Defizit

Solide Staatsfinanzen sind ein wichtiger Beitrag zu einer nachhaltigen Finanzpolitik. Eine Politik, die heutige Staatsausgaben übermäßig durch Neuverschuldung finanzieren würde und die Rückzahlung dieser Schulden allein zukünftigen Generationen überließe, wäre nicht tragfähig.

Der Indikator zum Staatsdefizit orientiert sich an den auf europäischer Ebene eingeführten „Maastricht-Kriterien“. Danach soll das jährliche Staatsdefizit der Mitgliedsländer der Eurozone den Referenzwert von 3 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) stets unterschreiten. Mittelfristig wird ein strukturell ausgeglichener Haushalt oder ein Überschuss angestrebt. Als weiterer Indikator wurde daher das strukturelle Defizit neu in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen. Das strukturelle Finanzierungsdefizit ist eine Maßgröße für die Finanzierungslücke in den öffentlichen Haushalten und spiegelt das über den Konjunkturzyklus hinweg bestehende Haushaltsdefizit des Staates wider. Dieses Mittelfristziel wird für

Deutschland bei Einhaltung eines gesamtstaatlichen strukturellen, das heißt um konjunkturelle und Einmaleffekte bereinigten Defizits von maximal 0,5 % des BIP erreicht. Zur Bestimmung dieser Grenze werden neben der Schuldenstandsquote auch zukünftige Belastungen der öffentlichen Haushalte infolge der Bevölkerungsalterung berücksichtigt.

Durch die im Grundgesetz verankerte Schuldenregel für Bund und Länder soll sichergestellt werden, dass die gesamtstaatlichen Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts auch nationalstaatlich umgesetzt werden. Danach sollen weder Ausgabenerhöhungen noch Steuersenkungen dauerhaft über Kreditaufnahme finanziert werden. Der Bund soll seine strukturelle Nettokreditaufnahme in gleichmäßigen Schritten bis 2016 auf maximal 0,35 % des BIP begrenzen. Die Länder dürfen ab 2020 überhaupt keine strukturellen Defizite mehr aufweisen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hatte die öffentlichen Finanzen in Deutschland spürbar in Mitleidenschaft gezogen. Nach einem marginalen Defizit im Jahr 2008

verschlechterte sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo im Jahr 2009 auf ein Defizit von 3,1 % in Relation zum BIP. 2010 wurde der Maastricht-Referenzwert mit einer Defizitquote von 4,2 % (entsprechend 104,3 Milliarden Euro) deutlich überschritten. Das strukturelle Defizit betrug 2010 2,2 % des BIP. Das Mittelfristziel eines maximalen gesamtstaatlichen Defizits von 0,5 % wurde dabei infolge expansiver finanzpolitischer Maßnahmen zur Krisenbewältigung überschritten.

Ab 2010 wurden sowohl das Staatsdefizit als auch das strukturelle Defizit erheblich verringert. 2012 und 2013 konnten gesamtstaatlich sogar leichte Finanzierungsüberschüsse erzielt werden. Zum Abbau des Finanzierungsdefizits trugen nach 2010 alle staatlichen Ebenen bei. Die Gemeinden und die Sozialversicherungen erzielten ab 2011 bzw. ab 2010 sogar Überschüsse. Der Bund reduzierte sein Defizit bis 2013 auf 6,8 Milliarden Euro, die Länder bis auf 3,0 Milliarden Euro. Sowohl der „Maastricht Referenzwert“ als auch der Zielwert für das strukturelle Defizit wurden 2013 eingehalten.

Zu dem Defizitabbau in den Jahren 2011 bis 2013 trugen zum einen die kräftigen Steigerungen bei den Einnahmen, insbesondere bei den Steuern und Sozialabgaben, und – bis 2012 – nur gering ansteigende Ausgaben bei. 2011 sanken die Ausgaben gegenüber 2010 sogar um 1,3 %. 2013 erhöhten sich die Ausgaben allerdings mit 2,7 % gegenüber dem Vorjahr wieder stärker als die Einnahmen (2,5 %). Die Steuereinnahmen erhöhten sich 2011 um 7,8 %, 2012 um 4,2 % und 2013 um 3,0 % jeweils gegenüber dem Vorjahr. Die Sozialbeiträge stiegen in Folge der steigenden Beschäftigung an. Bei der Arbeitslosenversicherung führte der Rückgang der Arbeitslosenzahlen und der Kurzarbeit sogar zu einem absoluten Rückgang der Ausgaben.

I. Generationengerechtigkeit

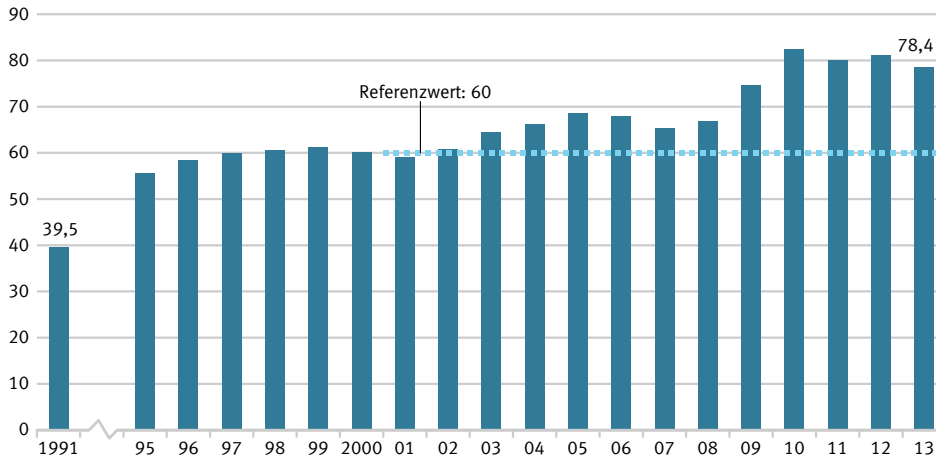
Staatsverschuldung

Haushalt konsolidieren –
Generationengerechtigkeit schaffen



Schuldenstandsquote

Maastricht Schuldenstand in % des BIP



Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Stand: April 2014

6c Schuldenstand

Neben dem Staatsdefizit ist auch der gesamtstaatliche Schuldenstand ein wichtiger Indikator für solide Staatsfinanzen. Von der Höhe des Schuldenstands hängt unter anderem ab, welche Aufwendungen der Staat für Zinsausgaben leisten muss. Die Frage, bis zu welchem Schuldenstand die Finanzen eines Staates als tragfähig anzusehen sind, ist kaum allgemeingültig zu beantworten. Die Antwort darauf kann sich von Land zu Land stark unterscheiden und hängt unter anderem von der langfristigen Entwicklung der Wirtschaftskraft, das heißt vom Wachstumspotential des jeweiligen Landes ab. Entscheidend für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen ist vor allem die Schuldenstandsquote, also der Schuldenstand im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Die Schuldenstandsquote zeigt die relative Last für den Staatshaushalt an.

Im Stabilitäts- und Wachstumspakt der Europäischen Union ist der Referenzwert für die maximale Schuldenstandsquote auf 60% festgelegt. Dies ist auch der für den Bericht relevante nationale Zielwert des Indikators. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenregel soll eine nachhaltige Rückführung der Schuldenstandsquote sichern.

Die Schuldenstandsquote in Deutschland liegt seit 2002 stets und mittlerweile sogar deutlich höher als auf europäischer Ebene vorgeschrieben. Nachdem sie Mitte der vergangenen Dekade aufgrund der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auf 65,2 % im Jahr 2007 zurückgegangen war, stieg sie bis 2010 zu einem Höchststand von 82,5 % an. Der Anstieg ist im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise zu sehen. Die starke Zunahme von 74,6 % im Jahr 2009 auf 82,5 % im Jahr 2010 geht insbesondere darauf zurück, dass die neu errichteten Abwicklungsanstalten für die Banken Hypo Real Estate und WestLB dem Sektor Staat zugeordnet wurden und ihre Verbindlichkeiten in den Schuldenstand einfließen. Dies allein trug mit 237 Milliarden Euro zum Anstieg des Schuldenstands von 2010 bei. Insgesamt hat die Finanzmarktkrise den Schuldenstand bis 2010 um 309 Milliarden (12,4 % des BIP) erhöht. Gleichzeitig hat sich dadurch aber auch das staatliche Finanzvermögen erhöht. Zahlungen aus den öffentlichen Haushalten sind dafür noch nicht geflossen. Dieser Teil neuer Schulden führte daher nicht zu einer höheren Zinsbelastung in den Haushalten.

Nach dem bisherigen Schuldenhöchststand im Jahr 2010 haben der Konsolidierungskurs der Gebietskörperschaften und gesunkene Belastungen aus der Finanzmarktkrise bei gleichzeitiger kräftiger Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts zunächst zu einem leichten Rückgang der Quote in 2011 geführt. Neue Belastungen aus der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum haben 2012 – trotz einem weiteren Rückgang der Haushaltsdefizite des Staates – zu einem erneuten Anstieg der Verschuldung – insbesondere beim Bund – geführt. Die Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise haben die Verschuldung des Bundes bis zum Jahr 2013 um 85 Milliarden Euro erhöht. Dagegen konnten die Belastungen aus der Finanzmarktkrise seit dem Höchststand von 2010 bis zum Jahr 2013 um 53 Milliarden Euro reduziert werden.

Die Schulden des Staates betragen im Jahr 2013 rund 2 147 Milliarden Euro. Das sind 26 200 Euro je Person.

Nach einem hohen Anstieg der Verschuldung im Jahr 2012 um 73 Milliarden Euro konnten die Schulden 2013 um 14 Milliarden Euro gesenkt werden. Beim Bund

erhöhten sich die Schulden Ende 2013 auf rund 1 362 Milliarden Euro. Die Schulden der Länder sanken 2013 um 17 Milliarden Euro auf 645 Milliarden Euro. Die Sozialversicherungen erzielten wie in den Vorjahren Haushaltsüberschüsse und wiesen 2013 ein Vermögen von knapp 3 Milliarden Euro auf. 63,4 % der gesamten Schulden entfielen auf den Bund, 30,0 % auf die Länder und 6,7 % auf die Gemeinden.

Den Schulden des Staates stehen auf der Aktivseite der Vermögensbilanz Vermögensgüter – Sachvermögen und Geldvermögen – gegenüber. Erst die Bilanzierung von Schulden und Vermögen ermöglicht eine ökonomisch sinnvolle Aussage über die Belastung zukünftiger Generationen. Die größte Vermögensposition des Staates sind die Bauten (Straßen, Schulen, öffentliche Gebäude). Nach der Sachanlagenvermögensrechnung des Statistischen Bundesamtes hatten diese 2012 einen Vermögenswert (nach Abschreibungen) von 1 154 Milliarden Euro. Den zweitgrößten Vermögenswert bilden inzwischen die Wertpapiere aufgrund der Beteiligung an den genannten Abwicklungsanstalten.

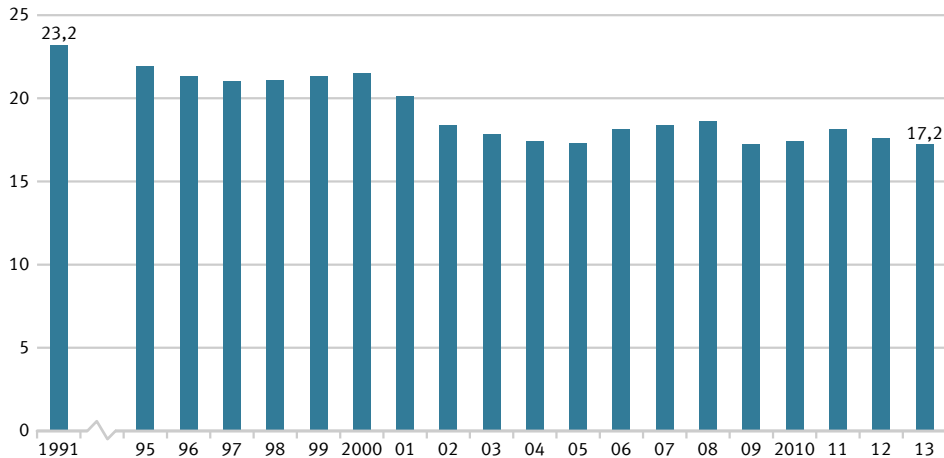
I. Generationengerechtigkeit

Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge



Gute Investitionsbedingungen schaffen – Wohlstand dauerhaft erhalten

Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP
in %



7 Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP

Die wirtschaftliche Leistungskraft und die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft hängen entscheidend von den Investitionen der Unternehmen und des Staates ab. Insbesondere über Investitionen in neue Ausrüstungen und immaterielle Anlagen werden Innovationen realisiert sowie Märkte – und damit auch Beschäftigung – gesichert oder ausgeweitet. Gleichzeitig können Investitionen dazu beitragen, die Energie- und Ressourceneffizienz zu steigern, beispielsweise durch Energieeinsparmaßnahmen an Gebäuden, Realisierung umwelteffizienter Produktionstechniken oder Herstellung umwelteffizienter Güter. Auf der anderen Seite gehen besonders Bauinvestitionen mit erheblichem Materialverbrauch und, soweit es sich um Erweiterungen handelt, zusätzlicher Inanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen einher (siehe umweltbezogene Indikatoren, beispielsweise 1c und 4). Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist es, dass der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (die Investitionsquote) ansteigt. Die Bundes-

regierung strebt eine Gesamtinvestitionsquote an, die oberhalb des Durchschnitts der OECD liegt (Koalitionsvertrag zur 18. Legislaturperiode).

Zu den Bruttoanlageinvestitionen zählen Bauten (Wohnbauten und Nichtwohnbauten), Ausrüstungen (Maschinen, Fahrzeuge, Geräte) und sonstige Anlagen (immaterielle Anlagegüter wie Software und Urheberrechte, Grundstücksübertragungskosten, Nutztiere). Auch Investitionen in Forschung und Entwicklung leisten einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung (siehe Indikator 8). Sie werden aber erst in Zukunft – mit der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – als Investitionen geführt.

Sowohl langfristig als auch mittelfristig hat sich der Indikator entgegen der gewünschten Richtung entwickelt. Lag die Quote zu Beginn der Zeitreihe 1991 noch bei vergleichsweise günstigen 23,2%, so sank sie 2013 zuletzt bis auf 17,2% ab. Seit 1991 hatte die Quote nur 2009 schon einmal so niedrig gelegen. In den letzten fünf Jahren, die als Grundlage der Bewertung dienen, ging der Indikator um durchschnittlich 1,5%

jährlich zurück (ohne statistisch signifikanten Trend). Die Investitionsquote Deutschlands lag im Schnitt 2009 bis 2012 unter der OECD-Quote (17,6% zu 19,5%).

Der Blick auf die Zeitreihe offenbart ein in Wellen verlaufendes Absinken der Investitionsquote mit abfallenden Stufen in 2001 und, nach leichter Erholung, in 2009 infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009.

Bis 2011 erholte sich die Investitionstätigkeit leicht und die Anlageinvestitionen erreichten das Niveau des Vorkrisenjahres, um seitdem erneut nachzulassen. Seit 2011 sind insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen rückläufig. Sie sanken (preisbereinigt) 2012 um 4,0% und 2013 um 2,4% (jeweils vom Vorjahr). Die Bauinvestitionen waren – nach dem durch die Wiedervereinigung ausgelösten Boom der neunziger Jahre – ab 1999 bis zum Jahr 2005 rückläufig und stiegen wieder nach dem Krisenjahr 2009 an, angetrieben vor allem durch überdurchschnittliche Investitionen in Wohnbauten. Letztere erhöhten sich (preisbereinigt) bis 2013 um 16,1% gegenüber 2009. Im Jahr 2012 sanken die Bau-

investitionen leicht (-1,4% gegenüber dem Vorjahr), 2013 stagnierten sie.

Die Investitionstätigkeit hat sich im Zeitraum 1991 bis 2012 stark vom Produzierenden Gewerbe zu den Dienstleistungsbereichen verlagert. Während 1991 noch 27,5% der neuen Anlagen von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes getätigt wurden, waren dies 2012 nur noch 18,5%. Dagegen entfielen 79,7% der Investitionen 2012 auf die Dienstleistungsbereiche, 1991 waren es noch 70,7%. Der größte investierende Bereich war das Grundstücks- und Wohnungswesen. Auf diesen Bereich entfielen im Jahr 2012 35,2% der gesamten neuen Anlagen.

Das gesamte Nettoanlagevermögen (Summe der Anlageinvestitionen abzüglich Abschreibungen) betrug 2012 rund 8 681 Milliarden Euro. Damit ist das Anlagevermögen gegenüber 1991 um 87,1% angestiegen. Bei der Ermittlung des gesamten Vermögens sind zum Sachvermögen noch der Wert von Land und das Geldvermögen hinzuzurechnen (siehe auch Indikator 6b).

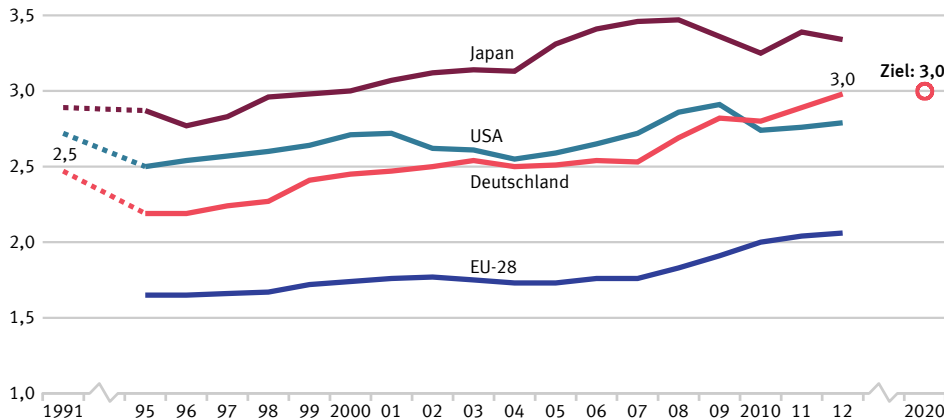
I. Generationengerechtigkeit

Innovation

Zukunft mit neuen Lösungen gestalten



Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung
Ausgaben in % des BIP



Quelle: Statistisches Bundesamt, Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)

8 Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung

Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) sind eine wichtige, wenn auch nicht die alleinige Bestimmungsgröße für das Innovationstempo einer Volkswirtschaft. Je höher die Ausgaben sind, desto größer ist die Aussicht auf eine dynamischere Entwicklung der Produktivität, ein stärkeres Wirtschaftswachstum, eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und nicht zuletzt die Chance, dass sich unsere Produktions- und Konsummuster in Richtung Nachhaltigkeit weiterentwickeln.

Der hier dargestellte Indikator umfasst die Ausgaben von Wirtschaft, Staat und Hochschulen für Forschung und Entwicklung und stellt diese in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Der Rat von Barcelona hat 2002 als Zielvorgabe für Europa einen Anteil der FuE-Ausgaben von 3% im Jahr 2010 beschlossen. Diese Vorgabe wurde im Rahmen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung für Deutschland als Ziel übernommen. Übereinstimmend mit dem Ziel der EU wurde 2012 im Rahmen der EU 2020-Strategie beschlossen, für

2020 (statt wie bis dahin für 2010) einen Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung von 3 % des BIP anzustreben.

Im Jahr 2012 lagen die gesamten FuE-Ausgaben in Deutschland nach vorläufigen Angaben bei 79,4 Milliarden Euro. Das entsprach einem Anteil am BIP von 3,0 %. Im Vergleich dazu lag diese Größe 2012 in den USA bei 2,8 % und in Japan bei 3,3 %. Die EU-28-Region hatte dagegen einen deutlich geringeren Anteil der FuE-Ausgaben am BIP (2,1 % im Jahr 2012). Seit dem Jahr 2000 ist der Anteil in Deutschland um 0,53 Prozentpunkte gestiegen. In den 1990er Jahren war er zunächst zurückgegangen und überstieg nach einem Tiefpunkt 1995/1996 erst wieder 2002 das Niveau von 1991. Das ursprünglich für 2010 anvisierte Ziel (3,0 % Anteil der FuE-Ausgaben am BIP) war zu diesem Zeitpunkt nicht erreicht worden (Ausgabenanteil 2010: 2,8 %). Nach dem aktuellen Rechenstand wurde 2012 die Zielmarke erstmals verwirklicht. Die Voraussetzungen, dieses Niveau bis 2020 zumindest zu halten, scheinen also günstig.

Der weitaus größte Teil der FuE-Ausgaben mit rund 68 % entfiel 2012 auf die interne

Forschung der Wirtschaft, 18 % gaben die Hochschulen aus, weitere 14 % staatliche Forschungseinrichtungen und private Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck. Das Personal in Forschung und Entwicklung umfasste 2012 rund 590 000 Vollzeitäquivalente, wobei jeweils nur der im Bereich Forschung und Entwicklung geleistete Anteil der Arbeitszeit berücksichtigt wird. Das Personal ist zu 62 % der Wirtschaft, zu 22 % den Hochschulen und zu 16 % den staatlichen und privaten Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck zuzurechnen.

Hinsichtlich der Wissenschaftszweige spielten bei den staatlichen und privaten Forschungseinrichtungen ohne Erwerbszweck die Natur- und die Ingenieurwissenschaften eine besondere Rolle (48 % bzw. 25 % der FuE-Ausgaben 2012 in diesem Bereich). Auf die Forschung in den Geistes- und Sozialwissenschaften entfielen rund 13 % der Ausgaben, gut 9 % waren es bei der Humanmedizin und 5 % in den Agrarwissenschaften.

Die FuE-Aktivitäten der Wirtschaft konzentrierten sich auf die Branchen Automobilbau, Luft- und Raumfahrzeugbau, Datenver-

arbeitung und Elektrotechnik, chemische und pharmazeutische Erzeugnisse sowie den Maschinenbau – zusammen rund 74 % der Aufwendungen der Privatwirtschaft. Allein die Automobilindustrie gab 2012 rund 17,4 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung aus (Quelle: Stifterverband Wissenschaftsstatistik).

I. Generationengerechtigkeit

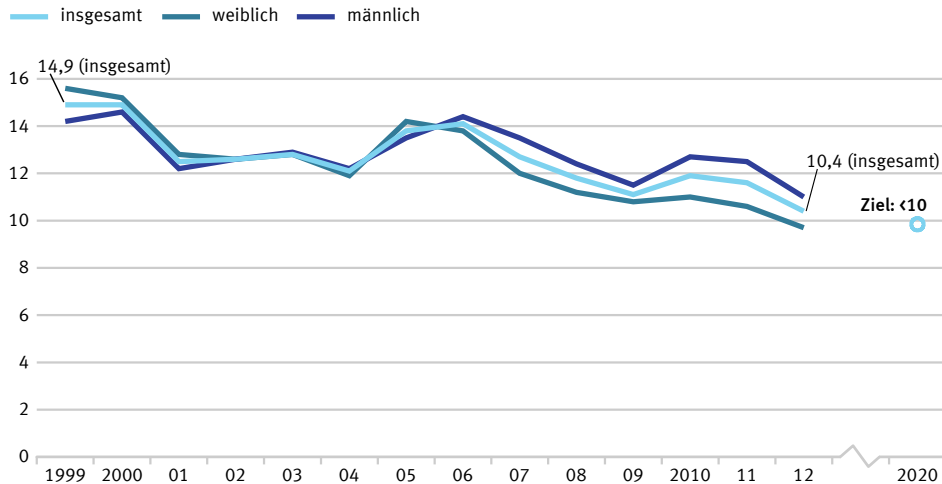
Bildung



Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern

18- bis 24-Jährige ohne Abschluss des Sekundarbereichs II und nicht in Bildung und Ausbildung befindlich

Anteil an allen 18- bis 24-Jährigen in %



9a 18- bis 24-Jährige ohne Abschluss

Das staatliche Bildungssystem und das duale System der Berufsausbildung sind die Eckpfeiler einer zukunftsorientierten Qualifikation für junge Menschen in Deutschland. Fehlende Schul- und Berufsabschlüsse bedeuten ein Armutsrisiko und eine Belastung der Sozialsysteme. Es ist das erklärte Ziel der Bundesregierung, dass alle Jugendlichen einen Schulabschluss erreichen, einen Ausbildungsplatz erhalten oder ein Studium absolvieren.

Der hier dargestellte Indikator beschreibt die Defizite der Ausbildung anhand des Anteils der frühen Schulabgänger und -abgängerinnen. Darunter versteht man den Anteil aller 18- bis 24-Jährigen, die gegenwärtig keine Schule oder Hochschule besuchen und sich auch an keiner Weiterbildungsmaßnahme beteiligen *und* nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II (Hochschulreife bzw. abgeschlossene Berufsausbildung) verfügen. Das bedeutet, dass auch junge Menschen, die beispielsweise die Haupt- oder Realschule (Sekundarstufe I) erfolgreich abgeschlossen haben (anschließend aber nicht die Hochschulreife bzw. keinen beruflichen

Abschluss erlangt haben), sich aber nicht mehr im Bildungsprozess befinden, als frühe Schulabgänger und Schulabgängerinnen gezählt werden. In Anpassung an die Strategie EU2020 hatte die Bundesregierung das Ziel der nationalen Strategie für 2010 (9%) aufgehoben und das Ziel für 2020 geändert. In 2020 soll der Anteil der frühen Schulabgänger unter 10% liegen (Ziel vorher: 4,5%). 2012 lag der Indikator bei 10,4% und würde bei gleichbleibender durchschnittlicher Entwicklung wie in den letzten fünf Jahren das neue Ziel gut erfüllen. Die gegenüber dem vorletzten Bericht verbesserte Bewertung ist im Zusammenhang mit der Änderung der Ziele zu sehen.

2012 waren insgesamt 668 000 junge Menschen ohne Ausbildungsplatz oder Abschluss des Sekundarbereichs II. Zwischen 1999 und 2012 ging ihr Anteil unter den 18- bis 24-Jährigen von 14,9% auf 10,4% zurück, 2006 hatte er noch bei 14,1% gelegen, 2011 bei 11,6%. Die geschlechtsspezifischen Quoten für den Indikator wichen seit 1999 unterschiedlich stark vom Gesamtwert ab. 2012 lag der Anteil der jungen Frauen mit 9,7% niedriger als der der jungen Männer mit 11,0%.

Bezogen auf den Anteil der Schulabbrecher weist die Schulstatistik aus, dass 2012 insgesamt rund 47 648 junge Leute – das sind 6,0% des Absolventenjahrgangs – die Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlassen haben (in der Grafik nicht abgebildet). Ihr Anteil hat sich im Vergleich zu 1999 um 34,4% verringert. Bei den jungen Frauen ist der Anteil mit 4,9% nach wie vor deutlich geringer als bei jungen Männern mit 7,0%. Einen Hauptschulabschluss erreichten im Jahr 2012 19,8% (157 498) aller Schulabgänger und Schulabgängerinnen mit Abschlusszeugnis, einen Realschulabschluss 43,3% (344 527), die Fachhochschulreife 1,6% (13 945) und die allgemeine Hochschulreife 35,2% (305 172). Der Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit Hauptschulabschluss ging seit 1999 um 6,3 Prozentpunkte zurück, während die Anteile von Absolventen mit Realschulabschluss um 2,5 Prozentpunkte, mit Fachhochschulreife um 0,6 Prozentpunkte und mit allgemeiner Hochschulreife um 10,5 Prozentpunkte angestiegen sind.

Ganz wesentlich für die schulische und berufliche Entwicklung junger Menschen in Deutschland sind die soziale und

familiäre Herkunft und die Kenntnis der deutschen Sprache. Nach wie vor besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Bildungserfolgen deutscher und ausländischer Jugendlicher (siehe Indikator 19). Ende 2012 befanden sich 1,4 Millionen Jugendliche in einer Ausbildung im dualen System, 2% weniger als im Vorjahr. Nach Ergebnissen der Berufsbildungsstatistik sank die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge in 2012 auf 549 003 (–3,0% gegenüber dem Vorjahr), wobei der Rückgang in den alten Ländern (–2,5%) geringer war als in den neuen Ländern und Berlin (–5,5%). Der Anteil der Auszubildenden mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag und ohne Hauptschulabschluss war 2012 mit 3% sehr niedrig. Bei nicht vermittelten Bewerbern sind neben der fehlenden Qualifikation auch nicht erfüllbare Berufswünsche und regional fehlende Angebote von Ausbildungsplätzen ausschlaggebend. Heute haben Unternehmen auch aufgrund des demografisch bedingten Bewerbrückgangs zunehmend Schwierigkeiten, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen, besonders in den neuen Ländern.

I. Generationengerechtigkeit

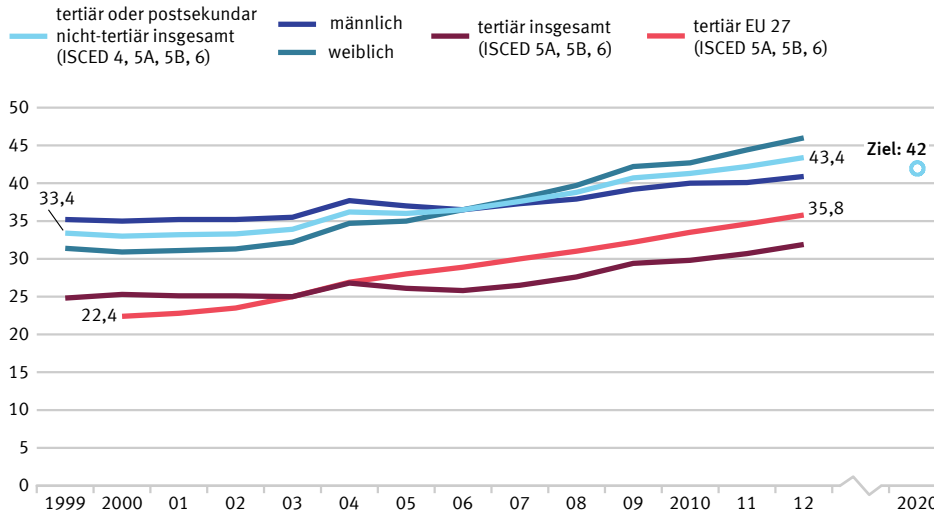
Bildung

Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern



30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiärem Bildungsabschluss

Anteil an allen 30- bis 34-Jährigen in %



9b 30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiärem Abschluss

Eine hoch entwickelte Volkswirtschaft wie die deutsche, in der der Dienstleistungssektor und der Bedarf an Wissen und Expertise gegenüber der industriellen Produktion immer stärker in den Vordergrund rücken, benötigt hoch qualifizierte Arbeitskräfte. In Anlehnung an ein Kernziel der Strategie Europa 2020 aus dem Jahr 2010 nennt der von der Bundesregierung 2012 geänderte Indikator der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie den Anteil aller jungen Menschen im Alter zwischen 30 und 34 Jahren (bisher: 25-Jährige) mit einem tertiären Bildungsabschluss (nach International Standard Classification of Education/ISCED Stufen 5/6) oder einem vergleichbaren Abschluss (ISCED 4).

Zu den tertiären Abschlüssen zählen Abschlüsse an Hochschulen und Fachhochschulen (ISCED 5A/6) sowie an Verwaltungsfachhochschulen, Berufs- und Fachakademien, Fachschulen und Schulen des Gesundheitswesens (ISCED 5B). Darüber hinaus schließt der neue Indikator auch

postsekundare nicht-tertiäre Abschlüsse (ISCED 4, siehe Anhang) ein. Diese sind dadurch gekennzeichnet, dass zwei Abschlüsse des Sekundarbereichs II nacheinander oder auch gleichzeitig erworben werden: beispielsweise ein Abitur an Abendgymnasien, an Kollegs oder Berufs-/ Technischen Oberschulen (hier ist jeweils vorausgesetzt, dass bereits ein beruflicher Abschluss vorhanden ist) oder der Abschluss einer Lehrausbildung nach dem Abitur bzw. der Abschluss von zwei beruflichen Ausbildungen nacheinander. Der nationale Indikator soll nach dem Willen von Bund und Ländern bis zum Jahr 2020 auf 42% steigen. Die Strategie Europa 2020 nennt als Ziel 40% für tertiäre oder vergleichbare Abschlüsse.

Ausgehend von 33,4% in 1999 stieg der Indikator der nationalen Strategie bis zum Jahr 2012 um 10 Prozentpunkte und lag mit 43,4% schon 2012 deutlich über dem vom Kabinett gesetzten nationalen Zielwert, der für 2020 angestrebt ist. Frauen lagen mit 46,0% deutlich über, Männer mit 40,9% unter dem Zielwert. Diese günstigen Werte stehen in Zusammenhang mit der international nicht gebräuchlichen Berück-

sichtigung postsekundärer nicht-tertiärer Abschlüsse, da es diese Abschlüsse in vielen anderen Ländern nicht gibt. Der enger, das heißt auf ISCED 5/6 gefasste Indikator für die EU-27 erreichte nach einem kontinuierlichen Anstieg seit 2002 in 2012 insgesamt 35,8%. Würde man auch für Deutschland die EU-Abgrenzung des Indikators (Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit tertiärem Abschluss) wählen, stiege der Wert, ausgehend von 24,8% in 1999, um 7 Prozentpunkte und läge im Jahr 2012 mit 31,9% um fast 4 Prozentpunkte unter dem EU-Wert. In 2012 lag der Anteil der Frauen um 2 Prozentpunkte über demjenigen der Männer.

Die Gesamtzahl aller Hochschulabsolventen im Jahr 2012 betrug 413 338, das sind 86% mehr als im Jahr 1999. Darunter waren 77 775 Absolventen der Ingenieurwissenschaften (84% mehr als 1999) und mit 70 343 Absolventen der Mathematik weit mehr als doppelt so viele wie im Jahr 1999.

Die europaweite Neuordnung der Studienstruktur (Bologna-Prozess) hatte zum Ziel, durch die Einführung von Bachelor- und

Masterstudiengängen die internationale Mobilität von Studierenden und Absolventen sowie die Attraktivität europäischer Hochschulen für ausländische Studierende zu fördern. 2012 entschieden sich wie im Vorjahr 72,8% aller Studienanfängerinnen und -anfänger in Deutschland für einen Bachelorstudiengang und 4,6% für einen Masterstudiengang (Vorjahr: 3,7%). Die traditionellen Staatsexamen und sonstige (15,9%, im Vorjahr 16,2%) befanden sich dagegen weiter auf dem Rückzug, Diplom- und Magisterstudiengänge (6,8%, im Vorjahr 7,3%) stagnierten nahezu. Auch die Studienzeiten sollten durch die Einführung des Bachelor-Abschlusses kürzer werden. Das Durchschnittsalter der Erstabsolventen und Erstabsolventinnen wird durch das Alter bei Schulbeginn, die Dauer der Schulzeit, die Dauer des Übergangs vom Schul- in das Hochschulsystem und der Studiendauer beeinflusst. Den Abschluss zum Bachelor erreichten die Absolventen 2012 im Schnitt mit 25,6 Jahren (Vorjahr 25,5 Jahre), während sie beim Master 28,5 Jahre (Vorjahr 29,1 Jahre) alt waren und damit etwas älter als die Diplomabsolventen (28,0 Jahre; im Vorjahr 27,9 Jahre).

I. Generationengerechtigkeit

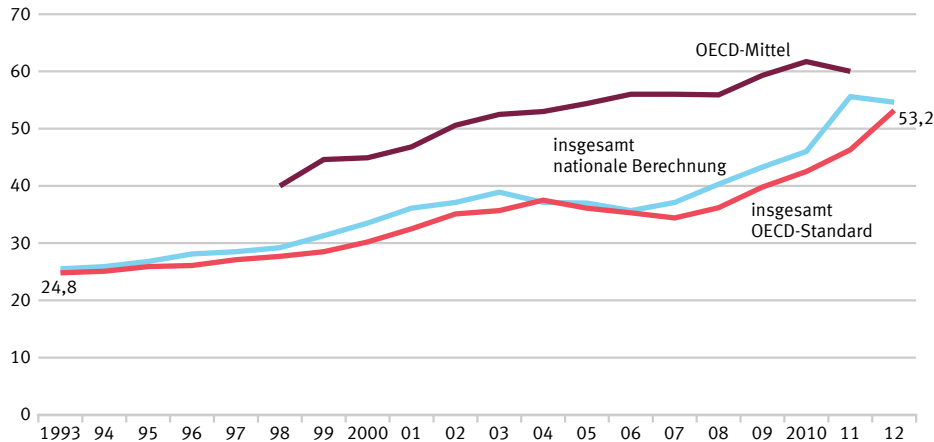
Bildung

Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern



Studienanfängerquote

Anteil in %



9c Studienanfängerquote

Eine Bildungspolitik, die möglichst vielen jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung ermöglicht, ist eine Voraussetzung dafür, dass unsere Gesellschaft den künftigen Herausforderungen gewachsen ist. Die Studienanfängerquote misst den Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger (aus dem In- und Ausland, an Hochschulen außer Verwaltungsfachhochschulen) im ersten Hochschulsemester an der altersspezifischen Bevölkerung. Ziel der Bundesregierung war es, die Studienanfängerquote in Deutschland bis zum Jahr 2010 auf 40% zu erhöhen und in den Folgejahren auf hohem Niveau weiter auszubauen und zu stabilisieren. In Bezug auf die erforderlichen Maßnahmen ist die Zuständigkeit der Länder für die Bildungspolitik zu berücksichtigen.

Zwischen 1993 und 2004 verbesserte sich die Studienanfängerquote (Berechnung nach OECD-Standard) in Deutschland von 24,8% auf 37,5%. Nach einem Rückgang in den Jahren 2005 bis 2007 stieg sie danach stark an und erreichte 2012 53,2%. Bei den Frauen lag die Quote mit 51,6% zuletzt um 3 Prozentpunkte unter der Quote der Männer mit 54,7%. Grund dafür könnte

die Aussetzung der Wehrpflicht sein; in den vorangegangenen Jahren lag die Quote bei den Frauen über der Quote der Männer.

Im Mittel der OECD-Länder lag die Quote deutlich höher, dort begannen 2011 60 % der Jugendlichen ein Studium. Überdurchschnittlich hoch waren die Anteile der Studienanfänger an der altersspezifischen Bevölkerung in Australien mit 96 %, Island und Polen mit je 81 %, in Neuseeland und Norwegen mit je 76 % sowie in Slowenien mit 75 %. Deutschland befand sich zusammen mit der Schweiz, der Türkei, Mexiko und Belgien im unteren Bereich. Hier ist der unterschiedliche Aufbau der Bildungsgänge in den OECD-Ländern zu berücksichtigen. Der unterdurchschnittliche Wert für Deutschland wird dadurch beeinflusst, dass die Berufsausbildung weitgehend im dualen System erfolgt, in anderen Staaten aber überwiegend an den Hochschulen.

Im Studienjahr 2012 (Sommer- 2012 und Wintersemester 2012/2013) schrieben sich 495 088 Erstsemester an den deutschen Hochschulen ein. In der Berechnung nach nationalen Abgrenzungen entspricht dies einer Studienanfängerquote von 54,6 % (Männer: 53,6 %, Frauen: 55,6 %).

Bei einem Rückgang um 23 700 (4,6 %) gegenüber 2011 lag die Zahl der Studienanfänger 2012 unter dem im Vorjahr erreichten bisherigen Höchstwert (518 748 Studienanfänger). Der deutliche Anstieg bis 2011 hängt zum Teil mit der Besonderheit doppelter Abiturientenjahrgänge wegen der Verkürzung der Schulzeit zusammen (2007 in Sachsen-Anhalt, 2008 in Mecklenburg-Vorpommern, 2009 im Saarland, 2010 in Hamburg, 2011 in Bayern und Niedersachsen). Wegen doppelter Abiturientenjahrgänge in weiteren Ländern (2012 in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen, 2013 in Nordrhein-Westfalen) wird in den nächsten Jahren weiter mit hohen Studienanfängerzahlen gerechnet.

2012 haben rund 501 000 Schülerinnen und Schüler eine Studienberechtigung erworben (Abitur oder Fachhochschulreife), das waren 1,1 % weniger als im Vorjahr (einschließlich Absolventen nach acht Gymnasialjahren). 47,7 % der Studienberechtigten waren junge Männer. Junge Menschen mit Studienberechtigung wählten verstärkt eine berufliche Ausbildung statt eines Studiums. Der Anteil der Anfänger einer beruflichen Ausbildung, die eine Studienberechtigung nachweisen konnten, stieg von

14,0 % im Jahr 2003 auf 23,9 % in 2012. Als Gründe für die steigende Ausbildungsneigung der Studienberechtigten kommen der Wunsch nach stärkerem Praxisbezug, der durch das Studienangebot nicht gedeckt wird, oder Zulassungsbeschränkungen bei Studiengängen in Betracht.

Studienanfänger, die ihre Studienberechtigung in Deutschland erworben haben, waren 2012 im Mittel 21,3 Jahre alt. 16,5 % aller Erstmatrikulierten kamen aus dem Ausland zum Studium nach Deutschland. Da sie meist bereits im Heimatland studiert haben, waren sie im Mittel gut zwei Jahre älter als die Inländer. Daraus ergab sich ein mittleres Alter der Studienanfänger von 21,8 Jahren. Im europäischen Vergleich waren die Studienanfänger 2010 beispielsweise in Belgien, Spanien und Irland mit jeweils rund 19 Jahren am jüngsten, die Anfänger in Island und Luxemburg mit jeweils 22,4 Jahren sowie in Dänemark mit 22,1 Jahren am ältesten. Aber bereits innerhalb Deutschlands gab es deutliche Altersunterschiede. Die Spannweite reichte von 20,6 Jahren im Saarland und 20,8 Jahren in Sachsen bis zu 22,0 Jahren in Hamburg und 22,1 Jahren in Berlin.

II. Lebensqualität

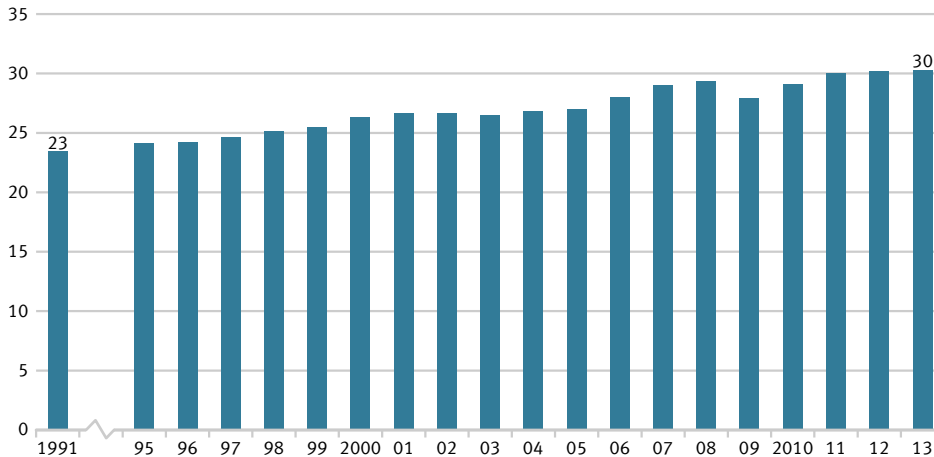
Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit



Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich steigern

BIP je Einwohner

preisbereinigt, in Preisen von 2005 in Tausend Euro



10 BIP je Einwohner

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist Ausdruck der gesamten im Inland entstandenen wirtschaftlichen Leistung. Es wird als wichtiger Indikator für Konjunktur und Wachstum einer Volkswirtschaft angesehen. Zwischen der Entwicklung des BIP und den anderen Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie gibt es vielfältige Beziehungen. So spielen soziale Faktoren wie die Bevölkerungsstruktur, das Arbeitskräfteangebot, das Bildungssystem sowie der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft eine wichtige Rolle für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Eine steigende Wirtschaftsleistung ist unter Wohlfahrtsgesichtspunkten erstrebenswert. Ausreichendes Wirtschaftswachstum kann Strukturwandel ermöglichen, Arbeitsplätze sichern und neue schaffen sowie die Sozialsysteme vor dem Hintergrund der „alternden Gesellschaft“ und der anzustrebenden Generationengerechtigkeit stabilisieren. Andererseits sind mit einem steigenden BIP tendenziell auch Umweltbelastungen verbunden. Wirtschaftswachstum ist ein Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie. Dabei ist die weitere Entkoppelung von Wirtschaftswachstum

und Umweltbelastung eine wichtige Voraussetzung für ein nachhaltiges Wirtschaften.

Zwischen 1991 und 2013 hat sich das BIP je Einwohner um insgesamt 29,2% (preisbereinigt) erhöht. Nach einem kräftigen Wachstum von durchschnittlich 2,8% im Zeitraum 2005 bis 2008 ist das BIP je Einwohner in 2009 in Folge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise um 4,9% zum Vorjahr gesunken. 2010 erholte sich die wirtschaftliche Leistung und das BIP erhöhte sich bis 2013 auf 30 250 Euro je Einwohner. Die Zunahme betrug im Durchschnitt der letzten fünf Jahre 2,0% pro Jahr.

Das wirtschaftliche Wachstum verlief nach Branchen sehr unterschiedlich. Die Bruttowertschöpfung in der Industrie (Produzierendes Gewerbe ohne Bau) wies zwischen 1991 und 2012 ein reales Wachstum von 21,8% auf (preisbereinigt). Die Dienstleistungsbereiche zeigten in diesem Zeitraum einen sehr viel stärkeren Anstieg von 48,6%. 2009 erfolgte im Verarbeitenden Gewerbe ein starker Rückgang der wirtschaftlichen Leistung um 20,7% gegenüber dem Vorjahr. Der Rückgang bei den Dienstleistungen war dagegen mit -1,7% sehr viel niedriger. Die Industrie konnte jedoch

durch ein sehr starkes Wachstum 2010 und 2011 diesen Rückgang wieder wettmachen.

Während die Industrie 1991 noch einen Anteil von 30,2% an der gesamten Bruttowertschöpfung (in jeweiligen Preisen) erwirtschaftete, ging dieser bis 2013 auf 25,5% zurück. Der Anteil der Dienstleistungen erhöhte sich dagegen von 62,5% (1991) auf 69,0% (2013). 73,8% aller Erwerbstätigen waren 2013 in den Dienstleistungsbereichen tätig, 24,7% im Produzierenden Gewerbe, 1,5% in der Land- und Forstwirtschaft. Die Veränderung der Wirtschaftsstruktur mit zunehmender Bedeutung der Dienstleistungen und abnehmender Bedeutung von Industrie, Bergbau und Baugewerbe trug zu einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastungen bei (siehe Indikatoren 1, 2).

Die wirtschaftliche Leistung entwickelte sich regional unterschiedlich. Trotz des höheren Wachstums lagen die neuen Bundesländer (ohne Berlin) beim Bruttoinlandsprodukt je Einwohner 2012 noch um rund 32% hinter den alten Ländern zurück. Im Zeitablauf haben die neuen Bundesländer die preisbereinigte Wirtschaftsleistung je Einwohner zwischen 1991 und 2012 aber mehr als verdoppelt (+ 106%) und das

BIP erhöhte sich um 80%, während die Einwohnerzahl um 12,7% (rund 1,9 Millionen Personen) fiel. In den alten Bundesländern erhöhte sich das BIP je Einwohner bis 2012 lediglich um 20,9%, bei einem Anstieg des BIP um 27,9% und einem gleichzeitigen Anstieg der Einwohnerzahl um 5,8%.

Die Zahl der Erwerbstätigen hat in Deutschland zwischen 1991 und 2013 um insgesamt rund 3,1 Millionen Personen zugenommen. Trotzdem sind Teile der Bevölkerung nach wie vor armutsgefährdet. Die EU-Erhebung LEBEN IN EUROPA stellt für 2012 eine Armutsgefährdung für 16,1% der Bevölkerung in Deutschland fest. Im Jahr 2005 lag die Quote noch bei 12,2%. Seitdem ist sie stetig angestiegen. Da es sich um einen relativen Wert handelt, ist der Fortbestand von Armut auch bei steigendem BIP pro Einwohner möglich. Deutschland liegt im europäischen Vergleich unter dem EU-Durchschnitt von 17,0%. Einen im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hohen Wert weist Deutschland bei der Anzahl der Personen auf, die in Haushalten mit sehr geringer Erwerbstätigkeit leben. Dies waren 2012 11,1% aller Personen im Alter von 0 bis 59 Jahren. Der EU-Durchschnitt betrug hier 10%.

II. Lebensqualität

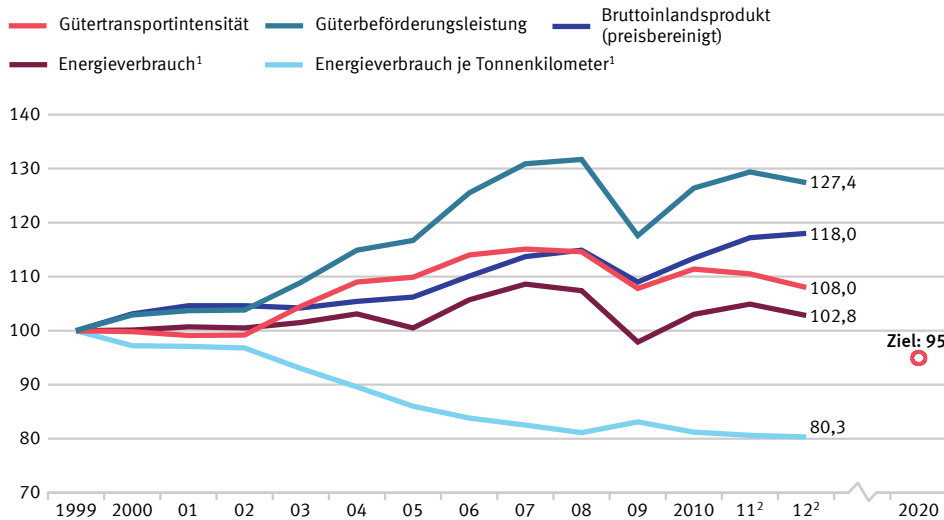
Mobilität

Mobilität sichern – Umwelt schonen



Gütertransportintensität

1999 = 100



1 Daten ohne Flugverkehr, Rohrleitungen und Verkehr leichter Nutzfahrzeuge (< 3,5t zul. Gesamtgewicht). 2 Vorläufige Daten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Umweltbundesamt

11a Gütertransportintensität

Die Bundesregierung beobachtet die Nachhaltigkeit der Güterverkehrsentwicklung anhand des Indikators Gütertransportintensität. Die Intensität wird gemessen als Güterbeförderungsleistung des Straßenverkehrs, des Schienenverkehrs, der Binnenschifffahrt, der Rohrleitungen und der Luftfahrt im Inland in Tonnenkilometern in Relation zum preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt (BIP). Ziel der Bundesregierung ist es, die Intensität gegenüber dem Basiswert des Jahres 1999 bis zum Jahr 2020 um 5% zu vermindern.

Die Gütertransportintensität ist seit 1999 um 8% angestiegen, hat sich zuletzt aber in die gewünschte Richtung entwickelt. Um den Zielwert zu erreichen, müsste sich die durchschnittliche Entwicklung der letzten fünf Jahre bis zum Zieljahr jedoch deutlich verstärken. Im Jahr 2009 bewegte sich der Indikator abrupt in Richtung des angestrebten Ziels. Dies war aber hauptsächlich auf den Rückgang der wirtschaftlichen Leistung (Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt) zurückzuführen. Im gleichen Jahr war auch ein vergleichsweise starker Einbruch bei der

Güterbeförderungsleistung (Tonnenkilometer) zu beobachten, der zum Teil bedingt war durch eine geringere Fahrzeugauslastung – insbesondere im Straßengüterverkehr – auf Grund der Wirtschaftskrise. Dies erklärt auch den leichten Anstieg des durchschnittlichen Energieverbrauchs je Tonnenkilometer, während der Gesamtenergieverbrauch zurückging. Mit der wirtschaftlichen Erholung stieg seit 2010 auch die Güterbeförderungsleistung (abweichend von Indikator 11c/d einschließlich Nahverkehr deutscher LKW) wieder deutlich an und lag 2012 um 27,4 % über dem Niveau von 1999. Damit ging eine Erhöhung des Energieverbrauchs einher, der 2012 um 2,8 % über dem Verbrauch von 1999 lag. Gleichzeitig ging der Energieverbrauch je Tonnenkilometer weiter zurück und betrug 2012 80,3 % des Ausgangswertes von 1999.

Neben den eher kurzfristigen Auswirkungen der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 beeinflussten im Betrachtungszeitraum 1999 bis 2012 langfristige Effekte die Entwicklung der Transportintensität. Die Fertigungstiefe der Unternehmen hat sich verringert, was in

der Regel mit einem erhöhten Transportaufkommen verbunden ist, weil die Unternehmen verstärkt Vorprodukte von Zulieferern aus dem In- und Ausland beziehen. Darüber hinaus stiegen die durchschnittlichen Entfernungen zwischen dem Ort der Produktion und dem Ort der Verwendung der Güter an, was die Transportintensität zusätzlich erhöhte. Diesen Effekten steht ein Wandel der Nachfragestruktur hin zu weniger materialintensiven Gütern (zum Beispiel steigender Anteil von Dienstleistungen) gegenüber. Die daraus resultierende Veränderung bei der Zusammensetzung des Güteraufkommens milderte den Anstieg der Transportintensität ab.

Für die Interpretation dieses Indikators ist auch von Bedeutung, dass die Güterbeförderungsleistungen ausländischer Lastkraftfahrzeuge auf deutschem Territorium zwischen 1999 und 2012 deutlich stärker zugenommen haben als die der deutschen LKW. Der Zuwachs in diesem Zeitraum belief sich bei den ausländischen Fahrzeugen auf 80,7 %, beim gewerblichen Verkehr deutscher Fahrzeuge dagegen auf 36,3 %. Im Werkverkehr mit deutschen Fahrzeugen

ist sogar ein Rückgang der Güterbeförderungsleistung um 42,9 % zu verzeichnen.

Der Indikator zur Güterbeförderungsleistung bezieht sich definitionsgemäß auf die Transporte im Inland. Deshalb spiegelt er die Einflüsse der zunehmenden Auslandsverflechtung (Globalisierung) der deutschen Wirtschaft mit den auch außerhalb Deutschlands erzeugten erheblichen Verkehrsströmen nur unzureichend wider. Im Ausland wurden 2010 deutsche Im- und Exportgüter mit einem Gesamtgewicht von 1 032 Millionen Tonnen befördert, bei einer Transportleistung von 3 031 Milliarden Tonnenkilometern (einschließlich Seeverkehr und Transport mit Pipelines). Zum Vergleich: Die Gütertransportleistung im Inland belief sich im Jahre 2010 auf 628 Milliarden Tonnenkilometer, bei einem Transportvolumen von 3 805 Millionen Tonnen.

Der Indikator hat direkte und indirekte Querbeziehungen unter anderem zu den Indikatoren 1, 2, 4, 10, 11c/d, 12, 13 und 16.

II. Lebensqualität

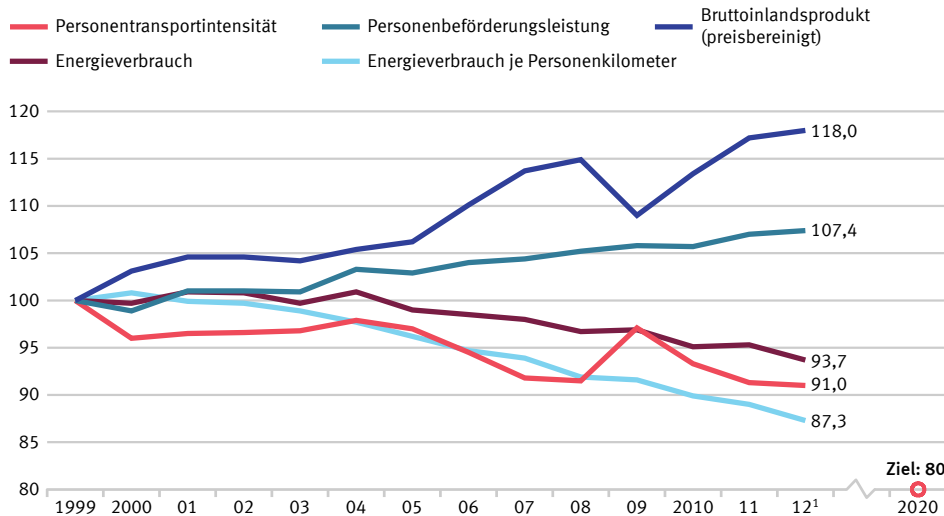
Mobilität

Mobilität sichern – Umwelt schonen



Personenverkehrsintensität

1999 = 100



¹ Zum Teil vorläufige Daten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Umweltbundesamt

11b Personenverkehrsintensität

Die Verfügbarkeit ausreichender, flexibler und kostengünstiger Personenverkehrsmöglichkeiten ist sowohl unter Wohlfahrts Gesichtspunkten (insbesondere persönliche Mobilität) als auch für das Funktionieren und die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer modernen arbeitsteiligen Volkswirtschaft von Bedeutung. Personenverkehrsaktivitäten können aber auch zu erheblichen Umweltbelastungen führen, vor allem durch den Verbrauch fossiler Energieträger, durch Luftemissionen, durch die Inanspruchnahme von Flächen und durch Lärmbelastigungen. Die Bundesregierung verfolgt deshalb das Ziel, das Wirtschaftswachstum, die Zunahme von Personenverkehrleistungen und die Entwicklung verkehrsbedingter Umweltbelastungen zu entkoppeln.

Die Nachhaltigkeit der Personenverkehrsentwicklung wird durch den Indikator Personenverkehrsintensität abgebildet (Personenbeförderungsleistung in Personenkilometern in Relation zum preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt). Ziel der Bundesregierung ist es, die Personenverkehrsentwicklung

intensität bis zum Jahr 2020 um 20 % gegenüber 1999 zu verringern.

Nach einer längeren Periode günstiger Entwicklung stieg der Indikator im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr stark an. Dieser Anstieg war nicht auf eine entsprechende Zunahme des Faktors Personenbeförderungsleistung zurückzuführen, sondern auf den Einbruch der wirtschaftlichen Leistung (BIP, preisbereinigt) im Zuge der Wirtschaftskrise 2008/2009. Mit der wirtschaftlichen Erholung bewegte sich der Indikator seit 2010 wieder zurück in die angestrebte Richtung. Bezogen auf 1999 ist der Indikator bis 2012 um 9,0 % zurückgegangen. Für die vergangenen fünf Jahre zeigt sich kein statistisch signifikanter Trend. Bei gleichbleibender Entwicklung wie in den letzten Jahren würde das Ziel für 2020 verfehlt. Der Indikator erhält den Status „bewölkt“.

Trotz der Zunahme der Personenbeförderungsleistung zwischen 1999 und 2012 um 7,4 % war der absolute Energieverbrauch insgesamt rückläufig. Bezogen auf alle Verkehrsträger sank der Energieverbrauch je Personenkilometer um 12,7 % auf 1,70 MJ/Pkm (Megajoule pro Personenkilometer).

Dieser Rückgang wurde vor allem durch Effizienzsteigerungen im motorisierten Individualverkehr erreicht. Auf ihn entfällt der größte Anteil der Personenbeförderungsleistung und somit auch der verbrauchten Energie im Personenverkehr.

Die Beförderungsleistung des motorisierten Individualverkehrs erhöhte sich im Zeitraum 1999 bis 2012 mit 5,4 % verhältnismäßig gering. Dagegen nahm die Personenbeförderungsleistung der Eisenbahnen und des öffentlichen Straßenpersonenverkehrs (bis 2003 nur Unternehmen mit mindestens sechs Kraftomnibussen) um zusammen 9,9 % zu. Die Leistung des Inlandsluftverkehrs erhöhte sich um 15,6 %.

Der motorisierte Individualverkehr hatte im Jahr 2012 einen Anteil von 80,5 % an der gesamten Personenbeförderungsleistung. Er dient verschiedenen Zwecken. Der Freizeitverkehr hatte im Jahr 2011 mit 35,5 % den mit Abstand größten Anteil an den Beförderungsleistungen. Der Anteil des Berufsverkehrs belief sich auf 19,6 %, gefolgt vom Einkaufsverkehr mit 17,7 % und dem Geschäftsverkehr mit 14,2 %. Die Anteile dieser verschiedenen Zwecke am

motorisierten Individualverkehr sind seit 2002 nahezu konstant.

Zwischen 1999 und 2012 reduzierte sich der Kraftstoffverbrauch je Kilometer bei Personen- und Kombinationskraftwagen um 13,3 %. Ursachen sind vor allem technische Verbesserungen und der steigende Anteil von Dieselfahrzeugen.

Der Indikator hat Querbeziehungen unter anderem zu den Indikatoren 1a, b (hinsichtlich Energieverbrauch), 2 (klimaschädliche Emissionen aus Kraftstoffen), 3, 4, 10, 12a, 13 (hinsichtlich atmosphärischer Deposition von Stickstoffverbindungen aus der Verbrennung von Kraftstoffen), 14a (hinsichtlich Verkehrsunfällen) und gegebenenfalls 16 (im Hinblick auf die Verkehrsdienstleistungen und den Fahrzeugbau).

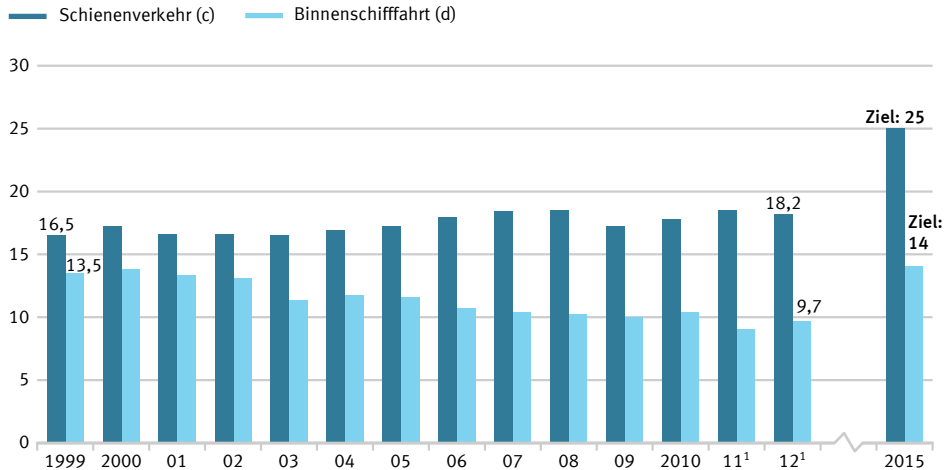
II. Lebensqualität

Mobilität

Mobilität sichern – Umwelt schonen



Anteile des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt an der Güterbeförderungsleistung in %



Ohne Nahverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge (bis 50 km).

1 Zum Teil vorläufige Daten.

Quelle: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

11c, d Anteile des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt

Der Transport von Gütern mit der Bahn oder mit Binnenschiffen ist mit deutlich weniger Umweltbelastungen je Tonnenkilometer verbunden als der Lufttransport oder der Transport auf der Straße. Die Bundesregierung strebt deshalb an, den Anteil der Verkehrsträger Bahn (11c) und Binnenschifffahrt (11d) an der Güterbeförderungsleistung im Inland deutlich zu erhöhen. Ziel ist es, bis zum Jahr 2015 den Anteil des Schienenverkehrs auf 25 % und den Anteil der Binnenschifffahrt auf 14 % zu steigern.

Die gesamte binnenländische Güterbeförderungsleistung (abweichend von Indikator 11a ohne Nahverkehr deutscher LKW) ist im Zeitraum 1999 bis 2012 um 29,9 % auf 604,4 Milliarden Tonnenkilometer angestiegen. Der Marktanteil der Bahn hat sich von 16,5 % auf 18,2 % leicht verbessert, aber noch nicht maßgeblich erhöht. Der Anteil der Binnenschifffahrt ist von 13,5 % auf 9,7 % gesunken. Betrachtet man die absoluten Werte zwischen 1999 und 2012, so hat sich die Güterbeförderungsleistung des Schienenverkehrs von 76,8 Milliarden

Tonnenkilometer auf 110,1 Milliarden Tonnenkilometer erhöht. Dagegen ist die Güterbeförderungsleistung der Binnenschifffahrt von 62,7 Milliarden Tonnenkilometern in 1999 auf 58,5 Milliarden Tonnenkilometer in 2012 zurückgegangen.

Im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre ist der Anteil des Schienenverkehrs an der Güterbeförderungsleistung leicht zurückgegangen. Bei einer Fortsetzung dieser Entwicklung könnte das für 2015 angestrebte Ziel nicht erreicht werden. Dabei ist bei diesen Angaben ein statistisch signifikanter Trend nicht erkennbar. Der Indikator zur Binnenschifffahrt entwickelte sich in den letzten fünf Jahren – mit statistisch signifikantem Trend – weiter entgegen der Zielrichtung. Dieses Ergebnis hinsichtlich der Zielerreichung entspricht bei beiden Indikatoren dem Status „Gewitter“.

Rund die Hälfte der Güterbeförderungsleistungen im Schienenverkehr entfiel 2012 auf die Gütergruppen Metalle und Metall-erzeugnisse, chemische und Mineralölerzeugnisse, Erze, Steine und Erden, Kokerei-erzeugnisse sowie Kohle, Rohöl und Erdgas. In der Binnenschifffahrt entfielen auf diese

Gütergruppen rund 67,4 % der Verkehrsleistungen. Gegenüber 1999 ist ein detaillierter Vergleich wegen Umstellungen in den Erhebungen nur bedingt möglich. Eine grobe Abschätzung zeigt aber, dass die Anteile dieser Güter an den Beförderungsleistungen beider Verkehrsträger seitdem zurückgegangen sind.

Bedeutsam für die Interpretation der Zahlen ist auch, dass der Anteil ausländischer Lastkraftfahrzeuge an der Güterbeförderungsleistung im Zeitraum 1999 bis 2012 deutlich von 18,6 % auf 26,4 % angestiegen ist.

Der Indikator hat Querbeziehungen unter anderem zu den Indikatoren 1 (hinsichtlich Energie- und Ressourcenverbrauch), 2 (hinsichtlich klimaschädlicher Emissionen aus Kraftstoffen), 11a (Gütertransportintensität) und 13 (Schadstoffbelastung der Luft durch Emissionen).

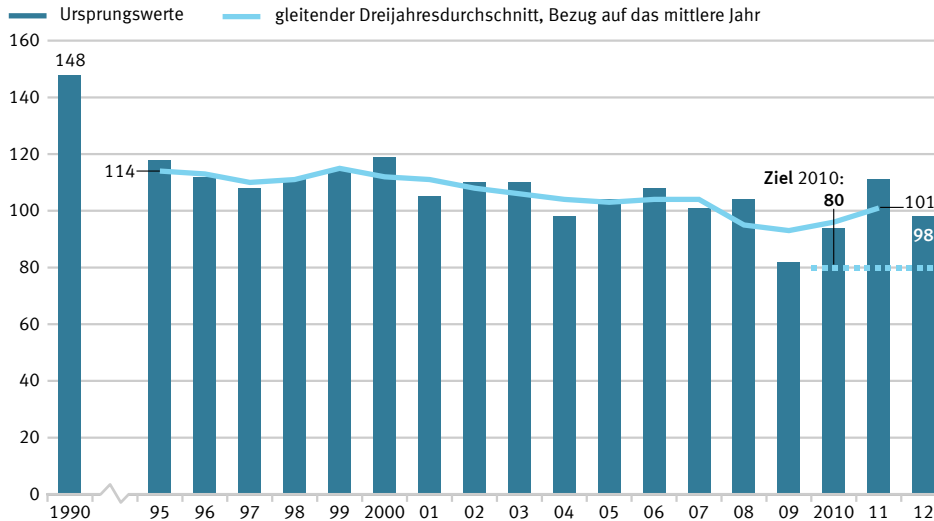
II. Lebensqualität

Landbewirtschaftung



In unseren Kulturlandschaften umweltverträglich produzieren

Stickstoffüberschüsse der Gesamtbilanz Deutschland in kg/ha landwirtschaftlich genutzter Fläche



Quelle: Institut für Pflanzenbau und Bodenkunde, Julius Kühn Institut (JKI) und Institut für Landschaftsökologie und Ressourcenmanagement, Universität Gießen

12a Stickstoffüberschuss

Stickstoff ist einer der wichtigsten Pflanzennährstoffe. In der Landwirtschaft wird Stickstoff durch Düngung auf die Nutzflächen ausgebracht, um die mit der Produktion verbrauchten Nährstoffe zu ersetzen, die Erträge und die Qualität von Ernteprodukten zu sichern sowie die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten. Aus ökologischen und ökonomischen Gründen kommt es dabei besonders auf die effiziente Ausnutzung des Nährstoffes an. Auch weitere Quellen tragen über den Luftpfad zum Eintrag von Stickstoff auf die Fläche bei (zum Beispiel Tierproduktion, Verkehr, Haushalte, biologische Stickstofffixierung). Im Übermaß in die Umwelt eingetragener Stickstoff führt zu weitreichenden Problemen: zur Verunreinigung des Grundwassers, zur Überversorgung von Binnengewässern, Meeren und Landökosystemen mit Nährstoffen (Eutrophierung), zur Entstehung von Treibhausgasen und versauernden Luftschadstoffen mit ihren Folgen für Klima, Artenvielfalt und Landschaftsqualität (siehe Indikatoren 2, 5 und 13).

Der Stickstoffindikator für die Landwirtschaft in Deutschland nennt die Stickstoffüberschüsse der Gesamtbilanz für Deutschland in Kilogramm (kg) je Hektar (ha) landwirtschaftlich genutzter Fläche pro Jahr. Der Stickstoffindikator ergibt sich rechnerisch aus der Gegenüberstellung von Stickstoffzufuhr und Stickstoffabfuhr. Es werden Stickstoffzufuhren mit Düngemitteln, aus außerlandwirtschaftlichen Emissionen, über die biologische Stickstofffixierung, mit Saat und Pflanzgut sowie über Futtermittel aus der inländischen Erzeugung und aus Importen berücksichtigt. Die Stickstoffabfuhr findet über pflanzliche und tierische Produkte statt. Der Gesamtsaldo wird nach dem Prinzip der Hoftor-Bilanz berechnet, das heißt Stickstoffflüsse im innerlandwirtschaftlichen Kreislauf werden – mit Ausnahme der inländischen Futtermittelerzeugung – nicht ausgewiesen. Die ermittelten Überschüsse dürfen nicht pauschal mit Verlusten in die Umwelt gleichgesetzt werden, da eine gewisse Stickstoffmenge für den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit notwendig ist. Unter Berücksichtigung dieses Sachverhalts können die bilanzierten Überschüsse als Maß für die Umweltbelastung durch Stickstoff herangezogen werden.

Als maßgebliche Zeitreihe für den Indikator dient das gleitende Dreijahresmittel, bezogen auf das jeweils mittlere Kalenderjahr. Hierdurch werden nicht zu beeinflussende witterungs- und marktabhängige jährliche Schwankungen in der Darstellung ausgeglichen. Die Bundesregierung hatte das Ziel, die landwirtschaftlichen Stickstoffüberschüsse bis 2010 auf 80 kg Stickstoff pro ha und Jahr zu reduzieren. Mit einem Überschuss von 96 kg Stickstoff pro ha wurde die angestrebte Reduktion im Zieljahr verfehlt. Ein neues Ziel steht noch aus. Bis 2011 stiegen die Überschüsse wieder auf 101 kg N/ha an. Damit ist der Saldo (Dreijahresmittel) seit 1991 von 130 kg N/ha auf zuletzt 101 kg N/ha (– 22%) zurückgegangen. Für die letzten Jahre fehlt ein statistisch signifikanter Trend.

Der deutliche Rückgang zu Beginn der Zeitreihe resultiert aus einem reduzierten Düngemittelabsatz und abnehmenden Tierbeständen in den neuen Bundesländern. Die im weiteren Verlauf der Zeitreihe nur noch schwache Abnahme seit 1993 beruht auf einem leichten Rückgang beim mineralischen Düngereinsatz und einer

Erhöhung der Erntemengen aufgrund von veränderten Fruchtfolgen der angebauten Kulturen (effizientere Stickstoffdüngung) sowie verbesserter Futtermittelverwertung bei den Nutztieren. Im Jahr 2012 – bezogen auf das Einzeljahr – bildete der Düngereintrag mit 54 % bzw. 102 kg N/ha die wichtigste Komponente der Stickstoffzufuhr zur Gesamtbilanz. Futtermittel aus dem Inland trugen mit 21 % (39 kg N/ha), Futtermittelimporte mit knapp 14 % (26 kg N/ha), die biologische N-Fixierung mit 7 % (13 kg N/ha), die außerlandwirtschaftlichen Emissionen mit 4 % (7 kg N/ha) und Saat- und Pflanzgut mit 1 % (1 kg N/ha) bei. Während die Stickstoffzufuhr zwischen 1990 und 2012 nur um 11 % (das heißt um 24 kg N/ha auf 189 kg N/ha) verringert wurde, ist die Stickstoffabfuhr zwischen 1990 und 2012 mit 39 % (das heißt um 26 kg N/ha auf 91 kg N/ha) prozentual deutlich mehr gestiegen. Dabei haben in 2012 fast drei Viertel (73 %) des Stickstoffauftrags den Sektor mit pflanzlichen und gut ein Viertel (27 %) mit tierischen Marktprodukten verlassen.

II. Lebensqualität

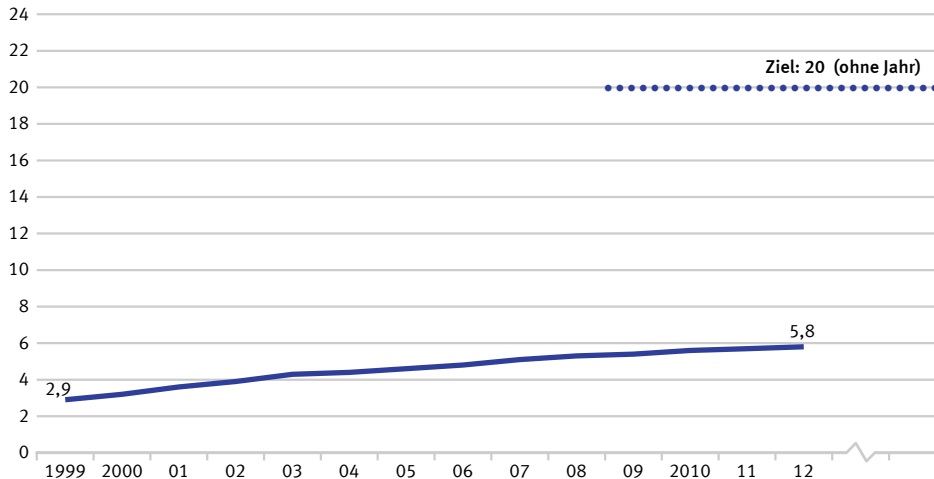
Landbewirtschaftung

In unseren Kulturlandschaften umweltverträglich produzieren



Anbaufläche des ökologischen Landbaus

Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in %



12b Ökologischer Landbau

Ökologischer Landbau ist besonders auf Nachhaltigkeit ausgelegt. Er erhält und schont die natürlichen Ressourcen in besonderem Maße, hat vielfältige positive Auswirkungen auf Natur und Umwelt und dient der Erzeugung qualitativ hochwertiger Lebensmittel. Zu den Anbauregeln gehören insbesondere möglichst geschlossene Betriebskreisläufe, Verzicht auf leichtlösliche mineralische Düngemittel und chemisch synthetische Pflanzenschutzmittel sowie auf gentechnisch veränderte Organismen. Ökonomisch betrachtet werden die geringeren Produktionsmengen je Flächeneinheit zum Teil durch höhere Preise für Ökoprodukte und zum Teil durch die Zahlung von Prämien für die Umstellung auf bzw. die Beibehaltung von ökologischem Landbau ausgeglichen.

Der Indikator nennt die voll auf Ökolandbauverfahren umgestellten als auch die noch in der Umstellung befindlichen Flächen als Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland. Die Bundesregierung hält die Umstellung von Betrieben unter Umwelt- und

Nachfragegesichtspunkten für wünschenswert und will die Rahmenbedingungen für den Umstieg und die Beibehaltung des ökologischen Landbaus so gestalten, dass der Ökolandbau zukünftig einen Flächenanteil von 20 % erreichen kann.

Nach Angaben der amtlichen Statistik stieg der Flächenanteil des ökologischen Landbaus an der landwirtschaftlichen Nutzfläche von 1999 bis 2012 von 2,9 % auf 5,8 % (960 200 Hektar). Alternativ durch die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung jährlich bereit gestellte Daten weisen – methodisch bedingt – einen höheren Anteil von Ökolandbaufläche an der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus. Für 2012 waren es demnach 6,2 % (1 034 355 ha).

In den letzten Jahren hat die jährliche Zunahme der Ökolandbaufläche nachgelassen. Bei einer weiterhin so schwachen Entwicklung würde der Indikator noch mehrere Jahrzehnte bis zum Erreichen des Zielwerts benötigen.

Mit 53,2 % wurde 2012 der größte Teil der Ökolandbaufläche in Deutschland als Dauergrünland genutzt. 43,0 % der Ökolandbaufläche waren Ackerfläche und 3,8 %

entfielen auf weitere Kulturarten (unter anderem Obst). Demgegenüber lag der Schwerpunkt in der Landwirtschaft insgesamt mit 71 % bei den Ackerflächen, der Anteil des Dauergrünlands betrug 26,6 % und die weiteren Anbaufrüchte bedeckten 2,4 % der Nutzfläche.

Unter den Bundesländern verfügte 2010 Bayern mit 20 % über den größten Anteil der Ökolandbaufläche in Deutschland, gefolgt von Brandenburg mit 15 % und Mecklenburg-Vorpommern mit 12 %. Die Umstellung auf den Ökolandbau wird von den einzelnen Bundesländern in unterschiedlichem Umfang finanziell gefördert.

Nach Angaben von Eurostat wurde in der EU-27 in 2011 eine Fläche von insgesamt 9,6 Millionen Hektar im Ökolandbau bewirtschaftet. Für 2012 schätzt Eurostat den Anteil auf 5,8 % an der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Bezogen auf die landwirtschaftliche Nutzfläche der einzelnen EU-Länder waren in 2012 wieder die höchsten Anteile der Ökolandbaufläche für Österreich mit 18,6 % zu verzeichnen, gefolgt von Schweden mit 15,8 %, Estland mit 14,9 % und Tschechien mit 13,1 %.

Ursachen des vergleichsweise schwachen Anstiegs der Ökolandbauflächen in Deutschland können unter anderem in der Konkurrenz um Pachtflächen und -preisen, auch in Zusammenhang mit dem Anbau von Biomasse für Biogasanlagen gesehen werden (siehe Indikator 3). Die Nachfrage nach Bioprodukten als Lebensmittel wächst hingegen kontinuierlich und in starkem Maße. Der Umsatz von Bioprodukten stieg aufgrund von Absatz- und Preissteigerungen zwischen 2000 und 2013 von 2,1 Milliarden Euro auf 7,55 Milliarden Euro (Agrarmarkt Informationsgesellschaft AMI). Biolebensmittel und -getränke erreichten einen Anteil von 3,8 % (vorläufige Zahl) am entsprechenden Gesamtumsatz. Die Nachfrage wird in großem Umfang über Importe aus anderen EU-Ländern oder Drittländern gedeckt.

Der Indikator hat Querbezüge zu den Indikatoren 1, 2, 3, 4, 5, 12a, 13.

II. Lebensqualität

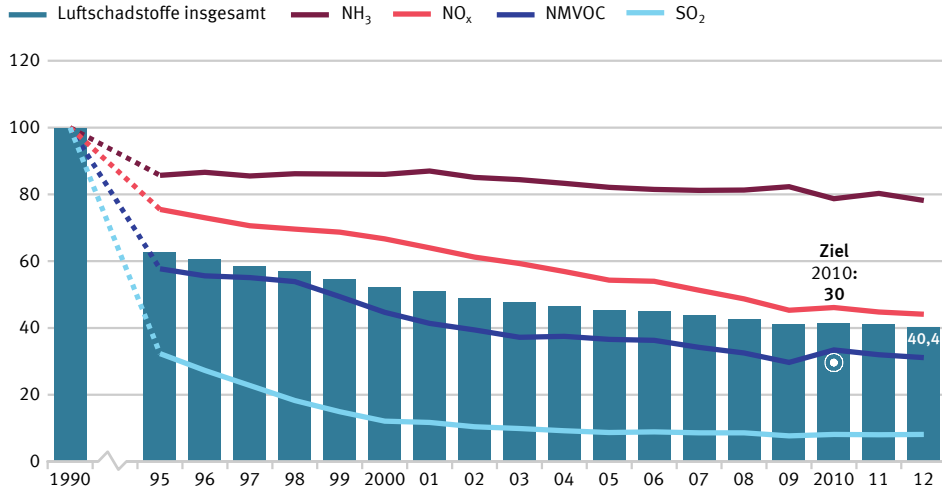
Luftbelastung

Gesunde Umwelt erhalten



Schadstoffbelastung der Luft

Index 1990 = 100



Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffoxide (NO_x), Ammoniak (NH₃) und flüchtige organische Verbindungen (NMVOC), gemittelter Index der Messzahlen.

Quelle: Umweltbundesamt

13 Schadstoffbelastung der Luft

Im Schutz der menschlichen Gesundheit hatte der Umweltschutz seinen Ausgangspunkt. Erkrankungen der Atemwege waren schon früh mit Luftschadstoffen in Zusammenhang gebracht worden. Zunächst konzentrierten sich daraufhin die Schutzmaßnahmen auf eine Verringerung der Schadstoffkonzentrationen. Luftverunreinigungen beeinträchtigen aber auch Ökosysteme und Artenvielfalt, insbesondere durch Versauerung und Überdüngung (Eutrophierung) der Ökosysteme. Um die Entwicklung sowohl gesundheitlicher als auch ökosystemarer Belastungen abbilden zu können, wurden die in Deutschland freigesetzten Emissionen als Indikator gewählt. Diese konnten seit den 1980er Jahren zum Beispiel durch den Einbau von Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen in Kraftwerken und Industrieanlagen sowie die Verbreitung der Katalysortechnik erheblich reduziert werden. Dennoch sind weitere Anstrengungen erforderlich. Im Indikator „Schadstoffbelastung der Luft“ der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung sind vier wesentliche Schadstoffe zusammengefasst.

Es handelt sich um Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffoxide (NO_x), Ammoniak (NH₃) und flüchtige organische Verbindungen ohne Methan (NMVOC).

Ziel der Bundesregierung war es, den Ausstoß dieser Luftschadstoffe insgesamt bis zum Jahr 2010 um 70 % gegenüber dem Basisjahr 1990 zu reduzieren. Die Schadstoffbelastung der Luft ging bis zum Jahr 2012 um 59,6 % zurück. Damit entwickelte sich der Indikator zwar weiter in die angestrebte Richtung, hat das anvisierte Ziel aber auch zwei Jahre nach dem Zieljahr 2010 nicht erreicht. Deutliche Rückgänge gab es in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Bis zum Jahr 2000 hatte sich der Ausstoß von Luftschadstoffen nahezu halbiert (-48%). In den letzten fünf Jahren bis 2012 verringerte sich der Index jedoch nur noch geringfügig. Ein neues Zieljahr wurde bisher nicht festgelegt. Es werden die Ergebnisse von Verhandlungen in der EU zu Emissionsminderungsverpflichtungen bis 2030 für die Bestandteile des Indikators sowie zu Feinstaub und Methan abgewartet.

Die Emissionen der einzelnen Schadstoffe gingen im Zeitraum 1990 bis 2012 in sehr

unterschiedlichem Maße zurück. Am stärksten konnten mit 91,9 % die Schwefeldioxidemissionen vermindert werden. Eine Reduktion um 70 % wurde hier bereits bis Mitte der 1990er Jahre erreicht und seitdem deutlich überschritten. Seit dem Jahr 2000 ist die weitere Absenkung marginal. Zur anfänglichen Entwicklung trugen die Entschwefelung der Kraftwerksabgase, der teilweise Ersatz von stark schwefelhaltiger einheimischer Braunkohle durch schwefelärmere Brennstoffe sowie gesetzliche Begrenzungen für Schwefelgehalte in flüssigen Brennstoffen bei.

Die Emissionen von NMVOC, die vornehmlich beim industriellen Gebrauch von Lösungsmitteln entstehen, konnten bis 2012 ebenfalls deutlich um 68,9 % reduziert werden. Damit ist eine Reduktion von 70 % nahezu erreicht. 2011 entstammten nach Ergebnissen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 67,3 % der NMVOC aus der Wirtschaft (darunter hauptsächlich aus dem Verarbeitenden Gewerbe), 32,7 % verursachten die privaten Haushalte.

Die Emissionen von Stickstoffoxiden verminderten sich bis 2012 kontinuierlich und

mit -55,9 % um über die Hälfte gegenüber 1990. Die Emissionen wurden im Jahr 2011 zu 13,4 % durch das Verarbeitende Gewerbe und zu 20,3 % durch die Energiewirtschaft verursacht. Der Anteil der Verkehrsdienstleistungen belief sich auf 23,5 %, der Konsum der privaten Haushalte trug 17,2 % zu den NO_x-Emissionen bei. Aus der Landwirtschaft stammten 10,5 % der Stickstoffoxide.

Die Emissionen von Ammoniak stammten zu 93 % aus der Landwirtschaft und verharren weiterhin auf hohem Niveau. Sie lagen 2012 nur 21,8 % unter denen von 1990. Der anfängliche Rückgang ist vor allem auf die Verkleinerung der Tierbestände in Ostdeutschland nach 1990 zurück zu führen. Die Menge der Ammoniakemissionen ist nicht zuletzt in Zusammenhang mit dem Umfang der Milch- und Fleischproduktion zu sehen.

Der Indikator hat direkte und indirekte Querbezüge zu den Indikatoren 1, 3, 4, 5, 11, 12, 14a, b und 14e.

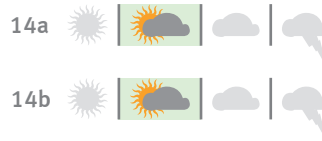
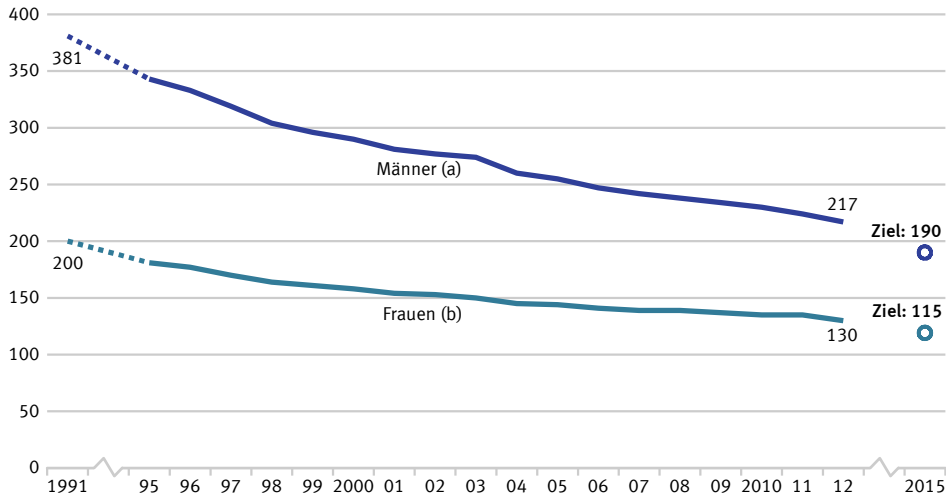
II. Lebensqualität

Gesundheit und Ernährung

Länger gesund leben

Vorzeitige Sterblichkeit

Todesfälle pro 100 000 Einwohner unter 65 Jahren



14a, b Vorzeitige Sterblichkeit

Gesundheit und Lebenserwartung werden von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst. Dazu gehören die soziale Lage, das Bildungsniveau, Lebensstil und Lebensgewohnheiten (Tabakkonsum, Alkohol, körperliche Betätigung, Ernährung), Arbeitsbedingungen, Umweltfaktoren, medizinische Vorsorgemaßnahmen und Versorgung. Treten in einer Bevölkerung gehäuft Todesfälle in einem Alter auf, das deutlich unter der durchschnittlichen Lebenserwartung liegt, ist dies ein Hinweis auf erhöhte Gesundheitsrisiken, die vermieden werden können. Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung hat zum Ziel, dass die vorzeitige Sterblichkeit bis zum Jahr 2015 bei Männern (14a) bei höchstens 190 und bei Frauen (14b) bei höchstens 115 Todesfällen je 100 000 Einwohner liegt.

Der hier dargestellte Indikator weist die Todesfälle der unter 65-Jährigen in Deutschland aus. Die Werte beziehen sich auf 100 000 Einwohner der standardisierten Bevölkerung von 1987 unter 65 Jahren. Die Berechnungsmethode berücksichtigt die

Tatsache, dass es durch die demografische Entwicklung in Deutschland immer mehr ältere Menschen über 65 Jahre gibt und liefert eine über die Jahre vergleichbare Zeitreihe.

Die vorzeitige Sterblichkeit ist zwischen 1991 und 2012 stetig zurückgegangen, bei den Männern (–43%) noch deutlicher als bei den Frauen (–35%). Dadurch haben sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der vorzeitigen Sterblichkeit weiter verringert. 2012 starben 217 Männer und 130 Frauen je 100 000 Einwohner, bevor sie das 65. Lebensjahr erreichten. Bei gleichbleibender Entwicklung wären im Zieljahr bei Männern 93%, bei Frauen 88% des Wegs zum Ziel zurückgelegt, die Zielwerte würden also nur leicht verfehlt.

Auch die Lebenserwartung hat sich in Deutschland weiter positiv entwickelt. Im Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2011 betrug die mittlere Lebenserwartung für neugeborene Mädchen 82,7 Jahre und für Jungen 77,7 Jahre. Im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2010 waren es 82,6 und 77,5 Jahre.

Heute 60-jährige Frauen können statistisch gesehen mit 25 weiteren Lebensjahren rechnen, Männer mit weiteren 21,3 Jahren. Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) ist die Lebenserwartung nach wie vor etwas höher als in den neuen Bundesländern (ohne Berlin-Ost): bei neugeborenen Jungen beträgt der Abstand weiterhin 1,3 Jahre, bei Mädchen nur 0,2 Jahre.

Bösartige Neubildungen hatten im Jahr 2012 mit 37,2% den größten Anteil an allen Todesursachen für die vorzeitige Sterblichkeit (Frauen 47,3%, Männer 31,5%), gefolgt von Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems mit 19,8% (Frauen 15,1%, Männer 22,2%). Aber auch Todesfälle aufgrund äußerer Ursachen (wie Unfälle, Vergiftungen, Suizid) hatten mit 11,1% einen nicht unwesentlichen Anteil (Frauen 7,5%, Männer 13,3%). Krankheiten des Verdauungssystems trugen zu 7,3% (Frauen 6,3%, Männer 7,9%) und des Atmungssystems zu 3,9% bei (Frauen 4,2%, Männer 3,7%). Seit 1991 ist ein Anstieg der Todesursachen vorzeitiger Sterblichkeit bei bösartigen Neubildungen (5,4 Prozentpunkte) und bei Krankheiten des Atmungssystems (0,5

Prozentpunkte) zu verzeichnen. Rückläufig waren dagegen die Ursachen Herz-Kreislaufkrankungen (–6,9 Prozentpunkte), äußere Ursachen (–2,5 Prozentpunkte) und Krankheiten des Verdauungssystems (–0,9 Prozentpunkte).

Neben Faktoren wie beispielsweise dem Gesundheitsverhalten (siehe Indikatoren 14c, d zur Raucherquote oder 14e zur Fettleibigkeit) spielt auch die medizinische Versorgung eine wichtige Rolle für die Sterblichkeit. Die Ausgaben für Gesundheit stiegen 2012 auf 300,4 Milliarden Euro. Dies war ein Anstieg um 6,9 Milliarden Euro oder 2,3% gegenüber 2011. Die Ausgaben entsprachen 11,3% des Bruttoinlandsprodukts (im Vorjahr 11,2%), auf jeden Einwohner entfielen 3 740 Euro (2011: 3 660 Euro).

II. Lebensqualität

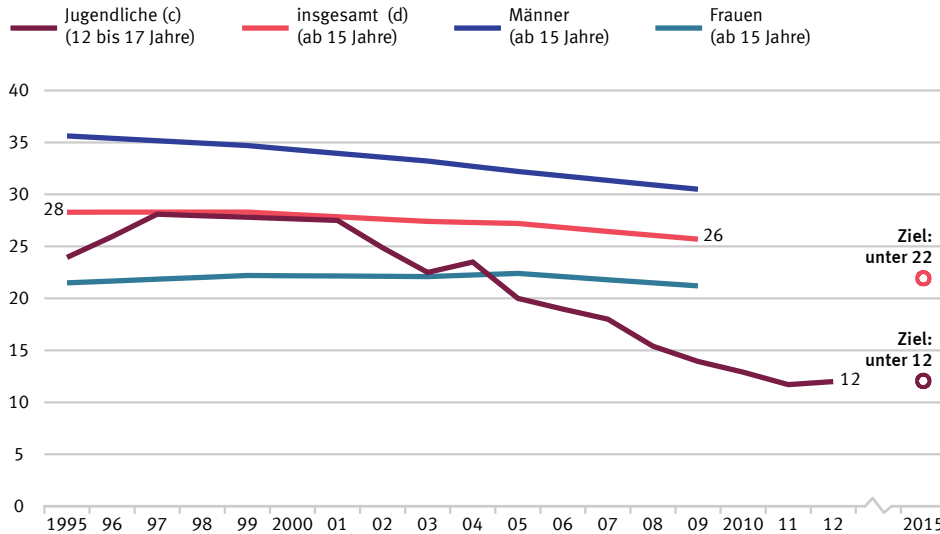
Gesundheit und Ernährung

Länger gesund leben



Raucherquote

Anteil in % der Befragten



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

14c, d Raucherquote von Jugendlichen und Erwachsenen

Das Rauchen von Tabakprodukten kann zu erheblichen Gesundheitsschäden und frühzeitigem Tod führen. Von Schäden betroffen sind nicht nur die Raucher selbst. Auch Nichtraucher, die dem Tabakrauch ausgesetzt sind, werden nicht nur vom Rauch belästigt, sondern können davon erkranken. Bei Jugendlichen ist zu beobachten, dass sie sich in ihrem Raucherverhalten an gesellschaftlichen Vorbildern orientieren, um erwachsener zu wirken. Die beiden Teilindikatoren zum Raucherverhalten geben an, wie viel Prozent der befragten Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 17 Jahren (14c) und im Alter von 15 und mehr Jahren (14d) gelegentlich oder regelmäßig rauchen. Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, den Anteil der Raucher bei den Kindern und Jugendlichen bis zum Jahr 2015 auf unter 12% und den Anteil der Raucher ab 15 Jahre auf unter 22% zu senken.

In der Gruppe der Jugendlichen zwischen 12 und 17 Jahren stieg der Anteil der Raucher von 24% (1995) auf 28% (1997 und 2001) an, ist seitdem aber bis 2012

kontinuierlich bis auf 12 % zurück gegangen (Daten der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung). Dabei gibt es keine nennenswerten Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen. Bei der Gesamtbevölkerung ab 15 Jahren gaben im Jahr 2009 insgesamt 26 % an, gelegentlich oder regelmäßig zu rauchen (Mikrozensus). In den Jahren 1995 und 1999 rauchten 28 %. Damit war die Raucherquote bei Erwachsenen nur leicht rückläufig. Zur Erreichung des Ziels bei den Erwachsenen ab 15 Jahren bedarf es verstärkter Anstrengungen aller Akteure. Bei den Jugendlichen von 12 bis 17 Jahren dagegen ist der Zielwert bereits vor dem Zieljahr so gut wie erreicht.

22 % aller Befragten ab 15 Jahren zählten sich im Jahr 2009 zu den regelmäßigen Rauchern, 4 % rauchten gelegentlich. Mit einem Anteil von 31 % rauchten Männer deutlich mehr als Frauen mit 21 %. Während der Anteil bei den Männern seit 1995 um 5 Prozentpunkte sank, blieb er bei den Frauen nahezu unverändert. Für das individuelle Gesundheitsrisiko ist die Menge des Tabakkonsums bedeutsam. 2009 bevorzugten 96 % der befragten Raucher Zigaretten. 14 % der regelmäßigen Zigarettenraucher (1995: 17 %) waren mit mehr als 20 Ziga-

retten am Tag den starken Rauchern zuzurechnen, 80 % rauchten 5 bis 20 Zigaretten am Tag. Auch bei der täglich gerauchten Menge von Zigaretten gab es geschlechtsspezifische Unterschiede.

Jeder sechste der regelmäßigen Zigarettenraucher (17 %), aber nur jede zehnte Raucherin (10 %) rauchte stark. Neben der verbrauchten Menge wird das Gesundheitsrisiko vom Zeitpunkt des Rauchbeginns beeinflusst. Innerhalb der letzten 50 Jahre hat sich das Einstiegsalter entscheidend vermindert. Im Jahr 2009 gaben die zum Zeitpunkt der Befragung 65- bis 69-jährigen Männer an, im Alter von 18,5 Jahren mit dem Rauchen angefangen zu haben, die gleichaltrigen Frauen im Alter von 21,9 Jahren. 15- bis 19-jährige männliche Jugendliche gaben dagegen 15,6 Jahre, weibliche Jugendliche 15,2 Jahre als Einstiegsalter an. Mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen nimmt der Anteil der Raucher ab. 33 % der Befragten in Haushalten mit einem monatlichen Einkommen bis zu 1 300 Euro gaben im Jahr 2009 an zu rauchen. In Haushalten mit 2 600 bis 4 500 Euro monatlichem Haushaltseinkommen waren es noch 24 % und in Haushalten mit über 4 500 Euro 19 % der Befragten.

Rauchen birgt ein hohes und gleichwohl vermeidbares Gesundheitsrisiko. Eine verminderte Raucherquote würde zur Absenkung der vorzeitigen Sterblichkeit beitragen (siehe auch Indikator 14a, b). 2012 waren 5,3 % aller Sterbefälle (7,4 % bei Männern, 3,3 % bei Frauen) auf eine für Raucher symptomatische Erkrankung (Lungen-, Kehlkopf- und Luftröhrenkrebs) zurückzuführen. Im Jahr 1995 waren es 4,4 %. Der Anstieg wird vor allem durch eine Zunahme des Anteils bei den verstorbenen Frauen getrieben.

Das durchschnittliche Alter der an Lungen-, Kehlkopf- und Luftröhrenkrebs Gestorbenen lag 2012 bei 70,7 Jahren und lag damit um sieben Jahre unter dem der Gestorbenen insgesamt (77,8 Jahre). Im Vergleich zu 1995 nahm das Durchschnittsalter der an Lungen-, Kehlkopf- und Luftröhrenkrebs Gestorbenen um 2,5 Jahre zu, bei den Gestorbenen insgesamt stieg es um 3,2 Jahre. Abgesehen von individuellem Leid führen die durch Tabakkonsum verursachten Erkrankungen und vorzeitigen Todesfälle gesamtwirtschaftlich betrachtet zu einer hohen Belastung der Sozial- und Gesundheitssysteme.

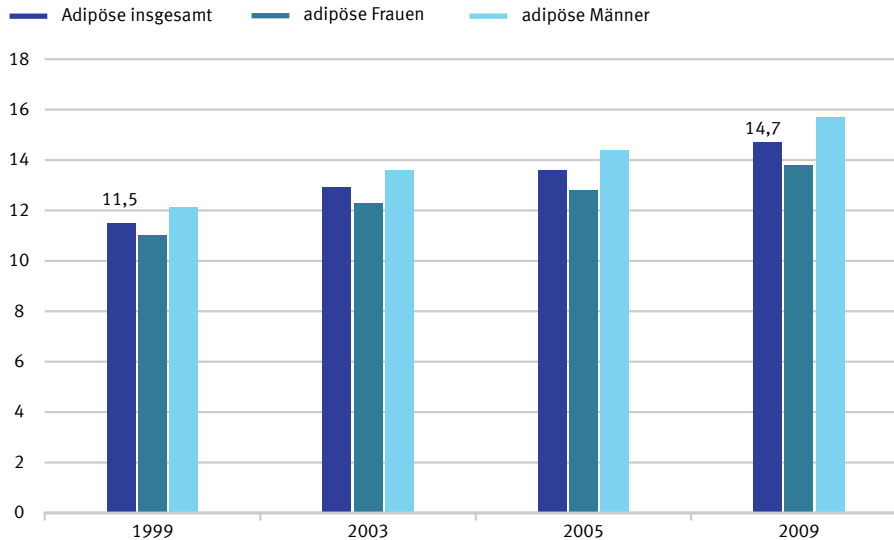
II. Lebensqualität

Gesundheit und Ernährung

Länger gesund leben



Anteil der Menschen mit Adipositas (Fettleibigkeit)
in % der Erwachsenen (ab 18 Jahre)



14e Anteil der Menschen mit Adipositas (Fettleibigkeit)

Übergewicht ist maßgeblich beteiligt an der Entstehung von Zivilisationskrankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes oder Gelenkschäden. Es wird unmittelbar verursacht durch unausgewogene Ernährung und Bewegungsmangel, ist mittelbar aber auch in Zusammenhang mit sozialen Ursachen wie beispielsweise dem Bildungshintergrund oder der sozialen Integration zu sehen. Neben den gesundheitlichen Folgen wirkt sich Übergewicht auch in volkswirtschaftlicher und sozialer Hinsicht belastend aus. Die Einstufung als übergewichtig ergibt sich aus dem Body-Mass-Index (BMI), das heißt dem Verhältnis von Körpergewicht in kg zum Quadrat der Körpergröße in Metern. Menschen mit einem BMI ab 25 gelten nach der Klassifikation der WHO als übergewichtig (wobei alters- und geschlechtsspezifische Unterschiede unberücksichtigt bleiben). Wenn das Übergewicht ein bestimmtes Maß (BMI ab 30) übersteigt, wird es als Adipositas (Fettleibigkeit) bezeichnet und ist in der Regel mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen verbunden.

Ziel der Bundesregierung ist es, dass der Anteil der Menschen mit Adipositas in Deutschland bis zum Jahr 2020 zurückgeht. 2009 konnten 14,7% der Bevölkerung Deutschlands ab 18 Jahren als adipös eingestuft werden. 1999 lag der Anteil noch bei 11,5%. Die Fettleibigkeit in der Bevölkerung entwickelte sich seit 1999 stetig gegenläufig zum Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie.

Mit 15,7% war der Anteil der adipösen Männer 2009 höher als der der adipösen Frauen (13,8%). Als übergewichtig galten 2009 51,4% der Bevölkerung ab 18 Jahren. Dabei war der Anteil bei den Männern mit 60,1% größer als bei den Frauen mit 42,9%.

Der Anteil der Menschen mit Adipositas steigt mit zunehmendem Lebensalter, um erst bei den älteren Ruheständlern deutlich zurück zu gehen. Im Jahr 2009 hatten 2,6% der 18- bis 20-jährigen Frauen Adipositas. Bei den 30- bis 35-jährigen Frauen waren es bereits 8% und bei den 50- bis 55-jährigen 15,2%. Die höchsten Anteile erreichte die Altersgruppe der 70- bis 75-jährigen Frauen mit 21,6%, danach fielen die Werte stark ab.

Bei Männern waren die 30- bis 35-Jährigen bereits zu 11,5% fettleibig, den höchsten Anteil an Adipösen erreichten Männer bereits in der Altersgruppe der 60- bis 65-Jährigen (22,3%). Im Vergleich zu 1999 fällt die Verschiebung des Anteils der Adipösen im höheren Alter auf: 1999 waren rund 16% der 70- bis 75-jährigen Frauen fettleibig, 2009 waren es 21,6%.

Der Kinder- und Jugendgesundheitsurvey 2007 (KiGGS Basiserhebung, Robert Koch-Institut) lieferte altersspezifische Ergebnisse für 3- bis 17-Jährige. Danach waren im Zeitraum 2003 bis 2006 2,9% der 3- bis 6-Jährigen adipös, bei den 7- bis 10-Jährigen 6,4% und bei den 14- bis 17-Jährigen sogar 8,5%. Deutliche Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen waren nicht erkennbar. Ein erhöhtes Risiko für Übergewicht und Adipositas wurde bei Kindern aus Familien mit niedrigem Sozialstatus und bei Kindern, deren Mütter ebenfalls übergewichtig waren, festgestellt. Gründe für die zunehmende Verbreitung von Fettleibigkeit sind unter anderem in zu kalorienreicher Ernährung und zu geringer körperlicher Betätigung zu suchen. Zu Adipositas bei

Kindern und Jugendlichen liegt noch keine fortlaufende Zeitreihe vor, so dass keine Entwicklung dargestellt werden kann. Neue Ergebnisse für die Berichtsjahre 2009 bis 2012 (KiGGS Welle 1) werden ab Mitte 2014 erwartet.

Untergewicht, das heißt ein BMI kleiner als 18,5, ist ein gegenteiliges Phänomen zur Fettleibigkeit. Es stellt ebenfalls eine erhebliche gesundheitliche Gefährdung dar. Frauen waren 2009 mit 3% wesentlich häufiger von Untergewicht betroffen als Männer mit 1%. Junge Frauen im Alter von 18 bis 19 Jahren waren sogar zu 12,5% untergewichtig, 20- bis 24-Jährige noch zu 9,4%.

Der Indikator hat inhaltliche Bezüge u. a. zu den Indikatoren 9, 14a, 14b, 16 und 17.

II. Lebensqualität

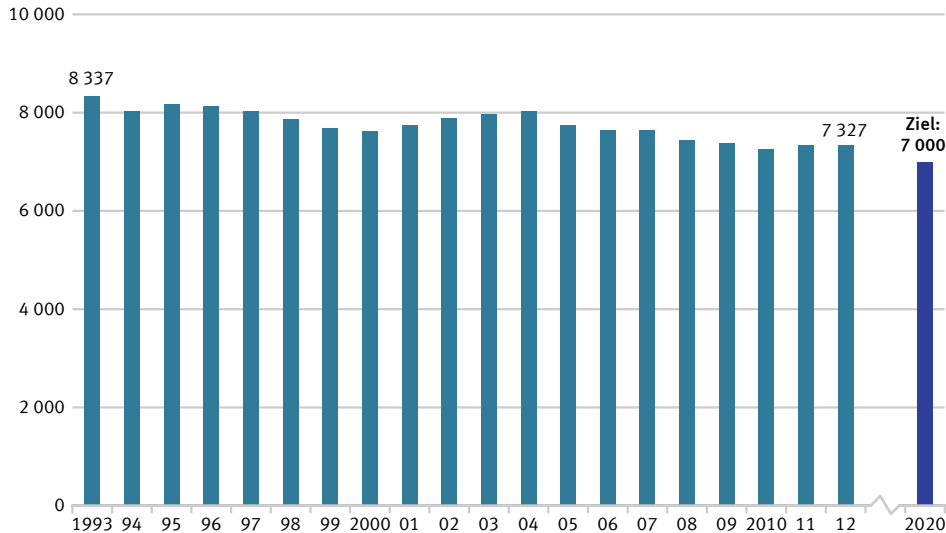
Kriminalität

Persönliche Sicherheit weiter erhöhen



Straftaten

Erfasste Fälle je 100 000 Einwohner



Quelle: Bundeskriminalamt

15 Straftaten

Ein sicheres Umfeld, in dem die Bürger eines Staates ohne Angst vor Willkür und Kriminalität leben können, ist eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren sozialer Systeme und für soziale Nachhaltigkeit. Der bis 2010 verwendete Indikator 15 „Wohnungseinbruchsdiebstahl“ stellte eine spezifische Straftat in den Mittelpunkt der Betrachtung. Er wurde durch den Indikator „Straftaten“ mit Blick auf die Kriminalitätsentwicklung insgesamt ersetzt. Dieser Indikator ist als Maßstab für die persönliche Sicherheit umfassender und erlaubt es, ergänzend noch auf Einzelstraftaten einzugehen und damit die Perspektive gezielt zu erweitern.

Der Indikator erfasst alle bei der Polizei angezeigten und in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfassten Straftaten. Als Ziel wurde festgelegt, dass die Zahl der erfassten Fälle je 100 000 Einwohner (Häufigkeitszahl) bis zum Jahr 2020 auf unter 7 000 sinken soll.

Die Anzahl der Straftaten pro 100 000 Einwohner hat zwischen 1993 und 2012 um

insgesamt 12,1 % abgenommen. Dabei handelte es sich jedoch nicht um eine kontinuierliche Entwicklung. Sie wurde unterbrochen durch zwischenzeitliche Anstiege der Fallzahlen. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre entwickelte sich der Indikator in die richtige Richtung, sodass bei einer Fortsetzung dieses Trends das für 2020 gesetzte Ziel erreicht werden kann.

2012 lag die Anzahl der Straftaten insgesamt knapp unter 6 Millionen. Betrachtet man unterschiedliche Teilbereiche, so entfielen 2,4 % der durch die Polizei registrierten Delikte auf den Wohnungseinbruchsdiebstahl, 16,0 % auf Fälle von Betrug und 2,3 % auf gefährliche und schwere Körperverletzung.

Während der Wohnungseinbruchsdiebstahl zwischen 1993 und 2012 um 36,5 % zurückging, nahmen die Betrugsfälle um 81,4 %, die Fälle von gefährlicher und schwerer Körperverletzung um 55,0 % zu. Richtet man den Blick ausschließlich auf die Entwicklung der letzten fünf betrachteten Jahre, so weicht diese beim Wohnungseinbruchsdiebstahl und bei der gefährlichen Körperverletzung von der zuvor ge-

schilderten Tendenz ab. Bei Wohnungseinbrüchen war seit 2007 zunächst noch ein leichter Rückgang, zwischen 2008 und 2012 jedoch wieder ein Anstieg von insgesamt 33,1 % zu verzeichnen. Die Fälle von gefährlicher und schwerer Körperverletzung gingen zwischen 2007 und 2012 um insgesamt 12,1 % zurück.

Veränderungen in der Polizeilichen Kriminalstatistik lassen allerdings nicht immer auf tatsächliche Veränderungen bei den Fallzahlen schließen: Die Statistik erfasst nur das sogenannte Hellfeld – also die der Polizei bekannt gewordene Kriminalität. Aufgrund fehlender statistischer Daten kann das sogenannte Dunkelfeld – die der Polizei nicht bekannt gewordene Kriminalität – in der PKS nicht abgebildet werden. Wenn sich beispielsweise das Anzeigeverhalten der Bevölkerung oder die Verfolgungsintensität der Polizei ändert, kann sich die Grenze zwischen Hell- und Dunkelfeld verschieben, ohne dass damit eine Änderung des Umfangs der tatsächlichen Kriminalität verbunden sein muss.

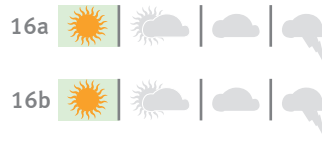
Die Aufklärungsquote aller durch die Polizei registrierten Delikte 2012 betrug

54,4 %. Dabei gibt es deutliche Unterschiede je nach Art der Straftat. So lag die Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruchsdiebstahl lediglich bei 15,7 %. Bei Betrugsdelikten wurden dagegen 77,4 % und bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung 81,4 % aller Straftaten aufgeklärt. Die vergleichsweise geringe Aufklärungsquote beim Wohnungseinbruchsdiebstahl hängt einerseits mit einer hohen Anzeigebereitschaft zusammen: Die Anzeige einer solchen Straftat bei der Polizei ist in der Regel Voraussetzung, um Ansprüche an Versicherungen geltend machen zu können. Andererseits gibt es nur selten konkrete Anhaltspunkte für die Täter. Dies steht in deutlichem Gegensatz zur Situation bei Betrugs- und Körperverletzungsdelikten. Diese Straftaten weisen eine hohe Aufklärungsquote auf, weil der Polizei die Tatverdächtigen meist bereits bei der Anzeigenerstattung bekannt werden.

III. Sozialer Zusammenhalt

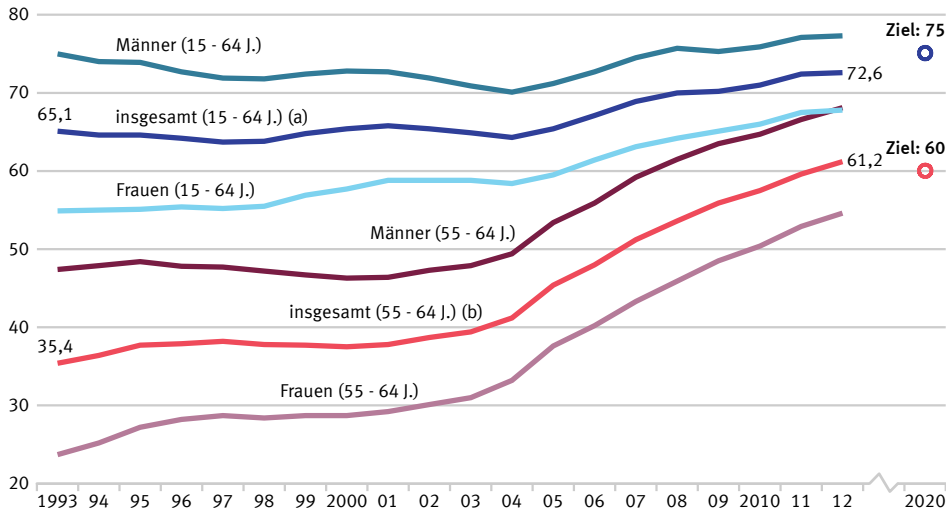
Beschäftigung

Beschäftigungsniveau steigern



Erwerbstätigenquote

Anteile in %



16a, b Erwerbstätigenquote

Aufgrund des demografischen Wandels („alternde Gesellschaft“) kann es langfristig einen Mangel an Fachkräften in Deutschland geben. Außerdem droht wegen der Verschiebung des Zahlenverhältnisses zwischen Rentnern und Beitragszahlern eine zunehmende Unterfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Daher ist es erforderlich, die vorhandenen Arbeitskräftepotenziale künftig besser auszuschöpfen.

Ziel der Bundesregierung ist es deshalb, die Erwerbstätigenquote, das heißt den Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige) bis zum Jahr 2020 auf 75 % zu erhöhen. Zudem soll die Erwerbstätigenquote der Älteren (55- bis 64-Jährige) bis 2020 60 % betragen.

Die Erwerbstätigenquote insgesamt stieg von 65,1% im Jahr 1993 um 7,5 Prozentpunkte auf 72,6% im Jahr 2012. Bei einer Fortsetzung der durchschnittlichen jährlichen Entwicklung der letzten fünf Jahre kann damit das Ziel von 75% im Jahr 2020 erreicht werden. Das für 2010 anvisierte

Ziel von 73 % war im Zieljahr noch verfehlt worden.

Die Erwerbstätigenquote bei den Älteren nahm von 35,4 % im Jahr 1993 um 25,8 Prozentpunkte auf 61,2 % zu, sodass bereits in 2012 vorzeitig der Zielwert von 60 % für das Zieljahr 2020 überschritten wurde.

Der im Jahr 2005 zu beobachtende deutliche Anstieg der Erwerbstätigenquote basiert teilweise auf methodischen Veränderungen der Erhebung. Mit dieser Umstellung liefert der Mikrozensus ab 2005 erstmals Jahresdurchschnittsergebnisse, die mit den auf eine einzige Berichtswöchigen bezogenen Ergebnissen bis 2004 nur bedingt vergleichbar sind. Zeitgleich wurde die Erfassung der Erwerbstätigkeit in der Erhebung verbessert und ein neues Hochrechnungsverfahren eingeführt.

Die Erwerbstätigenquoten von Männern und Frauen entwickelten sich seit 1993 sehr unterschiedlich. Die Quote stieg bei den Männern im betrachteten Zeitraum nur um 2,4 Prozentpunkte auf 77,3 %, bei den Frauen dagegen um 12,9 Prozentpunkte auf 67,8 %. Bei einer Bewertung des Anstiegs

der Erwerbstätigenquote der Frauen ist zu berücksichtigen, dass die Erhöhung der Quote mit einer deutlichen Zunahme der Teilzeitbeschäftigung (+ 3,6 Millionen) einherging, während die Zahl der vollzeitbeschäftigten Frauen um 0,15 Millionen zurückging.

Bei einer Differenzierung der Erwerbstätigenquote nach Altersgruppen zeigen sich unterschiedliche Entwicklungstendenzen. Bei der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen verminderte sich die Quote von 1993 bis 2012 um 6,5 Prozentpunkte auf 46,5 %. Dies hängt auch damit zusammen, dass sich mit zunehmenden Qualifikationsanforderungen die durchschnittlichen Ausbildungszeiten in Schule und Universität verlängern und sich dadurch der Eintritt in das Berufsleben verschiebt. Bei den 25- bis 54-Jährigen ist hingegen seit 2004 (77,0 %) ein relativ konstanter Anstieg bis 2012 (83,0 %) zu beobachten.

Bei den Älteren (55- bis 64-Jährige) ist insbesondere seit dem Jahr 2003 mit 21,9 Prozentpunkten ein besonders deutlicher Anstieg der Erwerbstätigenquote festzustellen. Ausgehend von einem niedrigeren

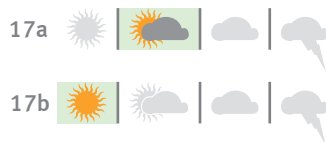
Niveau stieg die Quote bei den Frauen in dieser Altersgruppe seit 1993 mit 31,0 Prozentpunkten deutlich stärker als bei den Männern (+ 20,7 Prozentpunkte).

Querbezüge bestehen zu den Indikatoren 6, 9, 10, 17 und 18.

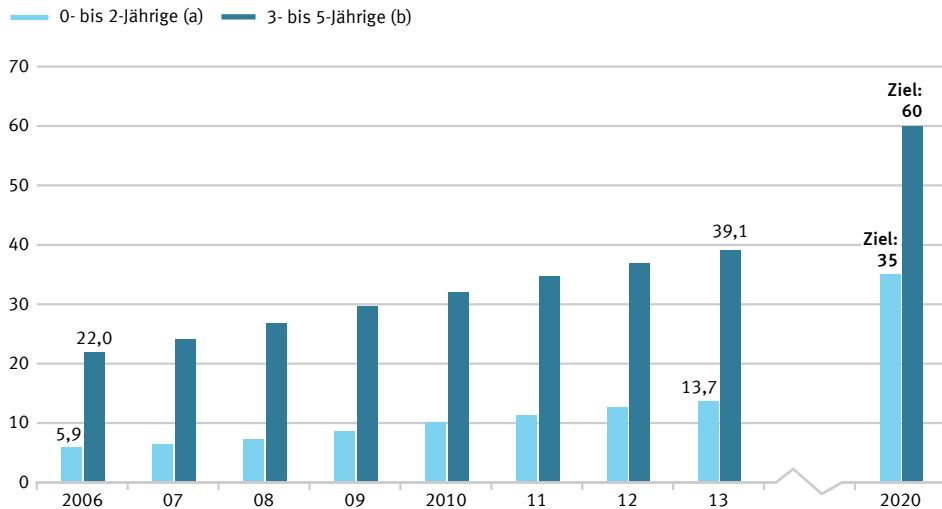
III. Sozialer Zusammenhalt

Perspektiven für Familien

Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern



Anteil der Kinder in Ganztagsbetreuung an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe in %



Betreuung von mehr als sieben Stunden in Tageseinrichtungen, ohne Tagespflege.

17a, b Ganztagsbetreuung für Kinder

Bedarfsgerechte Betreuungsmöglichkeiten für Kinder verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Nach wie vor werden insbesondere Frauen wegen fehlender Betreuungsplätze daran gehindert, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen oder Paare entscheiden sich gegen die Gründung einer Familie, da die Versorgung der Kinder nicht gewährleistet ist. Eine bessere Balance zwischen Familien- und Berufsarbeit könnte möglicherweise auch zu einer Erhöhung der Geburtenziffer in Deutschland beitragen. Die Förderung der Kinder im Rahmen von bedarfsgerechten Angeboten, insbesondere auch Ganztagsangeboten ist aber auch ein wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit und zur Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher.

Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie ist es, bis 2020 für mindestens 35 % der 0- bis 2-Jährigen (17a) Kinder eine Ganztagsbetreuung zu ermöglichen, bei den 3- bis 5-Jährigen (17b) soll dieser Anteil 2020 bei mindestens 60 % liegen. Eltern haben 2013 für 39,1 % der 3- bis 5-Jährigen (Kindergartenalter) eine Ganztagsbetreuung in Tageseinrichtungen, ergänzend zur eigenen

Erziehungsarbeit, in Anspruch genommen, für Kinder unter drei Jahren (Krippenalter) lag dieser Wert bei 13,7%. Im Vergleich zum Jahr 2006, für das erstmals vergleichbare Zahlen vorliegen, haben sich damit deutliche Fortschritte im Bereich der Ganztagsbetreuung in Tageseinrichtungen ergeben. Bei den 3- bis 5-Jährigen erhöhte sich der Anteil der ganztags betreuten Kinder um 17,1 Prozentpunkte. Die ganztägige Krippenbetreuung stieg von 2006 bis 2013 um 7,8 Prozentpunkte. Bei den 3- bis 5-Jährigen könnte das Ziel für 2020 erreicht werden, wenn sich die Entwicklung der letzten 5 Jahre fortsetzt. Bei den 0- bis 2-Jährigen wären bis 2020 rund 93% des Wegs zum Ziel zurückgelegt, der Zielwert würde also nur leicht verfehlt. Das Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie für 2010, für mindestens 30% der Kinder eine Ganztagsbetreuung zu ermöglichen, war für die Ganztagskindergärten übertroffen, für die Kinderkrippen aber verfehlt worden.

Die Zahl der ganztags in Krippen und Kindergärten betreuten Kinder lag 2013 bei knapp 1,1 Millionen. Weitere rund 46 600 Kinder im Alter unter sechs Jahren werden ganztägig in öffentlich geförderter Tagespflege betreut. Die Zahl der Kinder dieser

Altersgruppe in Teilzeitbetreuung belief sich auf 1,4 Millionen. Ein Viertel der ganztags oder an Teilen des Tages in Krippen und Kindergärten betreuten Kinder hatte 2013 einen Migrationshintergrund, das heißt mindestens ein Elternteil war ausländischer Herkunft. Die Betreuungsquote betrug 2012 bei diesen Kindern 52%, bei Kindern ohne Migrationshintergrund lag sie bei 65%.

Im Hinblick auf die Betreuung der Kinder spielen auch Horte und Ganztagschulen eine bedeutsame Rolle. 2013 wurden in Horten knapp 167 800 Kinder von 6 bis 13 Jahren ganztags und rund 614 000 Kinder in Teilzeit betreut. Der Anteil der Ganztagschülerinnen und -schüler (an allen Schülerinnen und Schülern in allgemein bildenden Schulen) lag im Schuljahr 2011/2012 bei 30,6%. Hier sind jedoch alle Schulformen einbezogen, auch Schülerinnen und Schüler, die älter als 13 Jahre sind. An Grundschulen wurden im gleichen Schuljahr 26,6% der Kinder ganztags betreut. Im Vergleich zum Jahr 2002 ist die Zahl der Ganztagschüler deutlich gestiegen, und zwar von 874 000 auf fast 2,3 Millionen (allgemein bildende Schulen insgesamt) und von 134 000 auf rund 730 000 in den Grundschulen. (Quelle:

Kultusministerkonferenz, 2013). Bei der Ganztagsbetreuung in Tageseinrichtungen besteht ein deutliches Gefälle zwischen den ost- und westdeutschen Bundesländern. Die höchsten Ganztagsquoten für 0- bis 2-Jährige (Anteil der ganztags betreuten Kinder an allen Kindern dieser Altersgruppe) sind in den östlichen Bundesländern sowie in Berlin zu verzeichnen. Die Spanne bewegt sich zwischen 43,1% in Thüringen und 7,1% in Niedersachsen. Bei den 3- bis 5-Jährigen hat wiederum Thüringen mit 88,1% die höchste Ganztagsquote und Baden-Württemberg mit 17,6% die niedrigste (jeweils 2013). Gegenüber den Vorjahren haben alle Länder ihre Ganztagsbetreuungsangebote ausgebaut.

Auf dem Krippengipfel von Bund, Ländern und Kommunen im Jahr 2007 war vereinbart worden, bis zum Jahr 2013 bundesweit für 35% der Kinder unter drei Jahren ein Angebot zur Kindertagesbetreuung (unabhängig vom Betreuungsumfang) zu schaffen. Bezogen auf dieses Ziel standen im Jahr 2013 für rund 29% der Kinder unter 3 Jahren Plätze in der Kindertagesbetreuung zur Verfügung, wobei die Quote in den westdeutschen Ländern bei gut 24% lag, in den ostdeutschen bei 50%.

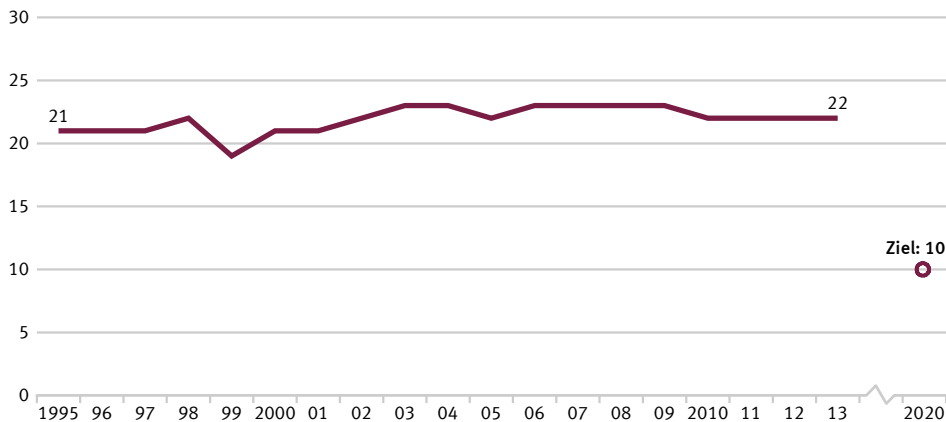
III. Sozialer Zusammenhalt

Gleichstellung

Gleichstellung in der Gesellschaft fördern



Unterschied zwischen durchschnittlichen Brutto-Stundenverdiensten von Frauen und Männern in % der Verdienste der Männer



Aufgrund methodischer Umstellungen in den Jahren 2002 und 2006 dürfte sich der geschlechtsspezifische Lohnunterschied jeweils um einen Prozentpunkt vergrößert haben.

18 Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern

„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Diese Zielsetzung des Grundgesetzes ist auch Ziel einer nachhaltigen Gesellschaft. Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen vermieden und damit Chancengerechtigkeit hergestellt werden.

Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern sind in modernen Erwerbsgesellschaften ein Zeichen für soziale Ungleichheit. Die Verringerung der Lohnunterschiede ist ein Indikator für Fortschritte auf dem Weg zur Gleichstellung. Das Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 ist eine Verringerung des Verdienstabstandes auf 15% bis zum Jahr 2010 und auf 10% bis zum Jahr 2020.

Im Jahr 2013 lag der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern (der sogenannte Gender Pay Gap) bei durchschnitt-

lich 22 %, das heißt der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von Frauen lag um mehr als ein Fünftel niedriger als der der Männer. Bereits das für 2010 gesteckte Ziel wurde deutlich verfehlt. Seit 1995 haben sich die Lohnunterschiede kaum verändert. Bei gleichbleibender Entwicklung könnte auch das Ziel für 2020 nicht erreicht werden. Ein statistisch signifikanter Trend für die letzten fünf Jahre ist nicht erkennbar.

Eine unterschiedliche Entlohnung von Frauen und Männern beruht auf einer Reihe von Faktoren. Frauen sind beispielsweise in bestimmten Berufen, Branchen und auf den höheren Stufen der Karriereleiter unterrepräsentiert. Sie unterbrechen und reduzieren ihre Erwerbstätigkeit häufiger und länger familienbedingt als Männer, wodurch ihre berufliche Weiterentwicklung gehemmt wird. Dadurch werden Frauen auch bei formal gleicher Qualifikation häufig schlechter entlohnt. Eine Rolle spielt auch, dass die Verdienstmöglichkeiten in typischen Frauenberufen in der Regel immer noch schlechter sind als in klassischen Männerberufen. Branchen mit einem hohen Anteil an weiblichen Beschäftigten sind zum Beispiel das

Bekleidungs- und Einzelhandel, das Gesundheits- und Sozialwesen (jeweils mit einem Frauenanteil zwischen 70 % und 80 %). Umgekehrt sind Männer verstärkt in Bereichen mit vergleichsweise höheren Verdiensten tätig, wie etwa im Maschinen- oder Automobilbau. Frauen stellen in diesen Bereichen weniger als 20 % der Beschäftigten. Im Jahr 2013 lag beispielsweise der Bruttomonatsverdienst von vollbeschäftigten Arbeitnehmerinnen im Einzelhandel bei 2 323 Euro, im Automobilbau dagegen bei 3 734 Euro. Die Männer verdienen in diesen Branchen durchschnittlich 2 956 Euro bzw. 4 414 Euro pro Monat.

Seit 2006 ist auch ein Vergleich des geschlechtsspezifischen Verdienstabstandes in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Bereich möglich. Für die Jahre 2006 bis 2013 zeigt sich, dass der Verdienstunterschied in der Privatwirtschaft etwa viermal so hoch ist wie im öffentlichen Bereich (2013: 24 % bzw. 6 %).

Das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen (Ganztagskrippen, -kindergärten und -schulen) hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert (siehe Indikator 17),

reicht aber zumindest in Westdeutschland bei weitem nicht aus, um die Erwerbsarbeit mit Familien- und Erziehungstätigkeiten problemlos zu vereinen und damit Brüche zumindest in der Erwerbsbiografie von Müttern zu vermeiden. Andererseits dürften das Anfang 2007 eingeführte Elterngeld und der erweiterte Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz wichtige Beiträge dazu leisten, dass es weniger Brüche in den Erwerbsbiografien von Frauen gibt.

Der Gender Pay Gap lag in Deutschland mit 22 % im Jahr 2012 deutlich über dem Durchschnitt der Europäischen Union mit 16 %. Von den 28 Ländern der EU wiesen 2012 lediglich Estland mit 30 % und Österreich mit 23 % einen gegenüber Deutschland höheren geschlechtsspezifischen Verdienstabstand auf. Das Land mit den europaweit geringsten Unterschieden im Bruttostundenverdienst von Männern und Frauen war Slowenien mit 3 %, gefolgt von Polen und Malta mit jeweils 6 % und Italien mit 7 %.

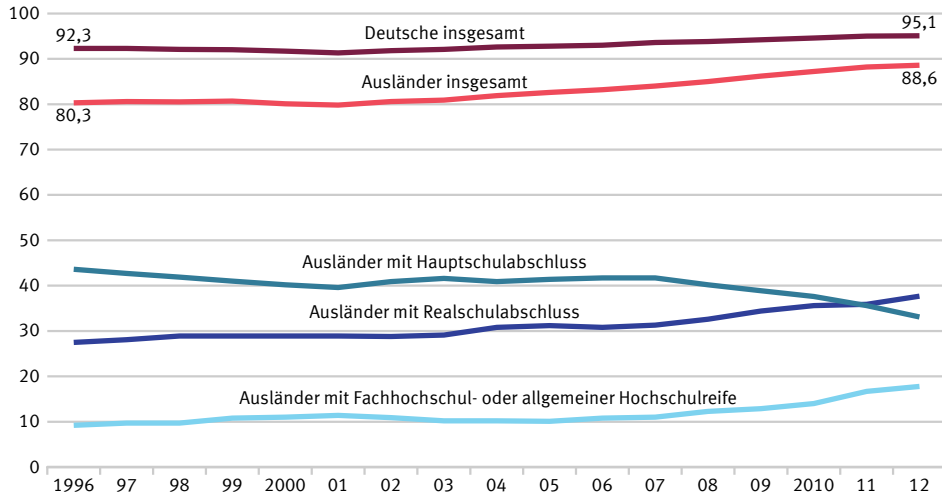
III. Sozialer Zusammenhalt

Integration

Integrieren statt ausgrenzen



Absolventen allgemein bildender Schulen mit Schulabschluss
in % der Absolventen/Abgänger eines Jahrgangs



19 Ausländische Schulabsolventen mit Schulabschluss

Die Integration in Deutschland lebender Ausländerinnen und Ausländer ist eine wichtige Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Grundbedingung für eine erfolgreiche Integration ist eine ausreichende schulische Qualifizierung, die berufliche Ausbildungs- und Erwerbsmöglichkeiten eröffnet. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie verfolgt deshalb das Ziel, den Anteil der ausländischen jugendlichen Schulabsolventen, die mindestens einen Hauptschulabschluss erreichen, zu erhöhen und bis zum Jahr 2020 an die entsprechende Quote für die deutschen Jugendlichen anzugleichen.

Der Indikator zeigt den Anteil ausländischer Schulabsolventen, die die allgemeinbildenden Schulen mit mindestens Hauptschulabschluss verlassen, in Prozent aller ausländischen Schulabgänger bzw. -absolventen eines Jahrgangs. Im Zeitraum 1996 bis 2012 hat sich dieser Anteil von 80,3% auf 88,6% erhöht. Für die ausländischen Jugendlichen wurden somit Fortschritte erreicht. Allerdings war bei dieser Gruppe 2012 der Anteil von Schulabsolventen mit

Abschluss immer noch niedriger als bei den deutschen Jugendlichen, bei denen der Anteil bei 95,1 % lag. Im Hinblick auf das angestrebte Ziel sind also noch weitere Anstrengungen erforderlich, zumal zugleich angestrebt wird, den Anteil aller Jugendlichen mit Abschluss weiter zu erhöhen (siehe Indikator 9a).

Betrachtet man die erreichten Abschlüsse, so lässt sich feststellen, dass knapp 33,1 % der ausländischen Absolventen allgemeinbildender Schulen des Jahrgangs 2012 einen Hauptschulabschluss erwarben, 37,7 % beendeten die Schule mit dem Realschulabschluss, 17,8 % erreichten die Fachhochschulreife oder die allgemeine Hochschulreife. Bei den deutschen Absolventen lagen die vergleichbaren Zahlen bei 16,6 %, 39,8 % und 38,6 %. Insbesondere bei den höheren Bildungsabschlüssen sind also die ausländischen Jugendlichen im Vergleich zu den deutschen erheblich unterrepräsentiert. 11,4 % der ausländischen Abgänger erreichten keinen Schulabschluss an allgemeinbildenden Schulen, im Vergleich zu 4,9 % bei den deutschen Abgängern. Zugleich zeigt sich beim Vergleich der Geschlechter eine insgesamt bessere Schulausbildung ausländischer wie auch

deutscher junger Frauen. Von den ausländischen Abgängerinnen allgemeinbildender Schulen hatten 2012 nur 9,4 % keinen Schulabschluss, während es bei den ausländischen jungen Männern 13,3 % waren.

Neben der Schulausbildung spielt die berufliche Qualifizierung eine wichtige Rolle für die Integration ausländischer Mitbürger in unserer Gesellschaft. Im Jahr 2012 hatten 41,6 % der 30- bis 34-Jährigen ausländischer Herkunft keinen Berufs- oder Hochschulabschluss. Bei den gleichaltrigen Deutschen waren es 12,7 %. Trotz besserer Schulausbildung hatten im Jahr 2012 43 % der ausländischen jungen Frauen zwischen 30 und 34 Jahren keinen Berufs- oder Hochschulabschluss, gegenüber 40 % der jungen Männer ausländischer Herkunft. Von den in Deutschland lebenden Personen dieser Altersgruppe mit Migrationshintergrund (alle, die selbst oder deren Eltern nach 1949 nach Deutschland zugewandert sind oder nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder eingebürgert wurden) hatten 2012 knapp 35 % keinen beruflichen Abschluss.

Für die gesellschaftliche Integration sind gute deutsche Sprachkenntnisse von

entscheidender Bedeutung. Sie sind Voraussetzung sowohl für qualifizierte Schulabschlüsse als auch für gesellschaftliche Teilhabe allgemein. 2005 wurden daher Integrationskurse für Zuwanderer eingeführt. Fast 1 Million Zuwanderer haben seitdem einen solchen Kurs begonnen, 546 600 Personen hatten ihn bis Ende 2012 abgeschlossen. In der Abschlussprüfung haben rund 56 % aller Prüfungsteilnehmer das Niveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens zur Beschreibung von Sprachkompetenzen (GER) nachgewiesen. Bezieht man auch das darunter liegende Sprachniveau (A2 GER) ein, erhielten mehr als 91 % aller Teilnehmer ein Sprachzertifikat. (Quellen: BMI, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge)

In Deutschland lebten Ende 2012 rund 6,6 Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ausländischem Pass (8,2 %) (Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011), 16,3 Millionen Menschen (20,2 %) hatten einen Migrationshintergrund. Im Schuljahr 2012/2013 besuchten rund 628 000 Ausländerinnen und Ausländer allgemeinbildende Schulen (7,3 % der Schüler). 206 800 ausländische Schüler waren es an beruflichen Schulen (8,1 %).

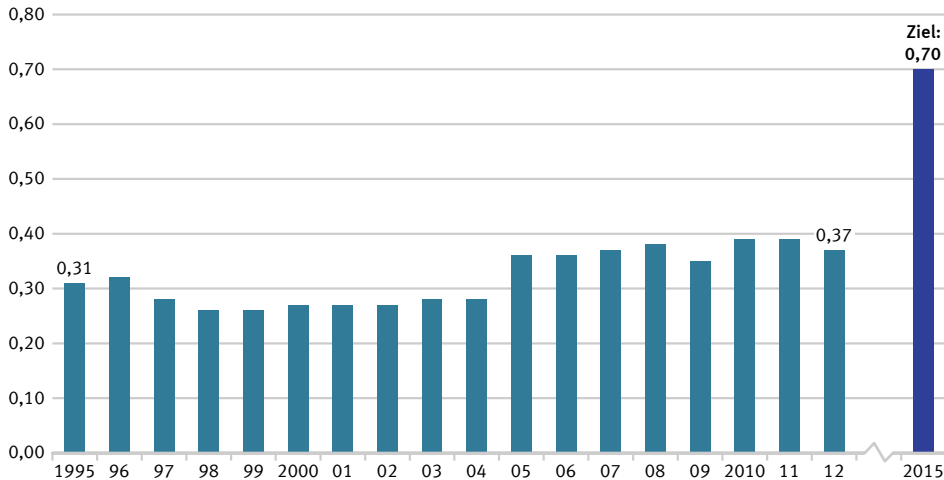
IV. Internationale Verantwortung

Entwicklungszusammenarbeit

Nachhaltige Entwicklung unterstützen



Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben (ODA) am Bruttonationaleinkommen
in %



ODA = Official Development Assistance.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

20 Anteil öffentlicher Entwicklungs- ausgaben am Bruttonationaleinkommen

Mit ihrer Entwicklungspolitik tragen die Industrienationen dazu bei, die weltweite Armut zu mindern, den Frieden zu sichern und Demokratie zu verwirklichen, die Globalisierung gerecht zu gestalten und die Umwelt zu schützen. In dieser Verantwortung orientiert sich die deutsche Entwicklungspolitik am Leitbild einer global nachhaltigen Entwicklung, die sich gleichermaßen in wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Tragfähigkeit und politischer Stabilität ausdrückt.

Der Indikator umfasst die öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE). Zur ODA zählen vor allem Ausgaben für die finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, humanitäre Hilfe sowie Beiträge an multilaterale Institutionen für Entwicklungszusammenarbeit (beispielsweise Vereinte Nationen (VN), EU, Weltbank, regionale Entwicklungsbanken). Daneben sind auch Ausgaben für

bestimmte Friedensmissionen, der Erlass von Schulden sowie bestimmte Ausgaben für Entwicklung im Geberland, etwa Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern oder Ausgaben für entwicklungsspezifische Forschung, auf die ODA anrechenbar. Die EU hat sich gemeinsam verpflichtet, die Ausgaben für die ODA schrittweise zu erhöhen. Für die deutsche Entwicklungspolitik bedeutet das, den ODA-Anteil bis 2015 auf 0,7 % zu steigern. Die Bundesregierung hat in einer Protokollklärung zum Beschluss des Europäischen Rates festgehalten, dass wegen der äußerst schwierigen deutschen Finanzlage innovative Finanzierungsinstrumente einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leisten müssen. So wurden 2008 erstmals Erlöse aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten für internationale klimarelevante Projekte im Rahmen entwicklungspolitischer Maßnahmen eingesetzt.

Der ODA-Anteil am deutschen BNE lag 2012 bei 0,37 % und damit etwas niedriger als im Vorjahr mit 0,39 %. Die ODA-Leistungen betragen 2012 rund 10,1 Milliarden Euro, im Jahr zuvor hatten die Leistungen eben-

falls bei 10,1 Milliarden Euro gelegen, 2010 waren es 9,8 Milliarden Euro. Bei gleichbleibender Entwicklung wie in den vergangenen fünf Jahren (2008 bis 2012) und ohne zusätzliche Anstrengungen wäre das Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie, bis zum Jahr 2015 0,70 % des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen, nicht zu erreichen. Ein statistisch signifikanter Trend für die letzten 5 Jahre ist nicht erkennbar.

Der größte Teil der ODA-Mittel (rund 66 % im Jahr 2012) wird im Rahmen der technischen oder finanziellen Zusammenarbeit mit ausgewählten Partnerländern, der Nahrungsmittelhilfe, der entwicklungsorientierten Not- und Flüchtlingshilfe sowie für Schuldenerlasse verwendet. Auch die nicht-staatliche Entwicklungszusammenarbeit (beispielsweise von Nichtregierungsorganisationen, politischen Stiftungen, kirchlichen Hilfswerken, Privatwirtschaft) wird unterstützt. Weitere Mittel gehen an multilaterale Institutionen.

Im internationalen Vergleich war Deutschland 2012 absolut gesehen der drittgrößte Geber von ODA-Mitteln hinter den USA und

Großbritannien sowie vor Frankreich und Japan. Bezogen auf das Bruttonationaleinkommen liegt Deutschland über dem Durchschnitt der OECD-Geberländer mit 0,29%. Luxemburg, Schweden, Norwegen, Dänemark und die Niederlande überschritten dagegen auch 2012 – wie bereits seit vielen Jahren – die angestrebte 0,7%-Marke.

Neben der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit werden auch von privater Seite (beispielsweise durch Kirchen, Stiftungen und Verbände) aus Spenden und Eigenmitteln Beiträge geleistet. Die private Entwicklungszusammenarbeit belief sich in den Jahren 1999 bis 2004 etwa gleichbleibend auf jeweils rund 900 Millionen Euro. 2005 stieg sie auf rund 1,23 Milliarden Euro und lag 2012 bei 1,09 Milliarden Euro, was einem Anteil von 0,04 % am Bruttonationaleinkommen entsprach. Private Direktinvestitionen in den Entwicklungsländern beliefen sich nach vorläufigen Angaben 2012 auf 12,4 Milliarden Euro.

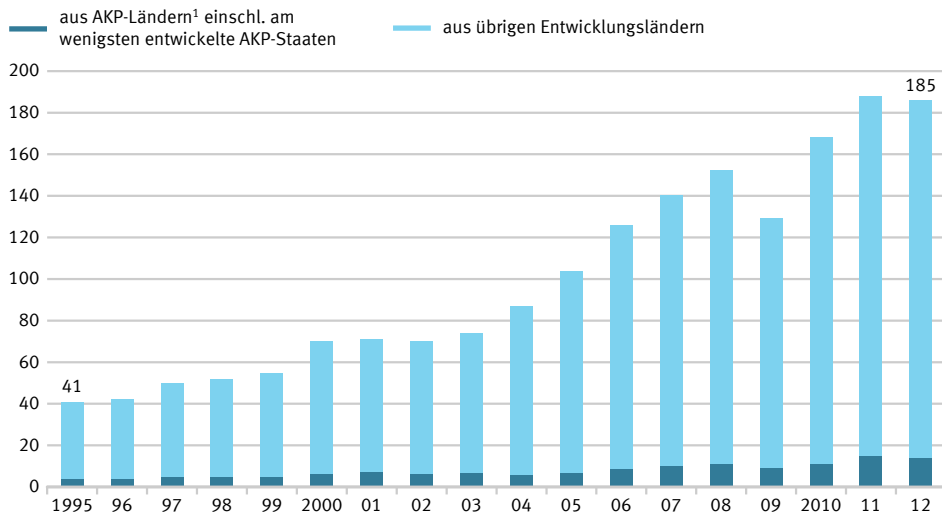
IV. Internationale Verantwortung

Märkte öffnen

Handelschancen der Entwicklungsländer verbessern



Deutsche Einfuhren aus Entwicklungsländern in Milliarden Euro



Ohne fortgeschrittene Entwicklungsländer.

1 AKP = Afrika, Karibik und pazifischer Raum.

21 Deutsche Einfuhren aus Entwicklungsländern

Für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung sind die Entwicklungsländer auf ein offenes und faires Handelssystem angewiesen, das ihnen ermöglicht, sowohl Rohstoffe als auch verarbeitete Produkte auf den Märkten der Industrie- und der Schwellenländer anzubieten. Als Indikator dafür, inwieweit dieses Ziel erreicht wurde, dienen die Einfuhrzahlen der Entwicklungsländer nach Deutschland. Die sogenannten fortgeschrittenen Entwicklungsländer wie etwa Südkorea, Israel oder Singapur sind dabei nicht einbezogen.

Zwischen 1995 und 2008 stiegen die Einfuhren deutlich an, und zwar von 41 Milliarden Euro auf 152 Milliarden Euro. Nach einem Einbruch im Jahr 2009 (– 16 %) setzte sich der Anstieg in den Jahren 2010 und 2011 fort. 2012 war wieder ein leichter Rückgang zu verzeichnen (– 1 %). Der Gesamtwert der Einfuhren aus Entwicklungsländern belief sich im Jahr 2012 auf rund 185 Milliarden Euro. Damit erhöhten sich diese Einfuhren zwischen 1995 und 2012 auf rund das viereinhalbfache und stiegen

wesentlich stärker als die gesamten Einfuhren nach Deutschland (+ 167%). Der Anteil der Einfuhren aus Entwicklungsländern an den Gesamteinfuhren erhöhte sich in diesem Zeitraum von 12,0% auf 20,5%.

Rund zwei Drittel der Einfuhren aus Entwicklungsländern kamen 2012 aus asiatischen Ländern (einschließlich China), 13,4% aus Mittel- oder Südamerika und 13,0% aus Afrika. Der Rest entfiel auf europäische Entwicklungsländer, Länder des Nahen und Mittleren Ostens sowie Ozeanien.

Das im Hinblick auf die Importe nach Deutschland bedeutendste Entwicklungsland war China: Der Wert der Einfuhren aus diesem Land belief sich 2012 auf rund 78,5 Milliarden Euro. Das sind rund 42% der gesamten Einfuhren aus Entwicklungsländern. Die Einfuhren aus China prägen daher die Entwicklung des Indikators sehr stark. Rechnet man sie über den Zeitraum von 1995 bis 2012 aus den Einfuhren der Entwicklungsländer heraus, zeigt sich, dass sich der Anteil dieser Länder an den deutschen Importen nur um 2,2 Prozentpunkte erhöht hat (auf 11,8% im Jahr 2012). Eine stärkere Beteiligung dieser

Länder am Handel mit Deutschland ist insoweit kaum erkennbar.

Das gilt auch für die Einfuhren aus den Ländern Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums (AKP-Staaten), mit denen die EU besondere Beziehungen pflegt. Der Wert der Einfuhren aus diesen Ländern ist zwischen 1995 und 2012 von 4,2 Milliarden Euro auf 13,7 Milliarden Euro gestiegen. Ihr Anteil an den gesamten deutschen Einfuhren ist jedoch fast gleich geblieben und lag 2012 bei 1,5%. Die Gruppe der 50 am wenigsten entwickelten Länder (Least developed countries, LDCs), die größtenteils zugleich zu den AKP-Staaten gehören, steigerte ihren Anteil an den Importen von 0,37% im Jahr 1995 auf 0,62% 2012.

Als EU-Mitglied bietet Deutschland sowohl den AKP-Staaten als auch der Gruppe der LDCs im Rahmen verschiedener Präferenzsysteme nahezu zoll- und quotenfreien Marktzugang. Dennoch konnten die meisten dieser Staaten ihre Exporte nach Deutschland nicht in gleichem Maße steigern wie dies einem Land wie China möglich war. Dies legt den Schluss nahe, dass es neben der Offenheit der Märkte weitere Faktoren

gibt, welche die Exportmöglichkeiten von Entwicklungsländern beeinflussen. Hierzu zählen beispielsweise die Kapazitäten, Waren in ausreichender Menge und Qualität zu produzieren, eine funktionierende Infrastruktur, aber auch politische Stabilität.

Interessant ist auch ein Blick auf die Gütergruppen, bei denen die Einfuhren aus Entwicklungsländern 2012 einen besonders hohen Anteil (mehr als ein Viertel) an den Gesamteinfuhren hatten. Hierzu gehören Bekleidungserzeugnisse (75%), Erze (71%), Leder und Lederwaren (61%), Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse (43%), Textilien (40%), außerdem landwirtschaftliche Erzeugnisse (37%) sowie Möbel und elektrische Ausrüstungen (jeweils 25%).

Der Indikator hat direkte und indirekte Querbezüge zu vielen Indikatoren der Strategie, unter anderem zu 1, 2, 3, 10, 11 und 20.

Übersicht zum Status der Indikatoren

Die nachfolgende Übersicht zeigt in vereinfachter Form einen rechnerisch ermittelten Status der Indikatoren im Zieljahr. Grundlage der Berechnung ist die durchschnittliche jährliche Veränderung in den letzten fünf Jahren (zehn Jahre bei Indikator 5) bis zum jeweils letzten Jahr der Zeitreihe. Davon ausgehend wurde statistisch berechnet, welcher Wert bei unveränderter Fortsetzung dieser Entwicklung im nächstgelegenen Zieljahr erreicht würde (bzw. tatsächlich im Zieljahr vorlag). Auf dieser Basis erfolgt eine Einteilung der Indikatoren in vier Gruppen:



Zielwert des Indikators ist erreicht oder verbleibende „Wegstrecke“ zwischen Startwert und Zielwert würde bis zum Zieljahr bewältigt (Abweichung weniger als 5 %) oder ein Grenzwert wurde eingehalten.



Indikator entwickelt sich in die richtige Richtung, aber im Zieljahr verbleibt / verbliebe bei unveränderter Fortsetzung der durchschnittlichen jährlichen Entwicklung noch eine offene Wegstrecke von 5 bis 20 % zwischen Startwert und Zielwert.











Indikator entwickelt sich in die richtige Richtung, aber im Zieljahr verbleibt / verbliebe bei unveränderter Fortsetzung der durchschnittlichen jährlichen Entwicklung noch eine Wegstrecke von mehr als 20 % bis zur Erreichung des Zielwerts.



Indikator entwickelt sich in die falsche Richtung, Wegstrecke zum Ziel würde sich bei unveränderter Fortsetzung der durchschnittlichen jährlichen Entwicklung weiter vergrößern oder ein Grenzwert wurde nicht eingehalten.

Bei diesen Berechnungen handelt es sich nicht um Prognosen. Die Wirkung von zum Ende des Beobachtungszeitraums beschlossenen Maßnahmen sowie zusätzlichen Anstrengungen der Akteure in den Folgejahren bleibt unberücksichtigt. Die tatsächliche Entwicklung der Indikatoren kann also – in Abhängigkeit von veränderten politischen, wirtschaftlichen und anderen Rahmenbedingungen – im Zieljahr von der Fortschreibung abweichen.

Hinweis: Bei der Entwicklung von 8 Indikatoren ist in den letzten fünf Jahren (zehn Jahre bei Indikator 5) bis zum jeweils letzten Jahr der Zeitreihe kein statistischer Trend erkennbar (siehe Kennzeichnung „kT“ in nachfolgender Übersicht). Die Eingruppierung ist in diesen Fällen mit größeren Unsicherheiten behaftet. Bei weiteren 6 Indikatoren wurde aus methodischen Gründen keine Trendberechnung durchgeführt (Kennzeichnung „nb“, zum Beispiel bei Lücken in der Zeitreihe).

Nr.	Indikatorenbereiche Nachhaltigkeitspostulat	Indikatoren	Ziele	Status	5-Jahres- Trend ¹
I. Generationengerechtigkeit					
1a	Ressourcenschonung <i>Ressourcen sparsam und effizient nutzen</i>	Energieproduktivität	Verdopplung von 1990 bis 2020		T
1b		Primärenergieverbrauch	Senkung um 20 % bis 2020 und um 50 % bis 2050 jeweils gegenüber 2008		kT
1c		Rohstoffproduktivität	Verdopplung von 1994 bis 2020		T
2	Klimaschutz <i>Treibhausgase reduzieren</i>	Treibhausgasemissionen	Reduktion um 21 % bis 2008–2012 (Durchschnittswert der Jahre), um 40 % bis 2020 und um 80 bis 95 % bis 2050, jeweils gegenüber 1990		kT
3a	Erneuerbare Energien <i>Zukunftsfähige Energieversorgung ausbauen</i>	Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch	Anstieg auf 18 % bis 2020 und 60 % bis 2050		T
3b Ziele tw. ge- ändert		Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Stromverbrauch	Anstieg auf 40 bis 45 % bis 2025, auf mindestens 55 bis 60 % bis 2035 und auf mindestens 80 % bis 2050		T
4	Flächeninanspruchnahme <i>Nachhaltige Flächennutzung</i>	Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche	Reduzierung des täglichen Zuwachses auf 30 ha bis 2020		T
5	Artenvielfalt <i>Arten erhalten – Lebensräume schützen</i>	Artenvielfalt und Landschaftsqualität	Anstieg auf den Indexwert 100 bis zum Jahr 2015		T ²

1 T = Trend, kT = kein Trend. – 2 10-Jahres-Trend.







Anhang

Nr.	Indikatorenbereiche Nachhaltigkeitspostulat	Indikatoren	Ziele	Status	5-Jahres- Trend ¹
6a	Staatsverschuldung <i>Haushalt konsolidieren – Generationengerechtigkeit schaffen</i>	Staatsdefizit	Jährliches Staatsdefizit kleiner als 3 % des BIP		nb
6b		Strukturelles Defizit	Strukturell ausgeglichener Staatshaushalt, gesamtstaatliches strukturelles Defizit von max. 0,5 % des BIP		nb
6c		Schuldenstand	Schuldenstandsquote max. 60 % des BIP		nb
7 Ziel ergänzt	Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge <i>Gute Investitionsbedingungen schaffen – Wohlstand dauerhaft erhalten</i>	Verhältnis der Bruttoanlage- investitionen zum BIP	Steigerung des Anteils; Gesamtinvestitionsquote oberhalb des Durchschnitts in der OECD		kT
8	Innovation <i>Zukunft mit neuen Lösungen gestalten</i>	Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung	Steigerung auf 3 % des BIP bis 2020		T
9a	Bildung <i>Bildung und Qualifikation kontinuierlich verbessern</i>	18- bis 24-Jährige ohne Abschluss	Verringerung des Anteils auf unter 10 % bis 2020		T
9b		30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht- tertiärem Abschluss	Steigerung des Anteils auf 42 % bis 2020		T
9c		Studienanfängerquote	Erhöhung auf 40 % bis 2010, anschließend weiterer Ausbau und Stabilisierung auf hohem Niveau		T







¹ T = Trend, kT = kein Trend, nb = nicht berechnet.

Nr.	Indikatorenbereiche Nachhaltigkeitspostulat	Indikatoren	Ziele	Status	5-Jahres- Trend ¹
II. Lebensqualität					
10	Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit <i>Wirtschaftsleistung umwelt- und sozialverträglich steigern</i>	BIP je Einwohner	Wirtschaftliches Wachstum		T
11a	Mobilität <i>Mobilität sichern – Umwelt schonen</i>	Gütertransportintensität	Absenkung auf 95 % gegenüber 1999 bis 2020		T
11b		Personentransportintensität	Absenkung auf 80 % gegenüber 1999 bis 2020		kT
11c		Anteil des Schienenverkehrs an der Güterbeförderungsleistung	Steigerung auf 25 % bis 2015		kT
11d		Anteil der Binnenschifffahrt an der Güterbeförderungsleistung	Steigerung auf 14 % bis 2015		T
12a	Landbewirtschaftung <i>In unseren Kulturlandschaften umweltverträglich produzieren</i>	Stickstoffüberschuss	Verringerung bis auf 80 kg/ha landwirtschaftlich genutzter Fläche bis 2010, weitere Absenkung bis 2020		kT
12b		Ökologischer Landbau	Erhöhung des Anteils des ökologischen Landbaus an der landwirtschaftlich genutzten Fläche auf 20 % in den nächsten Jahren		nb
13	Luftbelastung <i>Gesunde Umwelt erhalten</i>	Schadstoffbelastung der Luft	Verringerung auf 30 % gegenüber 1990 bis 2010		T

1 T = Trend, kT = kein Trend, nb = nicht berechnet.

Nr.	Indikatorenbereiche Nachhaltigkeitspostulat	Indikatoren	Ziele	Status	5-Jahres- Trend ¹
14a	Gesundheit und Ernährung <i>Länger gesund leben</i>	Vorzeitige Sterblichkeit (Todesfälle pro 100 000 Einwohner unter 65 Jahren) Männer	Rückgang auf 190 Fälle pro 100 000 bis 2015		T
14b		Vorzeitige Sterblichkeit (Todesfälle pro 100 000 Einwohner unter 65 Jahren) Frauen	Rückgang auf 115 Fälle pro 100 000 bis 2015		T
14c		Raucherquote von Jugendlichen (12 bis 17 Jahre)	Absenkung auf unter 12 % bis 2015		T
14d		Raucherquote von Erwachsenen (ab 15 Jahre)	Absenkung auf unter 22 % bis 2015		nb
14e		Anteil der Menschen mit Adipositas (Fettleibigkeit) (Erwachsene, ab 18 Jahre)	Rückgang bis 2020		nb
15	Kriminalität <i>Persönliche Sicherheit weiter erhöhen</i>	Straftaten	Rückgang der Zahl der erfassten Fälle je 100 000 Einwohner auf unter 7 000 bis zum Jahr 2020		T
III. Sozialer Zusammenhalt					
16a	Beschäftigung <i>Beschäftigungsniveau steigern</i>	Erwerbstätigenquote insgesamt (15 bis 64 Jahre)	Erhöhung auf 75 % bis 2020		T
16b		Erwerbstätigenquote Ältere (55 bis 64 Jahre)	Erhöhung auf 60 % bis 2020		T

¹ T = Trend, kT = kein Trend, nb = nicht berechnet.

Nr.	Indikatorenbereiche Nachhaltigkeitspostulat	Indikatoren	Ziele	Status	5-Jahres-Trend ¹
17a	Perspektiven für Familien <i>Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern</i>	Ganztagsbetreuung für Kinder 0- bis 2-Jährige	Anstieg auf 35 % bis 2020		T
17b		Ganztagsbetreuung für Kinder 3- bis 5-Jährige	Anstieg auf 60 % bis 2020		T
18	Gleichstellung <i>Gleichstellung in der Gesellschaft fördern</i>	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	Verringerung des Abstandes auf 10 % bis 2020		kT
19	Integration <i>Integrieren statt ausgrenzen</i>	Ausländische Schulabsolventen mit Schulabschluss	Erhöhung des Anteils der ausländischen Schulabgänger mit mindestens Hauptschulabschluss und Angleichung an die Quote deutscher Schulabgänger 2020		T
IV. Internationale Verantwortung					
20	Entwicklungszusammenarbeit <i>Nachhaltige Entwicklung unterstützen</i>	Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen	Steigerung auf 0,7 % bis 2015		kT
21	Märkte öffnen <i>Handelschancen der Entwicklungsländer verbessern</i>	Deutsche Einfuhren aus Entwicklungsländern	Weiterer Anstieg		T

1 T = Trend, kT = kein Trend, nb = nicht berechnet.

Definitionen der Indikatoren

Nr.	Indikator (Einheit)	Definition
1a	Energieproduktivität Index, 1990 = 100	Energieproduktivität = Bruttoinlandsprodukt / Primärenergieverbrauch im Inland. Die Energieproduktivität drückt aus, wie viel Bruttoinlandsprodukt (in Euro, preisbereinigt) je eingesetzter Einheit Primärenergie (in Petajoule) erwirtschaftet wird.
1b	Primärenergieverbrauch Index, 2008 = 100	Der Primärenergieverbrauch im Inland basiert auf den im Inland gewonnenen Primärenergieträgern und sämtlichen importierten Energieträgern abzüglich der Ausfuhr von Energie (und ohne Hochseebunkerungen). Aus Verwendungssicht entspricht das der Summe der für energetische Zwecke (Endenergieverbrauch und Eigenverbrauch der Energiesektoren) und für nicht-energetische Zwecke (z. B. in der Chemie) eingesetzten Energie, der durch inländische Umwandlung von Energie entstehenden Verluste, der Fackel- und Leitungsverluste sowie der in den Energiebilanzen nachgewiesenen statistischen Differenzen.
1c	Rohstoffproduktivität Index, 1994 = 100	Rohstoffproduktivität = Bruttoinlandsprodukt / Einsatz von abiotischem Primärmaterial im Inland. Die Rohstoffproduktivität drückt aus, wie viel Bruttoinlandsprodukt (in Euro, preisbereinigt) je eingesetzter Tonne abiotischen Primärmaterials erwirtschaftet wird. Zum abiotischen Primärmaterial zählen die im Inland entnommenen Rohstoffe, ohne land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse, sowie alle importierten abiotischen Materialien (Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren).

Nr.	Indikator (Einheit)	Definition
2	Treibhausgasemissionen Index, Basisjahr = 100	Emissionen folgender Treibhausgase (Stoffe oder Stoffgruppen) gemäß Kyoto-Protokoll (ohne Emissionen aus Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) und ohne Emissionen aus der energetischen Nutzung von Biomasse): Kohlendioxid (CO ₂), Methan (CH ₄), Distickstoffoxid (N ₂ O), teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKW/HFC), perfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKW/PFC) und Schwefelhexafluorid (SF ₆). Das Basisjahr ist 1990 für CO ₂ , CH ₄ , N ₂ O und 1995 für HFC, PFC, SF ₆ . Berechnung auf Basis der Datenbank ZSE (Zentrales System Emissionen) des Umweltbundesamtes unter Berücksichtigung weiterer energiestatistischer Informationen. Berechnung des Indikators nach dem Territorialprinzip (Emissionen auf dem Gebiet Deutschlands, das heißt mit ausländischen Betrieben, die in Deutschland ansässig sind und ohne Emissionen deutscher Betriebe, die im Ausland ansässig sind).
3a	Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch %	Anteil erneuerbarer Energien am gesamten Endenergieverbrauch. Zu den erneuerbaren Energien zählen u. a. Wasserkraft, Windkraft auf Land und auf See, Solarenergie und Geothermie, aber auch Biomasse wie z. B. biogene Festbrennstoffe, Biogas, biogene Abfälle. Endenergie wird unter Energieverlust durch Umwandlung aus Primärenergie (siehe Indikator 1b) gewonnen und steht dem Verbraucher direkt zur Verfügung.
3b	Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Stromverbrauch %	Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen (siehe Indikator 3a) am (Brutto-)Stromverbrauch (bestehend aus Nettostromversorgung des Landes, Austauschsaldo über die Landesgrenzen, Eigenstromverbrauch der Kraftwerke und Netzverlusten).

Nr.	Indikator (Einheit)	Definition
4	Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche ha/Tag	Durchschnittlicher täglicher Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche. Berechnung durch Division des Anstiegs der Siedlungs- und Verkehrsfläche (in Hektar) in definierter Zeitspanne (ein Jahr oder vier Jahre) durch die Anzahl der Tage (365/366 oder 1 461). Der gleitende Vierjahresdurchschnitt berechnet sich jeweils aus der Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche in dem betreffenden und den vorangegangenen drei Jahren. Auf ein Jahr bezogene Aussagen werden derzeit durch externe Effekte (Umstellungen in den amtlichen Liegenschaftskatastern) beeinflusst, sodass der gleitende Vierjahresdurchschnitt aussagekräftiger ist.
5	Artenvielfalt und Landschaftsqualität Index, 2015 = 100	Bezogen auf den angestrebten Zielwert 100, der bis zum Jahr 2015 erreicht werden soll, zeigt der Indikator die Bestandsentwicklung für 51 ausgewählte Vogelarten in Form eines Index (Maßzahl in % des Zielwertes; Zielerreichungsgrad). Die Vogelarten repräsentieren die wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen in Deutschland (je 10 Arten für die Teilindikatoren zu Agrarland, Siedlungen, Binnengewässer, Küsten/Meere, 11 Arten für Wälder; wegen unsicherer Datenlage vorübergehend ohne die Alpen). Die Bestandsgröße je Art wird jährlich aus den Ergebnissen von Programmen des Vogelmonitorings errechnet und in Relation zur Größe des festgelegten Zielwertes gesetzt. In die Berechnung geht das in 2004 begonnene, räumlich repräsentative und statistisch belastbare Monitoring häufiger Brutvögel ein. In 2011 wurden dafür mehr als 1 400 Probeflächen erfasst. Die historischen Werte für 1970 und 1975 sind dagegen rekonstruiert. Der Indikator wird auch für die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt verwendet.
6a	Staatsdefizit %	Jährliches Staatsdefizit (gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo), berechnet aus Staatseinnahmen abzüglich Staatsausgaben (von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung) in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Erlöse aus den UMTS-Versteigerungen im Jahr 2000 sind nicht berücksichtigt.

Nr.	Indikator (Einheit)	Definition
6b	Strukturelles Defizit %	Jährliches strukturelles Defizit in Prozent des BIP. Es handelt sich um denjenigen Teil des jährlichen Staatsdefizits, der nicht auf konjunkturelle Schwankungen und temporäre Effekte zurückzuführen ist. Der Grundsatz des strukturell ausgeglichenen Haushalts (Schuldenbremse) ist im Grundgesetz niedergelegt (Artikel 109 sowie 115) und steht in Bezug zum Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt.
6c	Schuldenstand %	Schuldenstand des Staates in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages im Verhältnis zum nominalen BIP als Maßzahl der Staatsverschuldung.
7	Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen zum BIP %	Verhältnis der Bruttoanlageinvestitionen (in jeweiligen Preisen) zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP), auch als Investitionsquote bezeichnet. Dazu zählen die Anlagearten Bauten (Wohnbauten, Nichtwohnbauten), Ausrüstungen (Maschinen, Fahrzeuge, Geräte) und sonstige Anlagen (immaterielle Anlagegüter, wie Software und Urheberrechte, Grundstücksübertragungskosten, Nutztiere).
8	Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung %	Ausgaben für Forschung und Entwicklung von Wirtschaft, Staat und Hochschulen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.
9a	18- bis 24-jährige ohne Abschluss %	Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die gegenwärtig keine Schule oder Hochschule besuchen und sich auch an keiner Weiterbildungsmaßnahme beteiligen und nicht über einen Abschluss des Sekundarbereichs II (Hochschulreife bzw. abgeschlossene Berufsausbildung) verfügen, an allen 18- bis 24-Jährigen. Absolventen der Sekundarstufe I, die anschließend keinen beruflichen Abschluss oder keine Hochschulreife erlangt haben und sich nicht mehr im Bildungsprozess befinden, werden dazu gezählt. Somit sind Personen ohne und mit Hauptschulabschluss einbezogen. Daten zur Bevölkerung beruhen auf dem Mikrozensus.

Nr.	Indikator (Einheit)	Definition
9b	30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder post- sekundarem nicht-tertiären Abschluss %	<p>Anteil der 30- bis 34-Jährigen, die eine Hochschulausbildung (tertiäre Ausbildung nach International Standard Classification of Education (ISCED) Stufen 5 und 6) oder einen vergleichbaren Abschluss (ISCED 4) haben, an allen 30- bis 34-Jährigen. Zu den tertiären Abschlüssen zählen solche an Hochschulen und Fachhochschulen (ISCED 5A/6) sowie an Verwaltungsfachhochschulen, Berufs- und Fachakademien, Fachschulen und Schulen des Gesundheitswesens (ISCED 5B). Der Indikator schließt postsekundare nichttertiäre Abschlüsse (ISCED 4) ein. Diese sind dadurch gekennzeichnet, dass zwei Abschlüsse des Sekundarbereichs II nacheinander oder auch gleichzeitig erworben werden, z. B. ein Abitur an Abendgymnasien, Kollegs oder Berufs-/Technischen Oberschulen (hier ist jeweils vorausgesetzt, dass bereits ein beruflicher Abschluss vorhanden ist) oder der Abschluss einer Lehrausbildung nach dem Abitur oder der Abschluss von zwei beruflichen Ausbildungen nacheinander. Daten zur Bevölkerung beruhen auf dem Mikrozensus.</p>
9c	Studienanfängerquote %	<p>Anteil der Studienanfänger (aus dem In- und Ausland; ohne Verwaltungsfachhochschulen) im ersten Hochschulsemester an der altersspezifischen Bevölkerung. Der Indikator gibt an, wie hoch der Anteil eines Bevölkerungsjahrgangs ist, der ein Hochschulstudium aufnimmt. Er ist speziell für den internationalen Vergleich konzipiert und wird nach OECD-Standard berechnet. Daten zur Bevölkerung beruhen auf dem Mikrozensus.</p>
10	BIP je Einwohner Euro	<p>Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, Referenzjahr 2005) je Einwohner. Die Angaben zur Bevölkerung beziehen sich auf den Jahresdurchschnitt in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (für die Jahre ab 1990 derzeit noch ausschließlich auf Basis der Volkszählung von 1987).</p>

Nr.	Indikator (Einheit)	Definition
11a	Gütertransportintensität Index, 1999 = 100	Gütertransportintensität = Güterbeförderungsleistung (in Tonnenkilometern) / Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt). Dabei geht es um jegliche Beförderung von Gegenständen und alle Nebenleistungen im Inland (einschließlich Luftverkehr sowie einschließlich Nahverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge bis 50 km). Neben der Güterbeförderungsleistung wird ergänzend auch die Energieeffizienz betrachtet (absoluter Energieverbrauch und Energieverbrauch je Tonnenkilometer).
11b	Personentransportintensität Index, 1999 = 100	Personentransportintensität = Personenbeförderungsleistung (in Personenkilometern) / Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt). Basis sind jegliche Beförderungen von Personen und alle Nebenleistungen im Inland (einschließlich Luftverkehr). Neben der Personenbeförderungsleistung wird ergänzend auch die Energieeffizienz betrachtet (absoluter Energieverbrauch und Energieverbrauch je Personenkilometer).
11c, d	Anteile des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt %	Anteil der Güterbeförderungsleistung der Bahn (11c) sowie Anteil der Binnenschifffahrt (11d) an der gesamten Güterbeförderungsleistung im Inland ohne den Nahverkehr deutscher Lastkraftfahrzeuge bis 50 km.
12a	Stickstoffüberschuss kg/ha	Stickstoffüberschuss in Kilogramm pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche, errechnet aus Stickstoffzufuhr (über Düngemittel, atmosphärische Deposition, biologische Stickstofffixierung, Saat- und Pflanzgut, Futtermittel aus inländischer Erzeugung und aus Importen) abzüglich Stickstoffabfuhr (über pflanzliche und tierische Marktprodukte, die den Agrarsektor verlassen). Gesamtsaldo wird nach dem Prinzip der „Hofter-Bilanz“ berechnet, Stickstoffflüsse im innerwirtschaftlichen Kreislauf werden – mit Ausnahme der inländischen Futtermittelerzeugung – nicht ausgewiesen. Der gleitende Dreijahresdurchschnitt berechnet sich jeweils aus dem Gesamtsaldo des betreffenden Jahres sowie des Vor- und Folgejahres.

Nr.	Indikator (Einheit)	Definition
12b	Ökologischer Landbau %	Im Ökolandbauverfahren genutzte Fläche von Betrieben, die dem Kontrollverfahren der EU-Rechtsvorschriften für den ökologischen Landbau unterliegen (Verordnung (EG) Nr. 834/2007 und Durchführungsvorschriften in der Verordnung (EG) Nr. 889/2008 der Kommission), als Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland. Sowohl die voll auf Ökolandbau umgestellten als auch die noch in der Umstellung befindlichen Flächen sind einbezogen. Verwendet werden die Ergebnisse der amtlichen Statistik. Aus methodischen Gründen (u. a. Erfassungsgrenzen, Zeitpunkt der Erhebung) unterscheiden sich diese geringfügig von den durch die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung jährlich bereit gestellten Daten.
13	Schadstoffbelastung der Luft Index, 1990 = 100	Zu den Luftschadstoffen zählen hier folgende Stoffe oder Stoffgruppen: Schwefeldioxid (SO ₂), Stickstoffoxide (NO _x), Ammoniak (NH ₃) und flüchtige organische Verbindungen (NMVOC). Ungewichtetes Mittel der Indizes der vier genannten Luftschadstoffe.
14a, b	Vorzeitige Sterblichkeit Fallzahl je 100 000 Einwohner	Todesfälle in der männlichen (14a) und weiblichen (14b) unter 65-jährigen Bevölkerung, bezogen auf 100 000 Einwohner der standardisierten Bevölkerung (von 1987) unter 65 Jahren, einschl. der unter 1-Jährigen. Die Berechnung berücksichtigt, dass es durch die demografische Entwicklung in Deutschland immer mehr ältere Menschen über 65 Jahre gibt, und liefert eine über die Jahre vergleichbare Zeitreihe.
14c, d	Raucherquote von Jugendlichen und Erwachsenen %	Anteil der befragten 12- bis 17-Jährigen (Raucherquote von Jugendlichen, 14c) sowie Anteil der Befragten im Alter von 15 Jahren und mehr (Raucherquote von Erwachsenen, 14 d), welche im Mikrozensus die Fragen zum Raucherverhalten beantwortet haben und gelegentlich oder regelmäßig rauchen.

Nr.	Indikator (Einheit)	Definition
14e	Anteil der Menschen mit Adipositas (Fettleibigkeit) %	Anteil der Erwachsenen (im Alter ab 18 Jahren) mit Adipositas, die im Mikrozensus die Fragen zu Körpergewicht und Körpergröße beantwortet haben und einen BMI (Body-Maß-Index) von 30 und mehr aufweisen, an der Bevölkerung gleichen Alters. Der BMI berechnet sich aus dem Verhältnis Körpergewicht in Kilogramm zum Quadrat der Körpergröße in Metern. Menschen mit einem BMI ab 30 gelten nach der Klassifikation der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als fettleibig. Alters- und geschlechtsspezifische Unterschiede bleiben unberücksichtigt.
15	Straftaten Fallzahl je 100 000 Einwohner	Anzahl der Straftaten, die der Polizei jährlich angezeigt und in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst werden, je 100 000 Einwohner (Häufigkeitszahl). Die Einwohneranzahl stammt aus der Bevölkerungsfortschreibung mit dem Stand 2012 und berücksichtigt die Ergebnisse des Zensus 2011 noch nicht.
16a, b	Erwerbstätigenquote %	Anteil der Erwerbstätigen zwischen 15 und 64 (16a) sowie 55 und 64 Lebensjahren (16b) an der Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse. Die Bevölkerungsangaben stammen aus dem Mikrozensus, Ergebnisse des Zensus 2011 sind noch nicht berücksichtigt. Die Erwerbsbevölkerung besteht aus Personen, die während der Referenzwoche irgendeine Tätigkeit gegen Entgelt oder Ertrag mindestens eine Stunde ausgeübt haben oder die nicht gearbeitet haben, weil sie vom Arbeitsplatz vorübergehend abwesend waren.
17a, b	Ganztagsbetreuung für Kinder %	Anteil der Kinder in Ganztagsbetreuung (mehr als sieben Stunden, ohne Tagespflege) an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe: 0- bis 2-Jährige (17a) sowie 3- bis 5-Jährige (17b). Stichtag der Erhebung: 1. März. Die Bevölkerungsangaben (nach Altersgruppen) stammen aus der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis früherer Volkszählungen. Ergebnisse des Zensus 2011 sind noch nicht berücksichtigt.

Nr.	Indikator (Einheit)	Definition
18	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern %	Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten der Frauen und Männer in Prozent der Verdienste der Männer.
19	Ausländische Schulabsolventen mit Schulabschluss %	Anteil ausländischer Schulabgängerinnen und Schulabgänger von allgemein bildenden Schulen mit Schulabschluss (das heißt mindestens Hauptschulabschluss) im Berichtsjahr an allen ausländischen Schulabgängern des Berichtsjahres.
20	Anteil öffentlicher Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen %	Anteil der Ausgaben für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ODA (Official Development Assistance) am Bruttonationaleinkommen. Zur ODA zählen vor allem Ausgaben für die finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern, humanitäre Hilfe sowie Beiträge an multilaterale Institutionen für Entwicklungszusammenarbeit (z. B. Vereinte Nationen, EU, Weltbank, regionale Entwicklungsbanken). Daneben sind der Erlass von Schulden sowie bestimmte Ausgaben für Entwicklung im Geberland, etwa Studienplatzkosten für Studierende aus Entwicklungsländern oder Ausgaben für entwicklungsspezifische Forschung, auf die ODA anrechenbar. Grundlage ist die jährliche Meldung an den Entwicklungsausschuss der OECD.
21	Deutsche Einfuhren aus Entwicklungsländern Euro	Wert der Einfuhren aus Entwicklungsländern nach Deutschland ohne Einfuhren aus den sogenannten fortgeschrittenen Entwicklungsländern, aber einschließlich der europäischen Entwicklungsländer (z. B. Albanien, Weißrussland, Türkei). Basis für die Festlegung der Entwicklungsländer ist die Länderliste des DAC (Development Assistance Committee) der OECD.



Daten zum Indikatorenbericht und regelmäßig aktualisierte Indikatoren zu Umwelt und Ökonomie unter www.destatis.de

Informationsservice

Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05

Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30

Schriftliche Anfragen: www.destatis.de/kontakt

Weitere Veröffentlichungen zum Download oder Bestellen unter www.destatis.de/publikationen